

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen 21. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute wieder ein Geburtstagskind. Seinen **Geburtstag** feiert heute Herr Holger Ellerbrock. Er wird 58 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1166

Eine Debatte ist hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag**, der Ihnen in **Drucksache 14/1166** vorgelegt worden ist. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist dieser Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**. Herr Becker ist als neuer Schriftführer gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zuerst dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2006. Es ist der erste Haushalt der neuen Landesregierung. Mit diesem Haushalt steuern wir um und stellen die Weichen in Richtung Zukunft. Der Haushaltsentwurf ist von vier Grundsätzen geprägt:

Erstens. Haushaltskonsolidierung hat höchste Priorität für die Gestaltung unserer Zukunft. Wir sind verpflichtet, den nachfolgenden Generationen finanzielle Handlungsspielräume zurückzugeben und zu erhalten.

Zweitens. Haushaltskonsolidierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen künftig eine Kultur des Verzichts. Nahezu jede Bürgerin und jeder Bürger wird von Kürzungen betroffen sein. Die Kürzungen sind schmerzhaft. Aber wir haben alles daran gesetzt, die Belastungen gerecht zu verteilen.

Drittens. Haushaltskonsolidierung ist Aufgabe der gesamten Regierung und des Parlaments. Dahinter müssen viele, auch viele berechnete Ressortinteressen zurückstehen.

Viertens. Haushaltskonsolidierung erfordert Ehrlichkeit. Auf Dauer bringen wir den Landeshaushalt nur in Ordnung, wenn wir unsere Einnahmen und Ausgaben realistisch kalkulieren. Haushaltstricks mit schön gefärbten Zahlen gehören der rot-grünen Vergangenheit an. Das ist vorbei!

(Beifall von CDU und FDP)

Die öffentliche Verschuldung in Deutschland hat inzwischen ein gewaltiges Ausmaß angenommen. Zum 31. Dezember 2005 belief sich der Schuldenstand aller öffentlichen Gebietskörperschaften auf knapp 1,5 Billionen €. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen davon 112,2 Milliarden €. Der Schuldenstand des Landes stieg allein in den letzten fünf Jahren um 42 %, meine Damen und Herren. Dank historisch niedriger Zinsen können wir von Glück

reden, dass die Zinsausgaben des Landes im gleichen Zeitraum nur um 5 % gestiegen sind.

Dieser riesige Schuldenberg ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Den letzten ausgeglichenen Bundeshaushalt hatten wir 1970, auf Landesebene stammt der letzte Haushalt ohne Neuverschuldung aus dem Jahre 1973. Seitdem stieg die Verschuldung rasant mit teilweise zweistelligen Zuwachsraten.

Nun müssen Schulden nicht grundsätzlich schlecht sein. Das weiß jeder Unternehmer, der mithilfe kreditfinanzierter Investitionen sein Unternehmen am Markt günstiger positioniert, das weiß auch jeder Häuslebauer. Wenn man allerdings Schulden macht, muss man zweierlei im Auge behalten:

Erstens. Bringt uns das, was wir mit Schulden finanzieren auf die Dauer wirklich weiter? – Diesen Aspekt berücksichtigt beispielsweise der verfassungsrechtliche Grundsatz in Art. 83 der Landesverfassung, dass die neuen Schulden die Summe der Investitionen nicht überschreiten dürfen.

Zweitens. Können wir die Schulden irgendwann zurückzahlen? – Beide Punkte, meine Damen und Herren, gelten erst recht für die öffentliche Hand, die mit dem Geld des Steuerzahlers arbeitet. Deswegen können und dürfen wir nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben!

(Beifall von CDU und FDP)

Grund für die rasante Steigerung der öffentlichen Verschuldung seit Beginn der 70er-Jahre war zunächst ein Politikwechsel. Die damals herrschende Lehre in der Ökonomie, die auch Eingang in die praktische Wirtschaftspolitik fand, ging davon aus, dass man durch gezielte Staatsnachfrage Konjunkturschwankungen glätten könne. Auch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967, das noch heute Gültigkeit hat, basiert auf diesem keynesianischen Wirtschaftsverständnis.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, seit einiger Zeit sind wir schlauer. Die tatsächliche Entwicklung hat uns gelehrt, dass antizyklische Nachfragesteuerung aus den unterschiedlichsten Gründen nicht funktioniert. Viele unserer heutigen Probleme haben nicht konjunkturelle, sondern strukturelle Ursachen. Dafür ist das keynesianische Instrumentarium – wenn es denn überhaupt funktioniert – ungeeignet. Die immense Ausweitung des öffentlichen Sektors seit den 70er-Jahren macht uns heute zu schaffen, und zwar hauptsächlich in Form von Personal- und Zinskosten, aber auch in

Form von Besitzständen, an die sich viele inzwischen gewöhnt haben.

Um es mit dem Zauberlehrling zu sagen:

„Die ich rief die Geister, werd ich nun nicht los.“

Allerdings können wir es uns nicht leisten, auf den Hexenmeister zu warten. Wir müssen selbst tätig werden, und dies schnell und nachhaltig.

Der Erfolg dieses Umsteuerns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sich nicht von heute auf morgen einstellen. Es ist ein langer und mühsamer Prozess. Deswegen werden wir – leider – auch im Haushalt 2006 neue Schulden machen müssen. In diesem Jahr wird die Nettoneuverschuldung bei 5,89 Milliarden € liegen. Damit liegt sie zwar deutlich unter dem Ergebnis von 2005, ist aber dennoch bei Weitem zu hoch. Die Nettoneuverschuldung liegt über der Summe der eigenfinanzierten Investitionen und somit oberhalb der von der Verfassung vorgesehenen Grenze für die Kreditaufnahme.

Das ist ein Umstand, mit dem ich mich als Finanzminister auf die Dauer nicht abfinden kann. Niemand, der in der Politik Verantwortung trägt, kann und darf sich damit abfinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die SPD-Fraktion hat gegen den zweiten Nachtragshaushalt 2005 vollmundig eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster angekündigt.

(Ralf Jäger [SPD]: Schriftlich, nicht vollmundig!)

Ich kann mir das Wehklagen, das Sie angesichts der Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze auch mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2006 erheben werden, lebhaft vorstellen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle aber klipp und klar: Trotz der Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze verstößt der Haushaltsentwurf nicht gegen die Landesverfassung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das haben Sie aber sonst immer anders gesagt!)

Wie wir dies schon mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 getan haben, legt ihnen die Landesregierung auch in diesem Jahr einen Haushalt vor, der mit der Landesverfassung im Einklang steht, und wir werden dies auch in den nächsten Jahren tun.

Die Landesregierung ist angetreten, die Sanierung und Konsolidierung des Landeshaushaltes nachhaltig voranzutreiben. Sie ist gleichzeitig an-

getreten, den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit endlich wieder Anerkennung und Bedeutung zu verschaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir bei den Haushalten der Vorgängerregierung schmerzlich vermisst.

Diese Regierung wird sich nicht darauf einlassen, pro forma eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung für die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze aus dem Hut zu zaubern, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Deswegen haben wir den Rechtfertigungstatbestand der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eben nicht in Anspruch genommen, obwohl Sie uns ja immer dazu aufgefordert haben. Die Voraussetzungen sind schlichtweg nicht gegeben, wie sie im Übrigen auch in der Vergangenheit nicht gegeben waren.

Vielmehr ist es uns angesichts der prekären Finanzlage des Landes, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat, objektiv unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, ohne gleichzeitig die Kreditverfassungsgrenze des Art. 83 der Landesverfassung in Höhe von 2,59 Milliarden € zu überschreiten.

Dieses Argument der objektiven Unmöglichkeit bezeichnet einen Zustand, in dem das Land die Kreditobergrenze überschreiten muss, weil es sonst seinen bundesrechtlichen Verpflichtungen und den Aufgaben, die sich aus der Landesverfassung ergeben, nicht nachkommen kann. In diesem Fall ist über den Wortlaut des Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung hinaus eine Ausnahme vom dort statuierten Kreditbegrenzungsgebot verfassungsrechtlich zulässig. Diese Modifizierung des landesverfassungsrechtlichen Kreditbegrenzungsgebots dient dem Erhalt der Handlungsfähigkeit des Staates.

Die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat einen Haushalt vorgelegt, der diese Handlungsfähigkeit erhält. Gleichzeitig haben wir den Beurteilungs- und Einschätzungsspielraum genutzt, der uns trotz der verfassungsrechtlichen Ausnahmesituation noch zur Verfügung steht, und haben eine zukunftsorientierte politische Ziel- und Schwerpunktsetzung vorgenommen. Diese Gratwanderung war nur unter Inkaufnahme einer erhöhten Kreditaufnahme möglich, die aber – ich wiederhole es – nicht im Widerspruch zur Landesverfassung steht.

Das Argument der objektiven Unmöglichkeit, meine Damen und Herren, müsste Sie von der Opposition eigentlich freuen – weil es der Landesregierung finanziell Grenzen setzt.

(Ralf Jäger [SPD]: Das, was Sie machen, freut uns gar nicht!)

Es verpflichtet die Regierung und insbesondere mich als Finanzminister, an dem erklärten Ziel festzuhalten, den Landeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren. Dieses Ziel kann – das betone ich – angesichts der horrenden Verschuldung nicht sofort erreicht werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat sich vor der Wahl noch anders angehört!)

Die dauerhafte Sanierung der Haushaltswirtschaft des Landes erfordert eine mittel- bis langfristige Perspektive.

(Sören Link [SPD]: Das wussten Sie alles vor der Wahl nicht?)

Der Sanierungspfad, den wir beschreiten werden, hat deshalb drei Etappenziele:

Erstens. Spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 2010, wollen wir wieder Haushalte aufstellen, die die Kreditverfassungsgrenze einhalten. Ich habe keine Zweifel, dass wir dieses Ziel erreichen werden. Es ist auch mein persönliches Ziel.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja, wegen der Mehrwertsteuer!)

Zweitens. Danach werden wir die Neuverschuldung schrittweise bis auf null zurückführen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Sie sollten sich mehr beeilen!)

Drittens. Am Ende des Sanierungspfades schließlich muss der Eintritt in den Schuldenabbau stehen. Anders können wir eine dauerhafte Sanierung der Landesfinanzen nicht erreichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Beschreitung dieses Sanierungspfades hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2006 ein dreistufiges Konsolidierungskonzept beschlossen, das eine nachhaltige und zügige Konsolidierung des Landeshaushalts gewährleistet. Das Konzept ist gegliedert in erstens Konsolidierungsmaßnahmen, die schon im Haushalt 2006 umgesetzt werden, zweitens Maßnahmen, die mittelfristig eine Haushaltsentlastung bewirken, und schließlich drittens Haushaltsverbesserungen aufgrund bundespolitischer Beschlüsse; diese werden aus-

schließlich zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

Lassen Sie mich Ihnen zunächst die Konsolidierungsmaßnahmen erläutern, die schon im Haushalt 2006 enthalten sind. Sie führen zu Einsparungen von insgesamt 1,265 Milliarden €. Davon entfällt mit 936 Millionen € der größte Batzen auf Einsparungen bei den landesgesetzlichen Leistungen. Hiervon wiederum macht mit 628 Millionen € das Sonderzahlungsgesetz Nordrhein-Westfalen den Löwenanteil aus, das heißt die Weihnachtsgeldkürzungen bei den Beamten und Versorgungsempfängern.

Die 936 Millionen € Einsparungen bei den landesgesetzlichen Leistungen lassen sich allerdings aus einem reinen Vergleich der Ausgabenansätze des Jahres 2005 mit denen des Jahres 2006 nicht erkennen. Ich will dies am Beispiel der Einsparungen beim Weihnachtsgeld kurz erläutern.

Die von der alten Landesregierung beschlossene Kürzung des Weihnachtsgeldes war bis zum Ende des Jahres 2005 – welch eine Illusion, meine Damen und Herren! – befristet. Im Jahr 2006 wäre demnach das Weihnachtsgeld wieder auf das Niveau des Jahres 2002 gestiegen. Im Jahr 2006 wären dann aufgrund dieses Effektes die Personalausgaben im Vergleich zu 2005 um 408 Millionen € angestiegen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber damals waren Sie dagegen!)

Aufgrund der nunmehr vorgenommenen weiteren Absenkung des Weihnachtsgeldes werden nun nicht nur diese ansonsten zwangsläufigen Ausgabensteigerungen eingespart, sondern darüber hinaus weitere 220 Millionen €.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn Sie das Weihnachtsgeld weiter kürzen!)

Im Ergebnis führt diese Maßnahme demnach zu Kürzungen in Höhe von insgesamt 628 Millionen €. Bei ansonsten unveränderten Personalausgaben ließen sich aber bei einem reinen Vergleich der Ausgaben des Jahres 2005 mit denen des Jahres 2006 nur Einsparungen in Höhe von 220 Millionen € erkennen – also Haushaltssystematik und tatsächliche Einsparungen gegenüber 2005.

Es ist die Leitlinie der Landesregierung, dass beim Sparen kein Bereich ausgenommen werden darf.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Trotz der Schwerpunktsetzung auf Kinder- und Jugendförderung und Bildung

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

haben wir Änderungen vorgenommen beim Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder und beim Kinder- und Jugendförderungsgesetz. Dies ist uns sehr schwer gefallen. Dennoch sind auch diese Maßnahmen alternativlos.

(Carina Gödecke [SPD]: Das stimmt nicht!)

Bei den Förderprogrammen haben wir 165 Millionen € eingespart, indem wir die Ausgaben aller Förderprogramme gegenüber den Ansätzen des Jahres 2005 um durchschnittlich 20 % gekürzt haben.

Die Ausgaben für investive Beschaffungen wurden gegenüber den Ansätzen des Jahres 2005 um 10 % gekürzt. Hierdurch wurden Ausgaben in Höhe von rund 40 Millionen € eingespart.

35 Millionen €, meine Damen und Herren, sparen wir durch die sogenannte Effizienzdividende im Zusammenhang mit der Personalausgabenbudgetierung ein. Mit dem Haushalt 2006 ist die Personalausgabenbudgetierung flächendeckend eingeführt. Damit ist die Vorgabe des Haushaltsgesetzgebers fristgerecht umgesetzt worden.

Eine Effizienzdividende in Höhe von 0,5 % der Personalausgaben ist in allen Bereichen zu erbringen. Eine Ausnahme wird beim Schulbereich gemacht. Die Effizienzdividende ist der Preis für eine höhere Flexibilität der Personalausgaben. Die Ressorts können jetzt selbst entscheiden, ob sie eine freigewordene Stelle sofort wiederbesetzen oder ob sie die Stelle einen gewissen Zeitraum lang unbesetzt lassen und das so ersparte Geld für Sachausgaben verwenden.

Dass der Schulbereich, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Effizienzdividende zu erbringen hat, ist sachgerecht. Lehrerstellen müssen möglichst schnell wieder besetzt werden, weil eine Unterrichtsverpflichtung besteht. Die Schule kann nicht wie andere Behörden Stellen bewusst eine Zeit unbesetzt lassen, da es sonst zu Unterrichtsausfall kommen würde.

Das zu vermeiden ist jedoch das erklärte Ziel der Landesregierung. Wir haben uns entschieden, politische Prioritäten zu setzen. Das haben wir auch mit dieser Maßnahme getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Weitere Einsparungen ergeben sich aus der in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen jährlichen pauschalen Stelleneinsparung von 1,5 %, die wir mit dem Entwurf des Haushalts 2006 konsequent umsetzen. Da die Bereiche Schule und Hoch-

schule, Polizei, Justiz und Finanzen grundsätzlich ausgenommen sind, sind rund 37.000 Stellen betroffen.

Anders als ursprünglich geplant können wir die fünf großen Bereiche jedoch nicht völlig von der Stelleneinsparung ausnehmen.

(Sören Link [SPD]: Das wussten Sie doch vor der Wahl!)

Soweit reine Verwaltungstätigkeiten betroffen sind, haben auch diese Bereiche die Einsparvorgabe von 1,5 % zu erbringen. Bis 2010 werden daher in der Summe fast 3.000 Stellen zusätzlich abgebaut werden.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Die monetäre Einsparung beträgt im Jahr 2006 zwar erst knapp 10 Millionen €, wird aber im Jahr 2007 schon das Dreifache betragen und bis 2009 auf rund 80 Millionen € anwachsen.

Meine Damen und Herren, vergleicht man die Haushalte 2005 und 2006, so ist auf den ersten Blick die Zahl der Stellen um mehr als 19.000 gestiegen. Grund hierfür ist, dass die Landesregierung nunmehr die Stellen der ausgegliederten Bereiche wieder in der Gesamtzahl der Stellen mitzählt, um die Transparenz zu erhöhen. Das war dringend erforderlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Das betrifft alle Landesbetriebe, wie zum Beispiel den Landesbetrieb Straßenbau, und alle Sondervermögen, wie zum Beispiel den BLB. Um diesen Effekt bereinigt ist die Stellenzahl von 2005 auf 2006 um 306 Stellen gesunken, obwohl sogar 2.363 Stellen neu eingerichtet worden sind.

Weitere 80 Millionen € sparen wir durch die Realisierung von kw-Vermerken. Einschließlich der kw-Vermerke zum Stellenabbau um 1,5 % bestehen zum 1.1.2006 rund 12.400 kw-Vermerke – das hatte ich Ihnen auch schriftlich mitgeteilt. Ohne weitere Maßnahmen werden hiervon bis zum Ende des Jahres 2006 etwa 3.100 kw-Stellen abgebaut werden.

Die alte Landesregierung hat für den Abbau der kw-belasteten Stellen auf die natürliche Fluktuation gesetzt. Auf diesem Wege scheiden – meistens wegen Erreichens der Altersgrenze – jährlich etwa 2,5 bis 3,5 % der Bediensteten in der Landesverwaltung aus. Ob weitere Instrumente zur Beschleunigung eingesetzt werden, die möglicherweise schon 2006 haushaltswirksam werden, ist noch nicht entschieden. Geprüft wird bei-

spielsweise, ob eine Forcierung der Altersteilzeit bei Beamten sinnvoll ist.

Nimmt man alle geschilderten Maßnahmen zusammen, so ergibt sich eine Gesamtsumme der Einsparungen von 1,265 Milliarden €. Die erzielten Einsparungen, meine Damen und Herren, sind allerdings bei einem bloßen Zahlenvergleich des Etatvolumens des Jahres 2005 mit dem des Jahres 2006 nicht erkennbar.

Die Vergleichbarkeit der Haushalte 2006 mit den Haushalten vergangener Jahre wird durch Sondereffekte im Hochschulbereich stark eingeschränkt. Ab 2006 werden dort flächendeckend Globalhaushalte eingeführt. Gleichzeitig werden ab diesem Zeitpunkt aufkommende Drittmittel im Hochschulbereich nicht mehr im Landeshaushalt veranschlagt. Beide Maßnahmen haben erhebliche Auswirkungen auf Volumen und Struktur des Landeshaushalts.

Rechnet man diese strukturellen Veränderungen heraus, haben die eben dargestellten Einsparungen zunächst einmal nur dazu geführt, dass das Etatvolumen des Jahres 2006 gegenüber dem vergleichbaren Volumen des Jahres 2005 um rund 230 Millionen € abnimmt.

Gleichzeitig haben die Einsparungen jedoch dazu gedient, zwangsläufige Mehrausgaben, die sich aus der inneren Dynamik des Haushalts ergeben, zu kompensieren. Ich will nur einige Beispiele für solche zwangsläufigen Mehrausgaben nennen:

So steigen zum Beispiel – trotz der vorgenommenen Kürzungen beim Weihnachtsgeld, trotz der Effizienzdividende und trotz der Realisierung von 3.100 kw-Vermerken – die Personalausgaben des Jahres 2006 gegenüber 2005 um rund 250 Millionen €. Ohne die zuvor genannten Einsparungen wären die Personalausgaben sogar um rund 1 Milliarde € angestiegen.

Wesentliche Ursache für den verbleibenden Anstieg bei den Personalausgaben in Höhe von 250 Millionen € sind die steigenden Versorgungsausgaben. Grund hierfür ist vor allem der deutliche Anstieg der Versorgungsempfänger von knapp 144.000 in 2005 auf rund 149.000 in 2006.

Die veranschlagten Ausgaben für den Länderfinanzausgleich steigen um 150 Millionen €.

Die Landesleistungen für die Steinkohle steigen um 78 Millionen €, und zwar von 494 auf 572 Millionen €. Dies ist die Folge davon, dass wir die sogenannte Bugwelle auflösen; so sind ja die Vereinbarungen Ihrer Regierung mit dem Bund seinerzeit gewesen.

Die Ausgaben im Bereich der Ersatzschulfinanzierung steigen um 35 Millionen €.

Des Weiteren ist das Land – wie alle Privathaushalte auch – von der allgemeinen Preissteigerung betroffen. So steigen zum Beispiel die Ausgaben für die Unterbringungen in Form von Mieten und Bewirtschaftungskosten insbesondere auch wegen der steigenden Energiekosten um rund 18 Millionen €.

Die Einsparungen im Haushalt 2006 sind demnach erheblich gravierender, als es bei einem Vergleich der Haushaltsvolumina zunächst den Anschein hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 2006 konnten wir nur die ersten Schritte auf dem langen Weg der Haushaltskonsolidierung gehen. Um den Haushalt dauerhaft zu sanieren, werden wir den eingeschlagenen Sparkurs auch künftig konsequent beibehalten.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Da kann man nur lachen!)

Neben den Einsparungen, die bereits im Etat 2006 angelegt sind und die künftig mit zum Teil steigenden Zuwachsraten fortwirken werden, haben wir als zweite Stufe unseres dreistufigen Konsolidierungskonzepts unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen, die Sie auch der mittelfristigen Finanzplanung entnehmen können:

Bei den Transferausgaben werden wir auch künftig um weitere Kürzungen nicht herumkommen. Geplant sind im Jahr 2007 dauerhafte Einsparungen von einer halben Milliarde Euro, die bis einschließlich 2009 um jährlich 100 Millionen € anwachsen. Im Zuge des geänderten Haushaltsaufstellungsverfahrens für 2007 werden wir den vorgesehenen Einsparbetrag einzelplanscharf aufteilen.

Das bedeutet, den Ressorts stehen entsprechend gekürzte Budgets zur Verfügung, mit denen sie ihre Aufgaben erfüllen müssen. Sie haben die Freiheit, aber auch die Pflicht, die Einsparvorgaben jeweils durch konkrete und realistische Maßnahmen für ihr Ressort umzusetzen. Wir nutzen die vor Ort vorhandenen Informationen und Kenntnisse, um die Haushaltsmittel einer möglichst effizienten Verwendung zuzuführen.

Wir wollen den Zuwachs der Personalausgaben senken, und zwar 2007 um 100 Millionen €, 2008 um 250 Millionen € und 2009 um 300 Millionen €. Dabei werden wir uns strukturelle Veränderungen zum Beispiel durch die demographische Entwicklung und durch die sich abzeichnende Erweite-

rung der Gestaltungskompetenzen im Beamten- und Tarifbereich zunutze machen.

Darüber hinaus werden wir Maßnahmen ergreifen, um die kw-Vermerke künftig schneller abzubauen. Geeignete Instrumente hierfür müssen nicht noch erfunden werden, sondern bestehen bereits in anderen Bundesländern wie Berlin, Niedersachsen und Hessen in der Form eines Personaleinsatzmanagements.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Berlin ist ein super Vorbild!)

Mit dem Personaleinsatzmanagement wollen wir erreichen, dass Mitarbeiter, die in überbesetzten Bereichen arbeiten, künftig an anderen Stellen der Verwaltung eingesetzt werden können, wo Personal dringend benötigt wird. Die Beschäftigten werden also zukünftig optimal auf freie Stellen und Einsatzmöglichkeiten vermittelt. Ich versichere Ihnen, dass wir dabei das größtmögliche Maß an Transparenz gewährleisten werden.

An die Sicherung eines sozialverträglichen Personalabbaus, einer angemessenen Beschäftigung, einer anforderungsgerechten Unterbringung dieses Personals werden von uns hohe Anforderungen gestellt.

Das Personaleinsatzmanagement soll durch Beratung, Qualifizierung und Vermittlung effizient und zügig eine angemessene Beschäftigung von möglichst vielen der oben genannten Personen in und außerhalb der Landesverwaltung schaffen und sicherstellen. Durch das Personaleinsatzmanagement streben wir für die kommenden Jahre Einspareffekt in erheblichem Umfang an, die einen Beitrag zur dringend notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts leisten. Das Personaleinsatzmanagement soll spätestens Anfang 2007 einsetzbar sein. Eine entsprechende Ausschreibung läuft bereits.

Im Bereich der Kohlesubventionen wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bis 2009 300 Millionen € einsparen. Dazu möchte ich an dieser Stelle Folgendes sagen: Es bleibt bei der Verabredung, dass die Landesregierung in der Legislaturperiode bis einschließlich 2010 insgesamt 750 Millionen € Kohlesubventionen kürzen wird. Wie wir das Ziel genau erreichen, steht noch nicht fest. Das müssen wir in den anstehenden Verhandlungen mit Bund und RAG und im Zuge der künftigen Etatdebatten gemeinsam erarbeiten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Donnerwetter!)

Im Rahmen der neuen Finanzplanung hat die Landesregierung den angestrebten Konsolidie-

rungspfad bis 2010 dokumentiert; er liegt Ihnen vor. Setzen wir diese Planungen konkret um – ich sage es noch einmal, dass ich keinen Grund habe, daran zu zweifeln –, werden wir die Neuverschuldung schrittweise von 5,9 Milliarden € im Jahr 2006 bis auf rund 3,4 Milliarden € im Jahr 2010 zurückführen. Das bedeutet: Die in der Landesverfassung vorgesehene Grenze für die Kreditaufnahme wird endlich wieder eingehalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Bemerkung gehört an dieser Stelle der Vollständigkeit halber dazu: Die Finanzplanung ist – wie der Name schon sagt – eine Planung. Sie kann sich nur auf die Grundzüge der künftigen Haushaltsentwicklung beschränken. Einnahme- und Ausgabeentwicklungen können über einen solchen Zeitraum nicht punktgenau prognostiziert werden.

Und dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterscheidet sich unsere Finanzplanung in einem wesentlichen Punkt von den Finanzplanungen der Vorgängerregierung: Wir haben nach heutigem Stand realistische Ansätze gewählt. Während die abgewählte Landesregierung die Etatpositionen regelmäßig schön gerechnet hat, um die Kreditverfassungsgrenze wenigstens auf dem Papier einzuhalten, haben wir solide kalkuliert.

(Beifall von CDU und FDP)

Nehmen Sie zum Beispiel die Steuereinnahmen: Die alte Landesregierung hatte die Steuereinnahmen für 2006 noch mit einem Plus von 4,7 % kalkuliert und in den Folgejahren mit knapp über 4 %. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Einnahmeerwartungen völlig unrealistisch waren und folglich auch nicht eingetreten sind. Wir planen mit einem Zuwachs der Steuereinnahmen von 1,8 % für 2006 und 3 % in den Folgejahren des Finanzplanungszeitraums.

Gegenüber der Mai-Steuerschätzung in 2005 haben wir in der Planung einen Sicherheitsabschlag von durchschnittlich einem halben Prozentpunkt veranschlagt. Meine Damen und Herren, ich bitte um große Aufmerksamkeit: Sollten wir bei der Planung der Steuereinnahmen doch zu pessimistisch gewesen sein und die Steuereinnahmen höher ausfallen, dann sollten wir uns alle darüber freuen. Das Geld geht dann nämlich voll in die Reduzierung der Neuverschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

An dieser Stelle komme ich zur dritten Stufe unseres Konsolidierungskonzepts: aufgrund von Beschlüssen, die die Regierungskoalition auf Bun-

desebene gefasst hat, rechnen wir auf Landesebene in den kommenden Jahren mit Haushaltsverbesserungen. In unseren bisherigen Planungen sind diese Mehreinnahmen nur zu einem ganz geringen Anteil erfasst. Die Landesregierung hat beschlossen, dass alle aus der Bundespolitik resultierenden zusätzlichen Einnahmeverbesserungen – zum Beispiel aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung, wenn sie denn kommt – in vollem Umfang zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir wollen die doch gar nicht! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Unterstützen Sie die Mehrwertsteuererhöhung denn?)

Ich will Ihnen an einem zweiten Beispiel zeigen, wie wir realistisch kalkuliert haben: Im Haushaltsplanentwurf 2006 sind Einnahmen aus Privatisierungen von Landesbeteiligungen nicht enthalten. Wir werden keine Privatisierungserlöse im Haushalt ansetzen, solange nicht Privatisierungsmöglichkeiten hinreichend konkretisiert und Einnahmen für den Landeshaushalt tatsächlich zu erwarten sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die vorhandenen Vermögenswerte des Landes zunächst einer genauen Bestandsaufnahme unterziehen und Veräußerungsmöglichkeiten sorgfältig prüfen – getreu dem Grundsatz „Privat vor Staat“. Gleichwohl werden wir Landesvermögen nicht verscherbeln, meine Damen und Herren. Bei jeder Veräußerung wird das Land einen angemessenen wirtschaftlichen Verkaufserlös erzielen.

Für die LEG ist inzwischen die Erarbeitung eines Privatisierungskonzeptes in die Wege geleitet worden. Die Landesregierung hat entschieden, die Beauftragung eines Beratungsunternehmens mit dem Ziel auszuschreiben, die LEG mit ihren unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern zu analysieren, deren Wert zu ermitteln sowie Chancen unterschiedlicher Verkaufsoptionen zu bewerten.

Neben einer Veräußerung der Wohnungsbestände und der Beteiligungen an den Wohnungsgesellschaften kommt grundsätzlich auch eine Veräußerung weiterer Betätigungsfelder bis hin zum Gesamtverkauf der Anteile des Landes an der LEG in Betracht. Derzeit läuft das EU-weite Ausschreibungsverfahren für das Gutachten. Nach Vorlage des Gutachtens entscheidet die Landesregierung über das weitere Privatisierungskonzept für die LEG.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meinem Kollegen, Herrn Innenminister Wolff, nicht vorgreifen. Gestatten Sie mir dennoch einige Anmerkungen zu den Auswirkungen des Haushaltsplanentwurfs 2006 auf die Kommunen.

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist weiterhin schwierig. Die Landesregierung legt deshalb Wert darauf auf folgende Punkte:

Erstens. Die Kommunen sollen finanziell angemessen unterstützt werden.

Zweitens. Die Landesregierung will zu mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der kommunalen Haushaltsplanung beitragen.

Drittens. Bürokratie soll abgebaut und Verwaltungshandeln vereinfacht werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Gesamtleistungen des Landes an seine Kommunen betragen im Jahr 2006 rund 11,7 Milliarden €. Das sind 24,1 % an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes. Für alle Förderprogramme und Leistungsgesetze des Landes gelten harte Sparvorgaben. Der Verbundsatz aber kann bei 23 % verbleiben.

Manche sind schnell dabei, den nominellen Rückgang des kommunalen Steuerverbunds im Jahr 2006 um 6,2 % zu kritisieren. Sie dürfen dann aber nicht vergessen, den Grund dafür zu nennen. Dahinter steht kein Eingriff des Landes in die kommunale Finanzmasse. Hier schlägt nur die Verrechnung von Krediten der Vorjahre von insgesamt 674 Millionen € durch. Dieser zinslose Kredit hat die Kommunen in schwieriger Zeit unterstützt. Auf seine Rückzahlung konnten und mussten sich die Städte und Gemeinden seit langem einstellen.

(Lachen von der SPD)

Die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II ist – auch dank des Einsatzes von Nordrhein-Westfalen – für das Jahr 2006 auf 29,1 % festgeschrieben. Das Land wird weiterhin die saldierten Wohngeldersparnisse an die Kreise und kreisfreien Städte weitergeben. Wir haben sie investiv herausgenommen und konsumtiv genau dort veranschlagt, wo sie hingehören.

In der Vergangenheit musste im kommunalen Finanzausgleich viel zu oft nachjustiert werden. Die Kommunen waren an die Steuereinnahmeprognozen gekoppelt, die immer wieder korrigiert werden mussten. Eine Berg-und-Tal-Fahrt mit allen

negativen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte war die zwangsläufige Folge. Dieses Auf und Ab wollen wir abschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das GFG 2006 wird auf exakt bekannte Ist-Steuererinnahmen in einem zurückliegenden Zeitraum umgestellt. Die Kommunen sind vor bösen Überraschungen gefeit. Außerdem wird der Steuerverbund auf seine originäre Aufgabe, nämlich die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, konzentriert. So kommen die zweckgebundenen Zuweisungen dahin, wo sie hingehören, nämlich in die Einzelpläne der Ressorts. Das schafft klare Strukturen in haushaltswirtschaftlicher und fachpolitischer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang wird auch die rot-grüne Mär von der Benachteiligung des Ruhrgebiets entlarvt. Mit dem bewussten Verzicht auf ein neues Solidarbeitragsgesetz werden gerade die Kommunen des Ruhrgebiets besser gestellt als vorher – und das von der neuen schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Sprechen Sie doch einmal mit den wenigen noch verbliebenen roten Oberbürgermeistern im Revier darüber!

Bei allen Konsolidierungsbemühungen, die die sehr angespannte Haushaltslage erfordert, verlieren wir nicht die Zukunftsfähigkeit des Landes aus den Augen. Es geht nicht nur darum, die Probleme der Vergangenheit zu bewältigen. Genauso wichtig ist es, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Deshalb investieren wir in Kinder und Köpfe.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung ist angetreten, die nordrhein-westfälische Schulbildung aus ihrer Mittelmäßigkeit herauszuholen und die Schulen im Hinblick auf Pisa national und international konkurrenzfähig zu machen. Die Unterrichtsversorgung soll zum Wohle unserer Kinder und letztlich im Interesse unserer aller Zukunft verbessert und verlässlicher werden. Dem tragen wir auch im Haushalt 2006 Rechnung.

1.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall haben wir bereits 2005 eingerichtet. Weitere 1.000 Stellen werden wir, wie versprochen, mit dem Haushalt 2006 schaffen. Darüber hinaus werden noch 2.000 weitere Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode hinzukommen.

Für die Grundschulen richten wir 900 neue Stellen für eine dauerhafte Vertretungsreserve ein. Wir wollen damit gezielt gegen den Unterrichtsausfall in dieser Schulform antreten. Die Stellen finanzieren sich aus einem Teil der bisher nur für befristete Beschäftigungsverhältnisse ausgebrachten Mittel.

Von den 2.000 Lehrerstellen, die zur Zeit der rot-grünen Landesregierung einen sogenannten kw-Vermerk hatten und damit am 31. Juli 2006 weggefallen wären, bleiben ab 1. August 2006 zunächst 1.500 im System.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bauen die offenen Ganztagsangebote im Primarbereich auf der Basis eines verdoppelten Lehrerstellenanteils weiter aus. Für Ganztagsangebote im Primarbereich und für sonstige Betreuungsmaßnahmen stellen wir mit dem Haushalt 2006 insgesamt rund 130 Millionen € und 945 Lehrerstellen zur Verfügung. Gegenüber dem Haushalt 2005 bedeutet das ein Plus von rund 46 Millionen € und 210 Lehrerstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer mitgerechnet hat, kommt so auf insgesamt 1.610 Stellen, die den Schulen für das Schuljahr 2006/2007 zusätzlich zur Verfügung stehen werden. Das ist eine enorme Leistung, meine Damen und Herren,

(Beifall von CDU und FDP)

das Geld muss man an anderer Stelle einsparen.

Ferner setzen wir die am 1. Februar 2006 beginnende Förderung der Ganztagshauptschule und Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I auf hohem Niveau fort. Es stehen weiterhin über den 1. August hinaus 620 zusätzliche Lehrerstellen für den Aufbau und den Ausbau des Ganztags an diesen Schulen zur Verfügung. Bis 2012 sollen 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptschule entstehen.

Im Sommer 2006 werden wir für Referendarinnen und Referendare die bisherigen Einstellungskapazitäten von 7.000 um 500 zusätzliche Einstellungsermächtigungen deutlich ausweiten. Wir schaffen damit die Grundlage, um gezielt für Mangelfächer an Gymnasien und Gesamtschulen auszubilden.

Bei der vorschulischen Sprachförderung werden wir die Ansätze mehr als verdoppeln. Im Haushalt 2006 stehen dann insgesamt 15,6 Millionen € für die Sprachförderung zur Verfügung.

Auch bei den Hochschulen nehmen wir wegen der besonderen Bedeutung keine Kürzungen vor. Bei einem Vergleich der Zahlen des Haushaltsplans 2005 mit denen des Haushaltsplans 2006 wird man allerdings einen Rückgang feststellen. Dies liegt aber ausschließlich daran – ich bitte die Opposition, gut zuzuhören –,

(Ralf Jäger [SPD]: Das tun wir immer!)

dass ab dem Haushaltsjahr 2006 aufkommende Drittmittel in Höhe von rund 345 Millionen € nicht mehr durch den Landeshaushalt, sondern direkt an die Hochschulen fließen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Regierungsübernahme im Juni letzten Jahres haben wir den Menschen in unserem Land eine neue Finanzpolitik versprochen. Wir haben versprochen, in der Haushaltspolitik umzusteuern, damit wir in Nordrhein-Westfalen in Zukunft wieder Gestaltungsspielräume bekommen. Wenn wir den Kurswechsel nicht konsequent verfolgen, zahlen unsere Kinder immer mehr für unsere Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Verantwortung für unser Land heißt für mich: Das Richtige tun für die nachfolgenden Generationen und das Vertrauen der Menschen gewinnen, die jetzt mit uns gemeinsam die Probleme lösen müssen. Das schaffen wir nur im Dialog.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Den haben wir schon!)

Mein Eindruck ist, dass die Menschen längst wissen, wie schwierig die finanzielle Situation des Landes ist. Schon aus diesem Grund ist die Politik gut beraten, damit aufzuhören, die Dinge schönzureden und auf Dauer mehr auszugeben als einzunehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Haushalt 2006 lege ich Ihnen einen Entwurf vor, der diesen Weg geht. Wir haben bei der Haushaltsaufstellung klare Grundsätze festgelegt. Der Haushalt 2006 trägt genau diese neue Handschrift: Er ist ehrlich und transparent. Er beschönigt nichts und ist solide und realistisch kalkuliert.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Er belegt den ausdrücklichen Willen der Landesregierung, die Finanzen des Landes wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Schulden wie nie!)

Meine Damen und Herren, ich bin meinen Ressortkolleginnen und -kollegen dankbar, dass sie mit ihren Sparbeiträgen, die sie im Jahre 2006 leisten werden, das gemeinsame Ziel unterstützen. Mir ist bewusst, dass das nicht immer einfach ist. Umso mehr habe ich mich über die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gefreut.

Das Ziel, am Ende der Legislaturperiode einen Haushalt vorzulegen, der die Kreditverfassungsgrenze einhält, muss auch das Anliegen aller Abgeordneten sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie vertreten die Interessen der Menschen, und für die Menschen ist es gut, wenn Haushalte wieder Spielräume bieten, wenn wirklich nachhaltige Finanzpolitik praktiziert wird.

Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, indem sie die Konsolidierungslinie konsequent weiterverfolgt. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Finanzminister. - Ich gebe nun das Wort an Herrn Innenminister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Landesregierung lege ich den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2006 vor. Der Gesetzentwurf schafft die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden im Jahre 2006 aus der Landeskasse zugewiesen werden sollen. Die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 2006 sind sowohl für den Landeshaushalt als auch für viele kommunale Haushalte schwierig.

Herr Kollege Linssen hat eindrucksvoll belegt, mit welchen Problemen der Landeshaushalt in diesem Jahre fertig werden muss. Vergleichbaren Schwierigkeiten sind auch die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt. Die Lage der Kommunalfinanzen ist nach wie vor sehr angespannt. Darüber habe ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bereits detailliert im Kommunalfinanzbericht vom November 2005 informiert.

Es gibt aber auch eine erfreuliche Entwicklung im Jahre 2005: Das Gewerbesteueraufkommen stieg 2005 gegenüber dem Vorjahr um 13,7 % auf rund 8 Milliarden €. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung bei der Gewerbesteuer fort, die bereits im Jahr 2004 zu verzeichnen war.

Aber trotz dieser positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens können die Einnahmen der Kommunen ihre Ausgaben im Jahre 2005 nicht decken. Einschließlich der Fehlbeträge aus Vorjahren tragen die Kommunen im Jahr 2006 eine Fehlbetragslast von 11,8 Milliarden € vor sich her, die in den kommenden Jahren abgebaut werden muss. Entsprechend kritisch ist die Liquiditätslage der Kommunen. Das Kassenkreditvolumen erreichte am 30. September 2005 mit rund 10,2 Milliarden € einen neuen Höchststand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese angespannte Finanzlage der Kommunen war Ausgangspunkt der Landesregierung bei der Konzeption des kommunalen Finanzausgleichs für das Jahr 2006. Mit den Leistungen, die der Entwurf des GFG 2006 vorsieht, schöpft das Land unter den gegebenen Rahmenbedingungen seine finanziellen Möglichkeiten voll aus. Ohne Wenn und Aber kommt das Land seiner Verpflichtung aus Art. 79 der Landesverfassung nach, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Klar ist, dass angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes finanzielle Wohltaten nicht erwartet werden können. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Gesetzentwurf auf seine wesentlichen Funktionen konzentriert und für die Gemeinden des Landes bereits eine Reihe positiver Veränderungen einleitet.

Zugleich werden damit die Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt. Bereits mit dem ersten GFG, das die neue Landesregierung vorlegt, werden diese Ziele erreicht. Meine Damen und Herren, das GFG ist transparenter, es ist gerechter. Dieses GFG macht den kommunalen Finanzausgleich planbarer als seine Vorgänger.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir erreichen diese Ziele durch folgende Maßnahmen: Wir halten den Verbundsatz von 23 % trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes. Wir machen den kommunalen Finanzausgleich durch die Festlegung eines neuen Referenzzeitraumes für die Steuereinnahmen planbarer. Wir machen Schluss mit neuen Kreditierungen und Abrechnungen. Wir stellen über 85 % des Steuerverbundes als freie Deckungsmittel zur Verfügung und stärken damit die kommunale Selbstverwaltung. Wir reduzieren die Befrachtungen um rund 50 %. Wir dotieren die Schulpauschale ungekürzt mit 460 Millionen € und die Sportpauschale erstmals mit 50 Millionen €. Damit setzen wir einen

westfälischen Kommunen unter schwierigen Rahmenbedingungen gerecht geworden ist. Ich weiß, dass die von uns vorgenommenen strukturellen Veränderungen nicht bei allen Kommunen im Land Zustimmung finden.

Ich hoffe aber, dass ich die Ursachen und Wirkungen deutlich gemacht habe und dass diese sowie die Bereitschaft der Landesregierung, auch bei schwierigster Lage des Landeshaushalts eine angemessene, zukunftsfähige Mischung aus notwendiger Orientierung und Kontinuität zu finden, vor Ort sehr wohl erkannt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Innenminister.

Ich eröffne die **Beratung zum Haushaltsgesetz**. – Für die SPD spricht Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach langem Warten ist er jetzt da: der erste eigenständige Haushaltsentwurf der neuen Regierungskoalition.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Warten Sie lieber ab, Herr Kuhmichel. – Er trägt Ihre Handschrift; er ist ein Ausweis Ihrer Politik.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Herr Minister Linssen, wie haben Sie eingangs gesagt: „Weichen stellen Richtung Zukunft“? – Herr Minister, Ihre Weichen führen NRW auf das Abstellgleis,

(Beifall von der SPD)

und das Schlimme daran ist: Die Menschen, die in dem Zug sitzen, werden wohl erst 2010 die Chance haben, wieder auszusteigen.

(Beifall von der SPD)

Die Fakten liegen klar auf dem Tisch. Der Haushaltsentwurf enthält mit 5,9 Milliarden € die höchste Neuverschuldung bei Einbringen in der Geschichte unseres Landes.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Das hören Sie nicht gern, Herr Kuhmichel. – Er überschreitet die Verfassungsgrenze um 2,6 Milliarden € Interessant ist, Herr Minister, dass Sie uns diesmal eine lange Begründung geliefert haben. Ich denke, das spricht für das schlechte Gewissen. Oder Sie wollen schon einmal für die Verfassungsgerichtsverfahren vorbeugen.

(Beifall von der SPD)

Wie schon beim zweiten Nachtrag 2005 begründen Sie das wieder mit objektiver Unmöglichkeit. – Herr Linssen, das geht für die Menschen im Land nicht zusammen. Sie berufen sich auf objektive Unmöglichkeit, haben aber frisches Geld: für die Landwirtschaftskammern 16,3 Millionen €, für den Flughafen Münster/Osnabrück 11 Millionen € aus dem Umweltetat oder für die Reiterstaffel. Und in vielen Ressorts, insbesondere in der Staatskanzlei, erhöhen Sie die Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und externen Sachverstand.

(Zurufe von der SPD)

Diese Aufgaben, Herr Minister, ergeben sich meines Wissens nicht aus der Landesverfassung. Wenn dann solche innovativen Sanierungspläne dabei herauskommen wie der, den Sie uns heute vorgestellt haben, dann rate ich Ihnen, dafür wirklich nicht mehr Geld auszugeben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Verfassung zu ignorieren ist an sich schon schlimm genug.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Schlimmer ist jedoch das, was jetzt hinter den Zahlen klar erkennbar ist, nämlich die dort angelegte Veränderung unserer Gesellschaft, unseres Landes. Sie nennen das Erneuerung. Ich stelle fest: Sie erneuern das Land nicht. Denn Erneuerung würde bedeuten, das Land voranzubringen. Sie verändern es zwar, aber zum Schlechteren. Sie sind auf einem Irrweg, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Ihr Weg ist geprägt von zwei Prinzipien, die wir hier immer wieder in den Reden zu hören bekommen, nämlich „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“.

Der Staat soll ausschließlich das tun, was die Bürger nicht selbst tun können. Bei allem, was auch Private erledigen können, soll sich der Staat heraushalten. Das ist Ihr Credo, Herr Papke.

(Beifall von der FDP)

Stück für Stück ziehen Sie das Land aus seiner Verantwortung zurück. Sie geben damit den Menschen nicht mehr Freiheit. Nein, Sie lassen sie alleine. Bei Ihnen werden Waggons des Zuges NRW abgehängt. Viele müssen deshalb am Bahnsteig stehen bleiben. Das ist die Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind an diesem Punkt in einer sehr grundsätzlichen und, ich glaube, sehr wichtigen Debatte. Denn unser Weg ist ein anderer. Für uns Sozialdemokraten steht fest: Ein starker, handlungsfähiger Staat ist unverzichtbar. Zusammen mit einer starken Wirtschaft und einer menschlichen Gesellschaft ist er für uns Garant für eine gute Zukunft.

Herr Minister, Sie haben viel, fast ausschließlich, über Zahlen geredet. Das ist der Unterschied zwischen uns. Wir reden über die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Die Aufgabe eines Staates, wie wir ihn verstehen, ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Menschen müssen gleiche Chancen auf Teilhabe, auf Bildung, auf Gesundheit, auf Wohlstand haben. Diese Chancen muss und kann ihnen nur der Staat eröffnen. Diese Aufgabe kann und darf nicht wegfallen. Denn die Privaten, der Markt, werden diese Aufgaben nicht übernehmen.

(Beifall von der SPD)

Manche von Ihnen glauben – Herr Papke an vorderster Front –: Wenn man nur mehr Markt oder mehr Wettbewerb schafft, dann werden sich quasi automatisch Chancen für alle ergeben. – Herr Papke, das ist ein Irrtum.

(Beifall von der SPD)

Markt oder Wettbewerb sind nur Instrumente. Man darf sie nicht ideologisch zu einem Prinzip überhöhen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, der Weg, auf den die FDP Sie da führt, der ist gefährlich. Ich höre ja, Sie fliegen jetzt in die USA. Ich empfehle Ihnen einen Besuch bei der John F. Kennedy School of Government. Reden Sie mit den Wissenschaftlern, mit den Fachleuten! Denen ist längst klar, dass gänzlich unregelter Markt den sozialen Zusammenhalt und damit die Voraussetzung seiner eigenen Wirksamkeit zerstören würde. Der Markt kann weder ausreichend für öffentliche Güter sorgen noch den sozialen Zusammenhalt stützen. Er würde sich quasi selbst den Ast absägen, auf dem er sitzt.

Deshalb sind Staat und staatliches Handeln, Herr Papke, auch nicht mit Unfreiheit gleichzusetzen. Ein handlungsfähiger Staat beeinträchtigt nicht die Freiheit des Menschen. Im Gegenteil, er garantiert Freiheit. Er garantiert die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollen etwas anderes. Sie wollen Freiheit von staatlichen Regeln statt Freiheit für mehr Selbstbestimmung.

(Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Sie wollen dieses Land verändern. Sie werden es kälter, und Sie werden es weniger gerecht gestalten. Für uns ist das Politik ohne Herz und Verstand.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieses andere Staatsverständnis kann man in diesem Haushalt deutlich ablesen. Bei Ihnen zieht sich der Staat fast überall zurück. Sie schieben die Verantwortung ab: auf Kommunen, Hochschulen, Verbände, Kirchen, Selbsthilfeorganisationen und im schlimmsten Fall sogar auf die Betroffenen, die Hilfesuchenden selbst. Um im Bild des Zuges zu bleiben: Sie nehmen die Lasten aus Ihrem Waggon des Zuges und laden sie in die Waggonen der anderen. Aber damit wird der Zug NRW nicht schneller fahren. Das ist Ihr Denkfehler dabei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine Politik nach der Maxime „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht“ reißt stattdessen tiefe Löcher in das soziale Netz. Die bittere Wahrheit ist, dass oftmals gerade die, die Hilfe besonders brauchen, durch diese Löcher fallen werden. Beispiele hierfür gibt es in Ihrem Haushalt viele.

Nur exemplarisch: Was bedeuten 7,8 Millionen € Kürzungen bei der Familienbildung? – Die Familienbildung ist ein wichtiges Standbein der Elternarbeit. Und die halten Sie in Ihrer Idee der Familienzentren doch hoch! Die wollen Sie doch mit einbinden! Warum kürzen Sie sie dann in diesem Haushalt an dieser Stelle?

(Beifall von der SPD)

Was ist mit einer Frau, die sich am Wochenende in höchster Not mit ihren Kindern an ein Frauenhaus wendet und dort keine qualifizierte Hilfe mehr findet, weil 3,5 Millionen € bei der Finanzierung der Frauenhäuser und dem Programm „Gewalt gegen Frauen“ gestrichen wurden? Was ist mit diesen Frauen? Was sagen Sie ihnen in Zukunft?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von den vier Stellen fällt eine weg. Das heißt, es gibt nur noch eine qualifizierte Fachkraft. Auch diese hat einmal Wochenende und auch diese ist einmal im Urlaub. Was passiert dann mit diesen

Frauen? Sagen Sie das den Menschen draußen im Land!

(Wolfgang Hüsken [CDU]: Das tun wir! Habe ich gestern noch gemacht!)

– Deshalb demonstrieren die morgen ja auch! – Ich nenne ein weiteres Beispiel.

(Zuruf von der CDU)

Wie mögen sich die Behinderten fühlen, die auf die Zusagen gerade des Ministerpräsidenten, aber auch des Sozialministers vertraut haben, dass ihnen die Belange der Behinderten besonders am Herzen liegen? Jetzt sehen diese, dass die Mittel für die Integration der Behinderten um 12,9 Millionen € zurückgefahren werden. Das ist die Realität, Herr Laumann. Das ist etwas anderes. Die Taten sehen anders aus als die Worte.

(Beifall von der SPD)

Die Krankenhäuser im Land leiden nicht nur unter dem von Ihnen verhängten Investitionsstopp, nein, in 2006 fehlen ihnen jetzt auch noch 3,5 Millionen €, weil die fällige Anpassung der Pauschalen an die Kostenentwicklung um zwei Jahre hinausgeschoben wird. Das sind Realitäten in diesem Lande. Das trifft die Menschen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

– Sie können es ja gleich richtig stellen.

Solche Kürzungen sind schon für sich gesehen nicht akzeptabel. Was uns aber wirklich alarmiert, ist die Tatsache, dass viele dieser Maßnahmen mit einer Neuorientierung der Sozialpolitik begründet werden. Der Rückzug des Landes aus der Verantwortung wird öffentlich als Stärkung der Selbstverantwortung der Betroffenen verkauft. Für die Menschen, die auf diese Einrichtungen und die bisherige Hilfe, auf diese Netzwerke angewiesen sind, muss das zynisch klingen. Ihr Grundsatz „Privat vor Staat“ erhält an dieser Stelle seinen bittersten Beigeschmack, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie haben mit Ihren Wahlversprechungen die Wahl gewonnen. Bereits jetzt erkennen viele Menschen, die Ihnen die Stimme gegeben haben, ...

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Hören Sie zu! Hören Sie den Menschen im Land zu. Ich komme in meiner Funktion ziemlich viel im Land herum. Es sind auch Ihre Leute, die bei den

Punkten, die ich gleich aufliste, inhaltlich auf unserer Seite sind.

(Beifall von der SPD)

Die Menschen erkennen, dass Ihre Wahlversprechen nichts mehr wert sind: „Versprochen – gebrochen“. – Sie machen Politik gegen die Menschen in diesem Lande. Das ist auf vielen Feldern mittlerweile schon Ihr Markenzeichen.

Beispiel: Schulpolitik. – Nicht nur bei der Aufhebung der Grundschulbezirke und der Aushebelung des Elternwillens löst Ihr Schulgesetz Empörung, Wut und Entsetzen bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Eltern, aber auch bei Schülern aus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit der Vorfahrt beim Abitur nach zwölf Jahren Gymnasium wird die Durchlässigkeit des Systems verstopft. Daran ändert auch Ihre Versicherung des Gegenteils nichts, Herr Ministerpräsident. Vielleicht haben Sie die Realitäten noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Wer denn soll den Aufstieg in diesem System noch schaffen, wenn die zweite Fremdsprache am Gymnasium schon in der Klasse sechs beginnt und in den anderen Schulformen erst ein Jahr später?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist doch das Problem, was dahinter steht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Alles das verbinden Sie dann noch mit einer marktradikal geprägten Politik der Ökonomisierung der Schulen. Herr Ministerpräsident, auch in Ihrer Partei hat dieses Zündeln bei der Chancengerechtigkeit längst einen flächendeckenden Schwelbrand ausgelöst. Es sind längst nicht mehr einzelne Kritiker, wie Sie sagten.

Beispiel: Kommunalpolitik. – Ich fürchte, das Land wird die Kommunen daran hindern, ihre wirtschaftliche Betätigung zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger im selben Umfang wie bisher fortzusetzen. Auch in diesem Fall von der FDP getrieben, betreiben Sie den Ausverkauf städtischer Betriebe aus Prinzip.

(Beifall von der SPD)

Jede Form wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen ist Ihnen suspekt. Es kommt nicht darauf an, wer die Leistungen günstiger oder besser erbringt. Aus Prinzip sollen sie privat erbracht werden. Die Folge ist absehbar, meine Damen und Herren. Bisherige Einnahmen gehen verloren. Sie werden dann privat erzielt. Die Kosten verbleiben aber bei den Steuerzahlern. Das ist ein Parade-

beispiel übertriebener ideologiegeprägter Politik. Als Ergebnis werden die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Papke, Ihnen es geht schon lange nicht mehr um den schlanken Staat. Ihr Staat ist schon magersüchtig. Den können sie bei Heidi Klum anmelden!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel: Strukturpolitik. – Herr Ministerpräsident, Sie haben beim politischen Forum Ruhr nette Worte gesagt: NRW braucht ein starkes Ruhrgebiet.

(Zuruf von der CDU: Sie waren doch gar nicht da!)

– Aber ich habe den Text gelesen. Ich bin durchaus in der Lage, mir das zu besorgen und zu lesen. Haben Sie keine Bange. Das tue ich auch.

(Zurufe von der CDU)

Schwarze Wolken über der Ruhr gibt es aber wirklich, wenn im Haushalt die Mittel für die Kofinanzierung der EU-Gelder um 60 Millionen € gekürzt werden. Das lässt sich nicht durch einen Wettbewerb wettmachen. Ich bin ein Freund des Wettbewerbs. Ich bin Ökonomin.

Es ist aber ein Wettbewerb, bei dem die Startchancen nicht gleich sind. Bei der Winterolympiade in Turin starten auch nicht die einen auf dem Rennrodel und die anderen auf einem Holzschlitten. Das wäre die Parallele dazu.

(Beifall von der SPD)

Beispiel: Hochschul- und Innovationspolitik. –

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt sind wir gespannt!)

Ein Durchstarten bei der Innovationspolitik, Herr Lindner, damit einzuleiten, das Technologie- und Innovationsprogramm radikal wegzukürzen, ist nicht liberal, sondern konzeptionslos.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Gegenzug werden mit der Einführung von Studiengebühren die Zukunftschancen vieler junger Menschen

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Verbessert!)

und des Standortes NRW gefährdet.

Herr Minister Pinkwart, Sie hätten den Abstecher von Paderborn nach Bielefeld machen sollen. Warum haben Sie sich gedrückt? Reden Sie doch mit

den Studentinnen und Stud-enten! Lassen Sie sich doch einmal von deren Lebenswirklichkeit einholen.

Anstatt seinen Talenten Wege zu ebnen, errichtet diese Landesregierung neue und höhere Hürden. Das ist der falsche Weg für unser Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Beispiel: Förderung des Ehrenamtes. Anstatt das großartige ehrenamtliche Engagement Hunderttausender Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu fördern und zu unterstützen, setzen Sie auch hier den Rotstift an.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Sie schlagen den Menschen vor den Kopf, die unzählige Stunden ihrer Freizeit widmen, um ihren Enthusiasmus unentgeltlich in den Dienst unserer Gesellschaft zu stellen. Und was ist Ihr Dank? Sie kürzen. Deutlicher kann eine Landesregierung nicht zeigen, dass ihr Gemeinwohlorientierung, das Einsetzen für den Schwächeren und das Dasein für den anderen wenig, fast nichts wert ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Wo denn?)

Aber lassen Sie mich zu dem zentralen Punkt kommen. Herr Ministerpräsident, Ihr eigener Anspruch lautet: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.

(Christian Weisbrich [CDU]: Richtig!)

Wenn Sie das einlösen wollten, müsste dieser Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt bei der Förderung von Kindern setzen. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben schließlich das Jahr 2006 zum Jahr der Kinder ausgerufen.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Damit haben Sie Erwartungen bei den Menschen geweckt. Kinder und Familie sind ja auch zurzeit das zentrale Thema der Politik in Bund und Ländern. Der Bund engagiert sich auch finanziell in erheblichem Maße. Natürlich wird jetzt die Frage laut: Was tut NRW? Was tut die Landesregierung? Was tut Jürgen Rüttgers, um die selbst geweckten Erwartungen zu erfüllen?

Ein Blick in den Landeshaushalt zeigt: Sie machen gerade die Kleinsten zu den größten Verlierern. Und das ist der Skandal in diesem Landeshaushalt.

(Anhaltender lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, Herr Ministerpräsident, kürzen die Mittel für Kindertagesstätten um 114 Millionen €

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Sie kürzen den Landesjugendplan gegenüber den geltenden gesetzlichen Vorgaben um 20,9 Millionen €. Sie kürzen bei den Schülerfahrtkosten um 27,4 Millionen €. Und Sie kürzen auch noch bei der Übungsleiterpauschale und bei der Schulumilch. Das ist Realität, die in diesem Haushalt abgebildet ist.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihr Auftakt für das Jahr der Kinder. Sie machen Politik auf dem Rücken derjenigen, die sich nicht wehren können. Sie machen Politik gegen Kinder im Jahr der Kinder.

(Beifall von der SPD – Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

Vielleicht noch einiges zum Jugendförderungsgesetz! Das ärgert mich wirklich zutiefst: Mit einem Federstrich zerstören Sie das Vertrauen der Jugend in die Verlässlichkeit der Politik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir erinnern uns – und mit uns viele Bürgerinnen und Bürger –: Sie hatten sich doch an die Spitze derer gestellt, die den Jugendverbänden jetzt eine gesetzliche Garantie geben wollten.

(Zurufe von der SPD)

Sie wollten das schon 2005 machen. Jetzt brechen Sie dieses Versprechen. Das kann man bei den Jugendlichen nicht mehr gut machen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, Sie wollten das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Sie haben in den neun Monaten so viel Vertrauen verspielt; das werden Sie nicht mehr zurückholen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu den Kindertagesstätten: Ihre Kürzungen werden zu höheren Elternbeiträgen führen. Sie verlassen sich darauf, dass die Kommunen schon einspringen werden, obwohl Sie wissen, dass die meisten das gar nicht können. Wenn Sie uns nicht glauben wollen, dann hören Sie doch auf die Caritas oder auf den Städte- und Gemeindebund. Diese sprechen von Verteuerung von 25 %. Das ist die Realität, und das wird dazu führen, dass weniger Kinder in den Kindergarten gehen und nicht mehr, wie wir es wollen.

(Beifall von der SPD)

Und dann der Gipfel: In dieser Situation ...

(Christian Lindner [FDP]: 22 % der Kinder zahlen doch gar keinen Beitrag!)

– Hören Sie mir doch geduldig zu, ich habe vorhin auch geduldig zugehört. Sie haben noch genug Zeit. Wir sind ja noch eine Weile hier.

Der Gipfel: In dieser Situation ermuntert Herr Minister Laschet auch noch die reichen Kommunen des Landes, sich zulasten der finanzschwächeren Städte und Gemeinden zu profilieren. Wettbewerb! Die sollen Elternbeiträge aus der Stadtkasse zahlen. Damit würde ein fataler Wettbewerb in Gang gesetzt, den nur die finanzstarken Kommunen mitmachen können. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall von der SPD)

Herr Wittke ist nicht da. Aber in Ihrer Regierung weiß offensichtlich die Linke nicht, was die Rechte tut. Herr Wittke sorgt sich wegen des Wegzugs junger Familien mit Kindern aus dem Ruhrgebiet, und Herr Laschet gibt den finanzkräftigeren Kommunen im Umfeld mal eben ein Instrument in die Hand, um gerade diese Familien zum Umzug zu bewegen. Das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, was wir hier erleben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokraten wissen um die Verantwortung für dieses Land.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Dann machen Sie mal Vorschläge!)

– Warten Sie doch ab; dazu sage ich noch etwas. Warum sind Sie denn so hektisch? Ich habe noch 52 Minuten.

(Zurufe von der FDP)

Wir wissen um unsere Verantwortung für dieses Land. Unser Gegenentwurf zu Ihrer Politik ist darum nicht Fundamentalopposition. Uns geht es um den besten Weg für dieses Land. Darüber wollen und werden wir mit Ihnen streiten.

(Beifall von der SPD)

Wir bieten den Menschen in Nordrhein-Westfalen einen zweiten Weg an, einen, der die soziale Balance wahrt, einen Weg, der die Kinder als unser kostbarstes Gut nicht links liegen lässt, sondern Perspektiven sichert und Chancen eröffnet. Wir werden im Land für unseren Weg werben. Um es

klar zu sagen: Eine Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien und Kindern muss nicht sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Weg der Konzentration auf unsere Kinder, unsere Zukunft, den wir in den letzten Jahren begonnen haben, muss fortgesetzt werden, und die Sozialnetze dürfen nicht reißen. Dafür stehen wir in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb, Herr Finanzminister, werden wir auch keine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Haushalt stellen – ohne Deckung.

(Zurufe von der CDU: Ah! – Christian Weisbrich [CDU]: Das ist eine Verschwörung!)

Wir werden Änderungen in zentralen Bereichen vorschlagen und aufzeigen – und aufzeigen! –, wie sie zu finanzieren sind.

(Christian Weisbrich [CDU]: Geisterbeschwörung!)

Dazu gehört die Rücknahme der Kürzungen in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie und soziale Netze.

(Beifall von einzelnen Abgeordneten der SPD)

– Da darf man ruhig einmal dazwischen klatschen; das ist völlig in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Aber wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir sagen: Das Land muss sich in zwei Bereichen besonders engagieren, um die Bildungs- und Betreuungskette weiter zu schließen.

Bei der Betreuung von unter Dreijährigen müssen wir schneller vorankommen. Unser Ziel bleibt ein verlässliches Angebot für 20 %. Wir hatten diesen Weg bereits begonnen. Und jetzt, Herr Ministerpräsident, haben wir gemeinsam auf der Bundesebene das Elterngeld verabredet. Welche Verpflichtung ergibt sich aus dem Elterngeld? – Ein sinnvolles Instrument, wenn nach dem einen Jahr Elterngeld für diejenigen, die es brauchen, auch ein verlässlicher Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Deshalb ist U3 zentral und wichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Wir fahren fort mit unserem Anspruch, den Bildungsauftrag des Kindergartens zu stärken. Deshalb sollen künftig alle Kinder eines Jahrgangs das letzte Kindergartenjahr besuchen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das Geld kommt von den Kohleinvestitionen!)

– Das ist nicht so, und das wissen Sie auch; Sie kennen die Zahlen. – Hierfür muss das letzte Jahr beitragsfrei gestaltet werden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Wir reden hier – wir wissen das – über rund 90 Millionen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Wir sind schrittweise vorgegangen, Herr Papke. Wir haben nicht alles geschafft. Aber wir haben diesen Weg begonnen und werden ihn konsequent weitergehen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Papke.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]: Mehr Schulden oder weniger Schulden? – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sind doch die Schuldenmacher!)

– Ich komme gleich noch darauf.

(Christian Lindner [FDP]: Das haben Sie immer abgelehnt, und jetzt plötzlich!)

– Das haben wir nicht abgelehnt. Das steht schon in unseren uralten Programmen, schon in denen, die unter Rau entstanden sind. Das können Sie nachlesen. Da waren Sie noch nicht dabei, Herr Lindner. Aber da war es schon so.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist unglaublich unwürdig, Frau Kollegin! – Christian Lindner [FDP]: Das ist lächerlich!)

Ich weiß es, weil ich es nachgelesen habe. Offensichtlich bin ich ein bisschen fleißiger.

(Fortgesetzt Zurufe)

Meine Damen und Herren, um das auch klar zu stellen: Das letzte Jahr beitragsfrei zu gestalten, bedeutet auch, dass die Kosten dafür vom Land nicht auf die Kommunen umgelegt werden können. Sie wären damit überfordert.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: 100 Millionen!)

Wir werden hinsichtlich dieser Maßnahmen in diesem Haushaltsverfahren aufzeigen, Herr Lindner, dass sie finanzierbar sind, wenn man Schwerpunktsetzung ernst meint, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Um Ihre Frage direkt zu beantworten: Dafür sind keine neuen zusätzlichen Schulden erforderlich.

Auch das werden wir in unseren Anträgen belegen.

(Beifall von der SPD)

Wir laden Sie ein, wir laden alle Fraktionen des Landtags ein, diese Initiative gemeinsam zu tragen.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie ist von so zentraler Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Landes, unseres Schul- und Bildungswesens, dass eine breite Unterstützung jenseits des Parteienstreits in höchstem Maße sachdienlich wäre. Ein Projekt mit diesem Stellenwert darf nicht an Ressortegoismen oder fachpolitischen Scheuklappen scheitern. Dieses Angebot steht.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. – Eine Politik, ein Haushalt, der geprägt ist von einer Flucht aus der Verantwortung, von „versprochen – gebrochen“, kann nicht unsere Zustimmung finden. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung setzt, wie ich Ihnen gezeigt habe, falsche Schwerpunkte. Er wird schlimme Konsequenzen insbesondere in der Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik haben, wenn er umgesetzt wird. Wir machen uns Sorgen um dieses Land.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Ja, Sie offensichtlich nicht!

(Ursula Meurer [SPD]: Das Lachen wird Ihnen noch vergehen!)

Sie machen das nur in Ihren Sonntagsreden; das ist der Unterschied. Wir werden zeigen, wie man das handfest im Haushalt macht.

(Beifall von der SPD)

Das Land spart auf Kosten der Kommunen. Hören Sie sich einmal Ihre Landräte, Ihre Kämmerer und Ihre Bürgermeister dazu an. Das Land zieht sich in vielen Bereichen aus der Verantwortung zurück und wälzt diese auf andere ab oder lässt die Betroffenen gänzlich ohne Schutz beziehungsweise Hilfe. Sie machen eine Politik ohne Herz und Verstand.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Unser Fazit zu diesem Haushalt lautet: mehr Schulden, weniger Chancen und neue Privilegien.

Nach neunmonatiger schwarz-gelber Landesregierung zeigt es sich: Sie haben ein anderes Bild von der Gesellschaft unseres Landes. Sie lehnen es ab, die Möglichkeiten des Staates zu nutzen, um die Bedingungen für die Menschen besser und gerechter zu gestalten. Im Interesse unseres Landes müssen aber soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Kompetenz eng miteinander verknüpft werden. Das ist und bleibt die originäre Politik der Sozialdemokraten für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann und Barbara Steffens [GRÜNE] – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Sie setzen stattdessen radikal auf Markt und Wettbewerb. Sie tragen dieses Credo „Privat vor Staat“ wie eine Monstranz vor sich her. Sie setzen auf die Kraft des Stärkeren. Die Kinder und die Schwachen, diejenigen, die Förderung und Hilfestellung brauchen, um überhaupt gleichberechtigt teilhaben zu können, sind die Verlierer ihrer Politik.

(Beifall von der SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Abschließend: Unser Angebot steht. Wir bieten im Haushalt eine Zusammenarbeit für Kinder und Jugend an. In der Form, in der Sie den Entwurf vorgelegt haben, können wir ihm nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther (in den Beifall hineinsprechend): Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU spricht nun Herr Stahl.

Helmut Stahl (CDU): Ich interpretiere das als Anfangsapplaus für mich.

(Sören Link [SPD]: Wir klatschen nur für Leistung, Herr Stahl! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, Sie haben in einem Interview mit dem WDR am 5. Februar Ihr Selbstverständnis offen gelegt. Das war spannend. Ich zitiere, Frau Präsidentin:

„Wir verstehen uns als Regierung im Wartestand. Ich glaub', das trifft es kurz auf den Punkt gebracht.“

Ja, Frau Kraft, dann warten Sie mal ab in Ihrem Wartestand! Da steht man, wenn der Zug abgefahren ist,

(Ralf Jäger [SPD]: Die Uhr läuft ab!)

und fragt sich, ob überhaupt noch ein Zug kommt.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zurufe von der SPD)

Das ist das Thema, um das es geht. Der Zug, Frau Kraft, auf den Sie in Ihrem Wartestand warten, der ist doch realiter abgehängt –

(Unruhe – Glocke)

abhängt am 22. Mai des vergangenen Jahres bei der Landtagswahl.

Dass Sie selbst bisher den Anschluss nicht gefunden haben, immer noch abgehängt sind, zeigen die Anträge, die Sie stellten und weiter stellen. Das klingt dann wie folgt: Sicherheitsarchitektur nicht gefährden, Schulbezirke bestehen lassen, Kündigungssperrfristverordnung nicht aufheben, Atomausstieg nicht antasten, ZVS nicht abschaffen usw. usf.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das lehrt doch, dass Sie sich ganz, ganz ängstlich an eine Politik klammern, die objektiv gescheitert ist, die die Wählerinnen und Wähler in unserem Bundesland abgewählt haben.

(Beifall von der CDU und Christian Lindner [FDP])

So lange und so viel und so intensiv man sucht: Neues fällt Ihnen wirklich nicht ein. Am letzten Wochenende haben Sie eine sogenannte Gelsenkirchener Erklärung vorgestellt. Als Knaller kündigen Sie darin an: Wir werden in den kommenden zwei Jahren ein Konzept „Beste Schule für NRW“ erarbeiten.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU] – Ralf Jäger [SPD]: Genau!)

Das Ganze wollen Sie auf Ihrem Landesparteitag Ende 2007 beschließen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn Sie wollen, laden wir Sie ein!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun weiß inzwischen jeder, der sich über die Themen, die in unserem Bundesland diskutiert werden, annähernd kundig gemacht hat, dass

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dass Ihre Schulgesetze in die falsche Richtung gehen!)

wir zum 1. August dieses Jahres ein neues Schulgesetz verabschiedet werden.

(Unruhe)

Jeder in Nordrhein-Westfalen weiß, dass Ihre Schul- und Bildungspolitik für Sie und das Land alles andere war als ein Bringer.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wird Frau Schäfer, Ihrer letzten Schulministerin, inzwischen ja auch in Ihren parteiinternen Machtkämpfen entgegengehalten. So sagt der Fraktionsvize Rudolph treffend: „Schulpolitik war im letzten Wahlkampf kein Gewinnerthema.“

(Zustimmung von der CDU)

Wo er Recht hat, hat er Recht. Ihre Schulpolitik – so der Landeselternrat Nordrhein-Westfalens –, das war ein Großversuch mit Schutzbefohlenen. – Deshalb begrüßen wir, dass Sie sich neu positionieren wollen.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch eine Meinung zum Haushalt?)

Doch wenn Sie das Ende 2007 geleistet haben werden, dann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die beste Schule in Nordrhein-Westfalen längst Realität, schon anderthalb Jahre lang Realität.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Frau Kollegin Kraft, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich grüße Sie fröhlich in Ihrem Wartestand.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, dem Redner das Wort zu lassen.

Helmut Stahl (CDU): Recht hat Ihr Vorsitzender, der Kollege Dieckmann – ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrem Einverständnis –: Wir müssen uns hüten vor Realitätsverweigerung. – So nachzulesen in der „Westfälischen Rundschau“ am Montag!

(Jochen Dieckmann [SPD]: Bei der Rente! Sie sind schlecht vorbereitet, Herr Stahl!)

Realität anerkennen, lieber Kollege Dieckmann, das bedeutet, sich fragen, wie es zu Ihrer miserablen Leistungsbilanz kommen konnte, welche nun wir aufarbeiten müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Das heißt: über eine Million arbeitslose Menschen in Nordrhein-Westfalen! Das heißt: jahrelang Wachstumsraten unterhalb des Bundesdurchschnitts! Das heißt: letzte Plätze bei Schultests und innerer Sicherheit!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist doch peinlich!)

Das heißt: Ergebnisse im Exzellenzwettbewerb der Hochschulen, die zeigen, wie dringend notwendig eine Aufholjagd in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Es geht um den Haushalt!)

Das ist Ihre Bilanz. Und an dieser Bilanz sollten Sie Ihre eigenen Konzepte prüfen.

Hinzu kommt ein Schuldenberg in unvorstellbarer Größenordnung von 112 Milliarden €.

(Ralf Jäger [SPD]: 103! Keine Legendenbildung, Herr Stahl!)

Das bedeutet, Sie haben und hatten nicht nur die falschen Konzepte für Ihre Politik – eine Politik, die unser Land auf die hinteren Plätze gebracht hat –, Sie haben darüber hinaus für Ihre zukunftsfeindliche Politik Milliarden Euro verheizt, die wir jetzt mühsam zurückzahlen wollen und zurückzahlen müssen. Das war Ihre Sünde an der Zukunft unseres Landes!

(Beifall von CDU und FDP)

Das, Frau Kollegin Kraft, das ist unsoziale Politik, das ist Politik ohne Herz und Verstand!

(Beifall von CDU und FDP)

Solange Sie als Opposition unfähig sind zur Korrektur Ihrer offensichtlich falschen, weil gescheiterten Politikkonzepte, so lange verdienen Sie nicht ernst genommen zu werden in Ihrer Kritik.

(Zurufe von der SPD)

Sie hatten keine Kraft zur Haushaltssanierung, Sie hatten keine Kraft für eine wirkliche Bildungsreform.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Sie hatten keine Kraft für eine wirkliche Reform unserer Hochschulen, keine Kraft für eine Verwaltungsreform, keine Kraft für neue Ansätze zur Förderung des Strukturwandels der Metropole Ruhr.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, wir haben die Kraft! Sie nicht! Sie hätten gerne die Kraft!)

Sie sind heute als Opposition ebenfalls ohne Kraft. Sie, Frau Kraft, sind nur laut. Herr Dieckmann ist wenigstens kleinlaut.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist unglaublich!)

Das alles ist nachzulesen in der Presse vom Wochenende und Wochenanfang.

(Zurufe von der SPD)

Mit der Auswahl meiner Zitate war ich Ihnen gegenüber noch relativ freundlich.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zum Haushalt! – Zuruf von der SPD: Zu den Schulden! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die massivste inhaltliche Kritik, die ich vonseiten der Opposition entdeckte, lautet: Um Himmels willen, ihr verändert ja unser Land!

(Hendrik Wüst [CDU]: Sehr richtig!)

Kolleginnen und Kollegen, erschrecken Sie nicht: Ja, wir tun's!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe)

Wir verändern unser Land, weil unser Land Zukunft braucht.

(Ralf Jäger [SPD]: Zukunft – ohne Sie!)

Wir verändern Nordrhein-Westfalen, damit Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft hat.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Dabei setzen wir natürlich auch auf den Rückenwind durch den Bund. Union und SPD stehen dort in gemeinsamer Verantwortung für strukturelle Reformen in Deutschland.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Weitere Zurufe)

Wir wollen, um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, Nordrhein-Westfalen verändern: gründlich und nachhaltig.

(Gisela Walsken [SPD]: Das befürchten wir! – Weitere Zurufe)

Dabei haben wir ein Leitbild,

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt kommt es: „Privat vor Staat“!)

das wir mit unserem Koalitionspartner teilen – bei allen Unterschieden, die es naturgemäß zwischen zwei eigenständigen Parteien gibt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt kommt: „Privat vor Staat“! – Weitere Zurufe)

Dieses gemeinsame Leitbild zieht sich quasi als schwarz-gelber Leitfaden durch alle Politikfelder.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Als Schreckensbild!)

Wir vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen statt auf die Regulierung durch den Staat und die Bürokratie.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir vertrauen auf Wachstum und wirtschaftliche Chancen für nachhaltige Arbeitsplätze, statt Wachstum zu blockieren und Vergangenes zu konservieren.

(Zurufe von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und Marc Jan Eumann [SPD])

Wir vertrauen auf Bildung, Wissen und Forschung, damit jeder sein Bestes geben kann, statt alle dem Mittelmaß zu überlassen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Durch Einsparungen! – Weitere Zurufe)

Jawohl, wir wollen die staatliche Macht beschneiden zugunsten der Freiheit.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Wir wollen verzichten auf eine Vielzahl staatlicher Subventions- und Interventionsmöglichkeiten. Wir wollen die wirtschaftliche Betätigung des Staates begrenzen. Ja, wir wollen einen starken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und sie deshalb wirksamer wahrnehmen kann.

Ich sage Ihnen zu Ihren Ausführungen zum Thema „Staatsverständnis“: Ein Staat, der überall seine Finger drin hat,

(Ralf Jäger [SPD]: Überall? – Zuruf von der SPD: Auch im Kindergarten? – Heiterkeit von der SPD)

kann nicht mehr mit der Faust auf den Tisch hauen.

(Unruhe)

Ein bürokratisierter, von Normen durchdrungener Staat ist ein ungerechter Staat, weil er all denen Möglichkeiten eröffnet, die sich mit Paragraphen, Gesetzen und Verordnungen auskennen, besser wegzukommen, als anderen, die sich das nicht leisten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein überregulierter Staat ist ein sozial ungerechter, unfreiheitlicher Staat.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Werfen Sie uns nicht vor, einem Staatsverständnis nachzuhängen, das Sie möglicherweise in irgendwelchen ideengeschichtlichen Exkursen des 17. Jahrhunderts gelesen haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Im Grundgesetz!)

Lesen Sie einmal Walter Eucken zu den konstitutiven und regulativen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Lesen Sie einmal Müller-Armack. Nehmen Sie wahr, was Ludwig Erhard an wissenschaftlichen und politischen Schriften verfasst hat.

(Hannelore Kraft [SPD]: Haben Sie nichts Neuere, Herr Stahl?)

Lesen Sie seine Reden nach. Dann werden Sie feststellen: Wir wollen einen starken Staat. Wir wollen einen Staat, der Rahmen setzt. Aber wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, sich innerhalb dieses Rahmens freiheitlich zu entfalten, sozial zu sein und soziale Bezüge zu pflegen.

(Beifall von der CDU und Horst Engel [FDP])

Das ist unser Ziel. Das ist unser Staatsverständnis.

(Zurufe von der SPD und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wir wollen, dass es in Nordrhein-Westfalen sozial gerecht zugeht.

(Lachen von der SPD)

Wir wollen das uns Mögliche dafür tun. Frau Kraft, Sie sagten vorhin, wir würden 12 Millionen € bei Behinderten kürzen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Bei der Wohlfahrtspflege! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Diese Information ist falsch. Es wird nichts gekürzt.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Gegenruf von Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch gar nicht wahr! Das wird euch teuer zu stehen kommen! Fragen Sie Frau Fischer, wie sie das vor zwei Jahren gemacht hat! – Gegenruf von der SPD: Fragen Sie den Landkreistag! – Weitere Zurufe)

Das wird aus anderen Stellen im Haushalt ausgeglichen.

Wir wollen Subsidiarität und Solidarität stärken.

(Unruhe)

Wir wollen den Menschen das zutrauen, was einzelne und kleine Einheiten in eigener Verantwortung leisten können. Das wollen wir ihnen überlassen.

Dieses Leitbild,

(Ralf Jäger [SPD]: Das Leitbild mit „d“!)

das ich gerade skizziert habe, werden Sie in allen Vorhaben, die die Landesregierung und die Koalition der Erneuerung auf den Weg gebracht haben und auf den Weg bringen, wiederfinden.

Das gilt beispielsweise für das neue Schulgesetz.

(Zuruf von der SPD)

Was Sie als Wut und Empörung empfunden haben, habe ich gestern auf einer Veranstaltung als blanke Zustimmung erlebt.

(Lautes Lachen und Zurufe von der SPD)

Offenbar verkehren Sie in den falschen Kreisen, verehrte Frau Kollegin Kraft.

Wir stellen die Weichen so, dass sich Kinder und Jugendliche entfalten können, individuell gefördert werden und frühzeitig die nötige Sprachkompetenz erlangen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir geben den Schulen mehr Eigenverantwortung und mehr Freiheit.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir wollen, dass Leistung gefördert und gefordert wird.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Redet da die CDU oder die FDP?)

Wir wollen die Schulleitungen und das Recht der Lehrerinnen und Lehrer stärken und den Fortbestand kleiner, wohnortnaher Schulen erleichtern. Darum geht es. Wir haben 4.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer verfügbar gemacht oder werden sie in dieser Legislaturperiode verfügbar machen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das erleichtert die Unterrichtsversorgung in unserem Land NRW – über die neuen gesetzlichen Bestimmungen hinaus. Das bringt unsere Kinder und das Land wirklich voran.

(Zuruf von der SPD: Da sind wir gespannt, Herr Stahl!)

Als Koalition der Erneuerung bringen wir ein Hochschulfreiheitsgesetz auf den Weg.

(Zurufe von der SPD: Ui!)

Werte Kollegin Kraft, auch dabei ist der Unterschied zwischen Ihrem und unserem Politikansatz klar erkennbar.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Und das ist gut so.

Ihr 2003 verkündetes Hochschulkonzept war ein planwirtschaftliches Programm.

(Lachen von der SPD)

Sie haben Mengen und nicht Qualität steuern wollen. Sie wollen Studienplatzzahlen unter anderem abhängig machen von irrtumsbehafteten allgemeinen Berufsaussichten. Sie wollten Hochschulen steuern – etwa nach der Formel: Normstudienplätze gleich Lehrangebot mal Regelstudienzeit des Diploms dividiert durch curriculare Normwerte des zugeordneten Diplomstudiengangs. – Das haben sie unter Hochschulpolitik verstanden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist Planwirtschaft pur, und damit machen wir Schluss.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Mit diesen „lächerlichen“ Dingen habe ich übrigens im Wahlkampf Punkte gemacht.

(Widerspruch von der SPD)

Sie wollten die Universitäten zwingen, lediglich 20 % ihrer Mittel für Masterprogramme aufzuwenden. Bei Fachhochschulen waren das lediglich 10 % und später 16 %. Das, Frau Kraft, ist Planwirtschaft. Das ist Planwirtschaft pur.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden mit dem neuen Hochschulrecht unseren Hochschulen ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit geben, wir werden jede unserer Hochschulen in die Lage versetzen, sich selbst ihren Weg zu mehr Exzellenz und bester Lehre zu suchen.

(Zurufe von der SPD)

Hochschulen werden nicht mehr dem staatlichen Weisungsrecht unterliegen. Sie werden sich starke Leitungsstrukturen geben können und nicht mehr unter einer Bürokratie leiden, wie sie unter

Rot-Grün in den letzten zehn Jahren und lange davor vorzufinden war.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das machen Sie mit 200 Stellen weniger!)

Das ist unsere Chance, die Chance unserer Hochschulen, durch Freiheit und Profil ihren Platz im Hochschulranking zu verbessern. Das ist einmalig in Deutschland – fast schon eine Revolution. Der Begriff Revolution stammt in diesem Zusammenhang nicht von mir, sondern von Prof. Labisch, dem Rektor der Düsseldorfer Universität. Ich zitiere: „Eine solche Revolution hat es seit Humboldt nicht mehr gegeben.“ Nachzulesen ist dies in der „Rheinischen Post“ vom 10. Februar 2006.

(Zurufe von der SPD – Marc Jan Eumann [SPD]: Mit dem Humboldt'schen Ideal haben Sie nichts mehr zu tun!)

Das Leitbild in unserer Politik erkennen Sie und werden Sie immer stärker erkennen, wenn es um die Reform der Landesverwaltung geht, die wir verschlanken wollen und müssen, wo wir Aufgaben insbesondere an die Kommunen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips abgeben wollen und werden.

Wir trauen Unternehmern und Arbeitnehmern, wir trauen Kammern und Verbänden mehr zu. Rot und Grün bauten auf Misstrauen. Wir, Schwarz-Gelb, bauen auf Vertrauen. Das unterscheidet uns.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Das gilt auch für die Metropole Ruhr. Jeder verständige Mensch in Nordrhein-Westfalen erkennt die immense Leistung des Ruhrgebiets für das deutsche Wirtschaftswunder an. Natürlich erkennen wir an, erkennt jeder Verständige in Nordrhein-Westfalen die gewaltigen Leistungen an, die im Zuge des Strukturwandels im Revier erbracht wurden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Aber dabei stehen bleiben, alte Förderwege immer neu, immer weiter austreten zu wollen, immer neue Leuchttürme hochziehen zu wollen, um sie anschließend zu sprengen, kann nach so vielen Jahren des Strukturwandels für das Ruhrgebiet nicht mehr zukunftsweisend sein.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir freuen uns mit dem Ministerpräsidenten über die Anerkennung und Wertschätzung, die er für seine Rede vor dem politischen Forum Ruhr

(Lachen und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

am 7. Februar in Essen erhalten hat.

Wer wie die SPD den Menschen im Revier die immer gleiche Förderkulisse als Mantel umhängen will, sie immer nur vor Wettbewerb und Herausforderung schützen will, der traut den Menschen der Metropole Ruhr in Wahrheit nichts zu.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie haben vorhin zur Metropole Ruhr gesprochen. Den Vergleich mit einem Holzschlitten sollte man auf Plakate ziehen, und diese Plakate sollte man im Ruhrgebiet aufhängen. Denn da dokumentieren Sie, wie Sie die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität der Menschen, der Einrichtungen im Ruhrgebiet realiter einschätzen. Das tut den Menschen im Ruhrgebiet – da bin ich mir sicher – viel mehr weh als alle Veränderungen, die notwendig sind.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das sind nur Ausreden!)

– Nein, das sind keine Ausreden. Ich erinnere mich gut daran, wie beispielsweise Herr Lange-meyer im Hauptausschuss in der letzten Woche aufgetreten ist. Das war im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt und rückwärts gewandt.

(Zurufe von der SPD)

Aussagen nach dem Motto: „Alles, was nicht nach Dortmund geht, alles, was nicht ins Revier geht, ist revierfeindlich und gegen die Ruhr“, dokumentieren doch ein Denken, das prähistorisch ist. Das ist doch rückwärts gewandt und prähistorisch.

(Zurufe von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist Quatsch! Das ist ein absolutes Zerrbild!)

Dass er dann auch noch „O.Vision“ in Oberhausen verteidigt, als beispielgebend hinstellt und die Nichtverwirklichung dieses unwirtschaftlichen und gar nicht mehr verwirklichtbaren Projektes

(Ralf Witzel [FDP]: Millionengrab!)

kritisiert, zeugt doch von einem Denken, das ich und wir alle längst für überwunden halten müssten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir begrüßen die Ankündigung des Ministerpräsidenten, bis Jahresmitte ein Initiativprogramm Ruhrgebiet vorzulegen. Wir wollen eine gute und

effektive Zusammenarbeit in der Region und mit dem Land. Ich bin sicher: Auf dieser Grundlage wird der Durchbruch bei der Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen im Ruhrgebiet endlich gelingen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, jeder von uns im Landtag weiß: Konsolidieren ist keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung. Einsparen, Geld einsammeln, Konsolidieren – das ist harte Arbeit und macht nicht beliebt. Wir alle – zumindest die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen – werden täglich mit Protesten gegen Einsparungen überhäuft,

(Sören Link [SPD]: Das geht noch viereinhalb Jahre so!)

die vorzunehmen wir gezwungen sind; das ist auch in den Medien von heute und gestern nachzulesen.

Wir stellen uns der damit verbundenen Diskussion; selbstverständlich tun wir das.

(Bodo Wißen [SPD]: So ist das, wenn man gewählt wird!)

Wir sagen sowohl den Menschen als auch den Vertretern durchaus berechtigter Interessen die Wahrheit. Die Wahrheit ist; wie der Finanzminister es heute hier deutlich gemacht hat:

(Zuruf von der SPD: Dass er die Wähler täuscht hat!)

Wir stecken in einer katastrophalen Haushaltssituation – verursacht durch Sie, verursacht durch Rot und Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Sie haben vor der Wahl gelogen!)

Über 39 Jahre haben Sie Haushalte durch Kreditaufnahme ausgeglichen. Alleine in der 13. Legislaturperiode in der Zeit von 2000 bis 2005 haben Sie über 30 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Sie machen die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen!)

Immer neu haben Sie die Rückführung der Nettokreditaufnahme versprochen. Jedes Mal haben Sie dieses Versprechen gebrochen. Es mutet schon selbstvergessen und verantwortungslos an, dass die SPD gegen den Nachtragshaushalt Klage beim Verfassungsgerichtshof erhebt.

(Sören Link [SPD]: Wundert Sie das?)

Derob schüttelt jeder anständige Mensch den Kopf.

Allerdings gilt auch: Selbstanzeige ist nicht strafbar – manchmal sogar strafmildernd.

Wirklich einmalig und ungehörig ist, dass die Kolleginnen Kraft und Walsken wegen der objektiven Unmöglichkeit, in 2006 die Kreditverfassungsgrenze einzuhalten, die Landesregierung des Verfassungsbruchs zeihen.

(Sören Link [SPD]: Weil Sie es einfach nicht können!)

Was rot-grüne Landesregierungen – der Finanzminister hat es aufgezeigt – in den vergangenen Jahren an Manipulationen betrieben haben, um den Schein – Herr Dieckmann, das betone ich – einer Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze zu erzeugen, war der Versuch der Volksverdummung und liegt nahe bei einer betrügerischen Absicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Einnahmetitel wurden mehr als üppig ausgestattet. Ausgabentitel wurden massiv heruntergefahren. Jeder kundige Thebaner wusste, dass auf jeden Haushalt von Rot-Grün der Stempel gehört „Garantiert jenseits der Verfassungsgrenze“.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Eumann [SPD]: Machen Sie es doch besser, Herr Stahl!)

Genau das ändert sich mit dem Haushalt 2006.

(Lachen und Widerspruch von der SPD)

Das ist der erste Haushalt, den wir als Koalition der Erneuerung vorlegen.

(Sören Link [SPD]: Haben Sie das bei Merz abgeschrieben?)

Dieser Haushalt ist ehrlich, realistisch und frei von Manipulationen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Das ist angesichts Ihrer jahrelangen Praxis, genau andersherum zu verfahren, ebenfalls eine gute Revolution für die Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Haushalt 2006 leistet 1,26 Milliarden € echte Konsolidierung. Diese Einsparung kann angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Landes nicht einmal die letzte sein. Ministerpräsident wie Finanzminister haben es oft und auch heute wieder gesagt: Auch der Haushalt 2007

wird zu Einsparungen zwingen. Dazu gibt es keine Alternative.

(Zuruf von der SPD: Wieder eine Rekordverschuldung?)

Wir wissen, dass wir damit wehtun. Es kann bei echter Konsolidierung auch gar nicht anders sein. Das haben wir vor der Landtagswahl 2005 gesagt, und dazu stehen wir. Jeder wird spüren, dass eingespart werden muss.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Außer bei den Bauern, oder was? – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben allen alles versprochen!)

In der Vergangenheit haben wir manche Förderatbestände geschaffen, die es mit knapperen Mitteln nie gegeben hätte. Dadurch ist die Förderlandschaft – übrigens nicht nur bei uns, sondern auf allen Ebenen des öffentlichen Sektors – immer vielfältiger und üppiger geworden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dadurch ist eine bürgerschaftliche Zivilgesellschaft entstanden!)

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage galt es, diese üppigen Förderatbestände zu sichten und den Förderwald zu lichten.

(Sören Link [SPD]: Das haben Sie vor der Wahl aber ganz anders gesehen! – Zurufe von Carina Gödecke [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist ein Zitat aus einer Rede des damaligen Finanzministers zum Haushalt 2004/2005.

(Zuruf von der SPD: So wie Merz schreiben Sie doch auch ab!)

Ich finde es immer gut, sich an so etwas zu erinnern, wenn man so massiv auf eine Landesregierung, auf eine Koalition der Erneuerung losgeht, die Ihre Schulden, die Sie über Jahre hinweg gemacht haben, zurückführen wird und dazu kommen will, dass endlich Schulden in diesem Land abgebaut werden können.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ihr Erinnerungsvermögen ist einseitig, Herr Stahl!)

Wenn im gesamten Spektrum der Beratungs- und Hilfsangebote eingespart wird, ist mit der Tatsache, dass eingespart werden muss, keineswegs eine Geringschätzung der vielen Initiativen, Vereine und Verbände und der Arbeit, die dort geleistet wird, verbunden.

(Ralf Jäger [SPD]: Das wird die alle trösten, Herr Stahl! – Marc Jan Eumann [SPD]: Das sehen die aber anders!)

Jeder von uns, der ernsthaft Wahlkreisarbeit betreibt, weiß um die Probleme und Nöte vor Ort und, Frau Kraft, beispielsweise auch um die Probleme von Frauenhäusern. Wenn eine Förderung nicht mehr möglich ist, außer dadurch, dass man wieder zur Bank geht, um neue Kredite aufzunehmen,

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden!)

liegt die Verantwortung dafür, dass es notwendig ist, so etwas zu tun, nicht auf dieser Seite des Hauses, sondern auf Ihrer.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist aber ein komisches Haushaltsverständnis!)

Wenn Frau Kollegin Löhrmann in Ihrer Pressekonferenz am Montag lauthals klagte, dass ungeniert weiter gekürzt wird – das war ein Zitat –,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist das!)

frage ich Sie: Was ist die Alternative? Sie kennen die Alternative und verschweigen sie den Menschen. Die Alternative ist, wieder und noch mehr Kredite aufzunehmen. Diese Schulden würden die Politik handlungsunfähig machen.

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden!)

Diese Schulden führen dazu, dass das Land selbst seine Kernaufgaben nicht mehr erfüllen könnte – ob das Bildung, innere Sicherheit oder eine leistungsfähige Gerichtsbarkeit sind. Das ist unsozial, Frau Löhrmann. Das ist ungerecht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Und was ist mit der Landwirtschaftskammer?)

Weiter an der Schuldenspirale zu drehen, heißt, sich weiter an unserer Zukunft, an unseren Kindern zu versündigen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Für Bauern haben Sie Geld, für Kinder nicht, Herr Stahl! – Sören Link [SPD]: Rinder statt Kinder!)

Frau Löhrmann, ich habe Ihre Reden und die Ihrer Kolleginnen aus der letzten Legislaturperiode noch sehr gut im Ohr. Sie sprachen über die zwingende Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

Ich rate Ihnen, Frau Löhrmann, die Schiene zukunftsbezogener Moral für lange Zeit nicht mehr zu fahren.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Überlassen Sie mir, welche Schiene ich fahre!)

Diesen Überlegenheitsanspruch haben Sie durch Ihre Mitwirkung an einer unverantwortlichen Schuldenpolitik über viele Jahre hinweg verwirklicht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ist diese Rede schlecht!)

Frau Kraft, Sie arbeiten bewusst mit Unwahrheiten. Es ist doch gar nicht so, dass diese Koalition den Jugendförderplan gekürzt hätte.

(Zuruf von der SPD)

Gekürzt haben Sie sowohl an dieser Stelle als auch bei den Kindergärten bei den Sachkosten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Reden Sie sich doch nicht raus!)

Die alte Mehrheit hat die Mittel im Jahr 2004 gekürzt, deren Kürzung Sie jetzt beklagen.

Ich gehe jede Wette mit Ihnen ein – sie ist allerdings theoretisch –, dass Sie im Jahre 2006 bei Vorlage dieses Haushaltes haargenau in der gleichen Weise verhalten hätten wie wir uns aufgrund Ihrer miserablen Finanzpolitik nun verhalten müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Schämen Sie sich!)

Wie unredlich Sie sind, sieht man unter anderem daran, dass Sie uns anlasten, die Bugwelle von 54 Millionen €, die wir im Kindergartenbereich wie in vielen anderen Bereichen vor uns her geschoben haben, jetzt aufzulösen. Das verkaufen Sie als Kürzung, obwohl Sie sie verursacht haben.

(Minister Dr. Helmut Linssen: So ist es! – Widerspruch von der SPD)

Zu Ihrem Versprechen, die Beitragsfreiheit für den Kindergarten einzuführen, ist in der Vergangenheit hier im Plenum schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Sie diese Diskussion seit 1975 führen. Sie haben die Beitragsfreiheit nicht realisiert. Sie sind auch heute nicht in der Lage zu zeigen, wie die halbe Milliarde Euro, die das kosten würde, außer durch neue Schulden aus einer anderen Stelle des Haushalts erbracht werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Das zu tun, ist unseriös, wie Ihre Schuldenpolitik insgesamt unsozial war.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen in der Opposition, wir haben nicht nur ein anderes Leitbild als Sie, wir haben auch einen anderen Fortschrittsbegriff. Sie hatten sich angewöhnt, es Fortschritt zu nennen, wenn Sie beim Rückwärtsgehen nicht stolpern.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie nehmen die Faust zum Gehen!)

Unser Fortschrittsbegriff nimmt 2015 in den Blick. Dann nämlich sind wir weg von der Talsohle, in die Sie uns gebracht hatten, haben einen beschwerlichen Aufstieg hinter uns und sind – wie es Minister Prof. Pinkwart am 2. Februar hier für die Landesregierung formuliert hat – in Deutschland das Innovationsland Nummer 1. Vor allem dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Wir konsolidieren, um die Zukunft zu gewinnen, die Zukunft für die Menschen in unserem Land. Das ist unsere Verantwortung. Dafür stehen wir heute. Dafür stehen wir morgen. Diese Arbeit werden wir als CDU-Fraktion im Landtag mit unserem Finanzminister Helmut Linssen, mit der Landesregierung und mit unserem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers leisten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Wir setzen die Aussprache fort. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stahl, ich bin jetzt doch etwas enttäuscht über Ihren Beitrag. Das kann ich nicht verhehlen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich hatte schon gedacht, dass Sie uns sowohl quantitativ als auch qualitativ etwas mehr bieten würden. Wenn ich jetzt noch das in Rechnung stelle, was Sie gesagt haben, finde ich, haben Sie etwa die Hälfte Ihrer Redezeit – wenn ich das richtig nachgehalten habe – darauf verwendet, sich an der SPD abzuarbeiten. Das ist mir besonders aufgefallen, dass Sie sich mehr mit der SPD

auseinander gesetzt haben als mit der Landespolitik

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und mit dem Haushalt, den Sie hier heute als regierungstragende große Fraktion zu verantworten haben.

Um Beifall von der SPD zu bekommen, braucht es ein bisschen mehr, als eine rote Krawatte anzuziehen. An Ihrem Beitrag hat mich, besonders am Anfang, irritiert, was Sie zum Staatsverständnis ausgeführt haben – dazu komme ich im Weiteren noch –, und ich frage mich, ob Herr Papke überhaupt noch etwas dazu sagen muss. Denn Sie haben im Grunde eine Rede gehalten, die auch ein FDP-Kollege halten könnte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mir sind CDU-Zusammenhänge vor meinem familiären Hintergrund nicht ganz fremd, wie Sie wissen. Ich habe das früher anders verstanden, was ich in meinem Elternhaus und im Umfeld gelernt habe. Das hat mich heute sehr an die marktradikalen Ausführungen, die ich sonst nur von Herrn Papke kenne, erinnert. Ich finde das sehr erstaunlich, und das hören wir ja von den CDU-Kollegen an der einen oder anderen Stelle auch, dass das erstaunlich ist.

Die Schonfrist für die neue Landesregierung ist vorbei. Herr Stahl, ab heute reicht es nicht mehr, sich gebetsmühlenartig, wie Sie das gerade wieder getan haben, auf die letzte Legislaturperiode zu beziehen. Damit kommen Sie nicht mehr durch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die 100 Tage sind jetzt lange vorbei. Das ist nun Ihre Regierung, und es geht um Ihre Politik. Es geht um Ihren Haushalt.

(Zurufe von der CDU)

– Genau. Darauf komme ich noch. Sie brauchen sich gar nicht so aufregen.

Deshalb – Herr Weisbrich und Herr Klein sind nicht da; Herr Klein als haushaltspolitischer Sprecher müsste eigentlich da sein –

(Ralf Jäger [SPD]: Beim Mittagessen!)

erlaube ich mir noch eine kleine Replik auf Ihre Pressenotiz von vorgestern. Das hat mich doch sehr zum Schmunzeln gebracht. Wenn Sie wüssten, wie gut meine Suppen schmecken, würden Sie dafür garantiert jedes niederrheinische Linsengericht stehen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das nur am Rande. Ich bin ja zu Wetten bereit, aber die werden immer ausgeschlagen, der Ministerpräsident will es noch nicht mal probieren.

Meine Damen und Herren, mit dem jetzt vorgelegten Haushalt wird klar, wohin die schwarz-gelbe Landesregierung NRW führt. Herr Stahl hat leider Recht. Ja, Sie verändern dieses Land. Es wird kalt werden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Dieser Haushalt ist unseriös. Er ist ungerecht, und er ist zukunftsfeindlich.

(Rudolf Henke [CDU]: Du liebes bisschen!)

Sie setzen nichts von dem um, was Sie noch vor wenigen Monaten vollmundig angekündigt haben:

Erstens. Statt den Haushalt, wie von Ihnen versprochen, zu konsolidieren, stürzen Sie das Land in eine neue Rekordverschuldung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Sie könnten problemlos Subventionen im Landeshaushalt deutlich abbauen, aber Sie tun es nicht.

Drittens. Stattdessen zerstören Sie das Fundament der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft, indem Sie genau da massiv kürzen, wo sich in Nordrhein-Westfalen Menschen für Menschen engagieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass nicht nur wir das so sehen, sondern auch andere, können Sie heute in der Stellungnahme der Wohlfahrtspflege nachlesen, die schon zur ersten Lesung vorliegt. Das zeigt doch, wie alarmiert die Menschen von dem, was Sie in unserem Land anrichten, sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Viertens. Sie verursachen durch planlose und kurzsichtige Kürzungen in zahllosen Bereichen präventiver Arbeit eine Kostenlawine, die in kürzester Zeit zu erheblichen Mehrbelastungen führen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fünftens. Weil Ihnen all das noch nicht reicht, bedienen Sie Ihre eigene Klientel dermaßen unverschämt, dass es Ihnen eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben müsste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn dieser Haushalt ein Leitmotiv hat – es ist kein Zufall, dass auch die SPD darauf kommt –, ist es dies: versprochen, gebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht hat das damit zu tun, Herr Ministerpräsident, dass Sie seit Monaten irgendwie auf Wolke sieben durchs Land schweben, soziale Gerechtigkeit, soziale Marktwirtschaft und wirtschaftliche Vernunft predigen, während ihre marktradikalen Kabinettkollegen die Fundamente eben dieser sozialen Marktwirtschaft ruinieren.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer ist hier marktradikal?)

– Herr Papke ist das. Die FDP ist das. Herr Stahl hat ihnen heute noch sekundiert. Haben Sie gar nicht zugehört, Herr Laumann? Es wundert mich, dass Sie das so klaglos hinnehmen.

(Unruhe von CDU und FDP)

– Mehr von solchen Zwischenrufen! Das bringt mich richtig in Stimmung!

Herr Rüttgers, der Widerspruch zwischen Reden und Handeln wird in Ihrer Regierung zum bestimmenden Gestaltungsprinzip. Diesen Widerspruch haben Sie in der Regierungserklärung für die schwarz-gelbe Koalition selbst angelegt: „Freiheit vor Gleichheit“ haben Sie der FDP folgend formuliert.

Wir haben schon bei der Auseinandersetzung über Ihre Regierungserklärung und zuletzt anlässlich Ihres Besuches in unserer Fraktion darüber gestritten. Wir Grünen bleiben dabei: Die Grundwerte der Französischen Revolution, von denen Sie, Herr Stahl, sagen – so habe ich Sie zumindest verstanden – sie seien nicht mehr – 17. Jahrhundert! – so wichtig, sind Grundwerte unserer Demokratie, die gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander stehen müssen: Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Oder sagen wir Solidarität!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wer die Freiheit absolut setzt, wird nicht Freiheit, sondern Rücksichtslosigkeit ernten. Auf dem Weg befinden Sie sich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin erstaunt darüber, dass Sie das zulassen. Auch nach den ernüchternden Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl haben Sie diesen fundamentalen Widerspruch bislang nicht aufgelöst. Solange Sie diesen Widerspruch nicht auflösen, werden Sie die Einheit von Reden und Handeln

nicht erreichen, selbst wenn Sie noch so oft Johannes Rau zitieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Versprochen, gebrochen, das fängt schon bei den Eckdaten des Haushalts an: Der NRW-Landeshaushalt soll endlich saniert werden. Herr Ministerpräsident, das haben Sie den Menschen in NRW versprochen und flächendeckend plakatiert. Deshalb kommt jetzt ein freundlicher, älterer Herr daher. Er redet wie ein richtig erfahrener Kaufmann: Wir dürfen nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Und dann noch viele andere schöne Sätze mehr!

Herr Linssen, was aber machen Sie? – Als Erstes haben Sie mit billigen Buchhaltertricks versucht, die Schulden für das Jahr 2005 soweit es nur irgendwie geht nach oben zu treiben, damit Sie sagen können: Schaut her, das war Rot-Grün, das können wir besser. Wir werden es besser machen!

Blöd ist nur, dass Sie sich anstrengen können, wie Sie wollen. Nach dem ersten Jahr Schwarz-Gelb wird das Ergebnis lauten: Höchste Verschuldung aller Zeiten! Sie werden keines Ihrer versprochenen Konsolidierungsziele annähernd erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Strukturell übersteigt die Verschuldung des Haushaltsentwurfs 2006 schon bei der Einbringung die des rot-grünen Haushalts 2005. Berücksichtigt man die Einmaleffekte wie zum Beispiel die Mittelzuführung zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb und zur Beteiligungsverwaltungsgesellschaft, die zusammen 943,6 Millionen € ausmachen, reduziert sich die tatsächliche Neuverschuldung für das Jahr 2005 auf etwa 5,7 Milliarden €. – Ja, das ist zu viel!

Aber mit Ihrem Haushalt wird die Verschuldung schon bei der Einbringung um weitere 5,9 Milliarden € anwachsen. Das Defizit liegt mit 2,59 Milliarden € über der Verfassungsgrenze. Damit ist – das haben Sie in der Vergangenheit selber schon gesagt – der Haushalt offensichtlich verfassungswidrig. Da nutzen Ihnen Ihre heutigen windigen Feststellungen nichts, Herr Finanzminister.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Sie konsolidieren nicht, sondern Sie satteln drauf, obwohl es absolut nicht nötig wäre.

Meine Damen und Herren, weg mit den Steinkohlesubventionen, haben Sie versprochen, allen voran die FDP, die jetzt schon gar nicht mehr da ist.

(Angela Freimuth [FDP]: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit!)

– Ja, Sie sind noch da, aber alle anderen nicht. Das ist sehr erstaunlich. Wahrscheinlich kungeln die in den Hinterzimmern wieder irgendwelche Spitzenpositionen aus. Darin sind Sie ja gut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde es ungewöhnlich, dass der Fraktionsvorsitzende der Debatte nicht folgt. Nun gut!

Sie wollten schnell aussteigen, am liebsten vorgestern, sämtliche Wohltaten wollten Sie gleich mehrfach mit dem kompletten Wegfall der Steinkohlesubventionen finanzieren. Sie haben mit dieser Position bei den Menschen in unserem Land im Wahlkampf hohe Erwartungen geweckt. Im Koalitionsvertrag schrumpfte diese Einsparsumme dann auf 750 Millionen € bis zum Jahre 2010.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Schrumpfte?)

– 750 Millionen € bis zum Jahre 2010! Das haben Sie von der CDU vorher gesagt, während die FDP immer etwas ganz anderes erzählt haben.

Der Finanzminister hat den Eindruck erweckt, als wäre er sich nicht sicher, wie er das schafft. Heute haben Sie es wieder anders dargestellt: 750 Millionen € haben Sie heute noch einmal bestätigt. Das finden wir gut. Wir – insbesondere der Kollege Priggen – wären wirklich sehr dankbar, wenn Sie endlich einmal genau darstellten, wann und wie Sie dieses Ziel erreichen wollen. Wir unterstützen Sie bei der Erreichung dieses Ziels.

Wir sind auch der Meinung, dass Sie die anvisierten 750 Millionen € Einsparung locker erreichen. Sie brauchten nur die gestiegenen Weltmarktpreise für Kohle bei den Subventionen zu berücksichtigen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Warten Sie doch einmal ab, Frau Löhrmann!)

– Wir wollen Taten sehen, nicht nur Worte hören.

(Unruhe von CDU und FDP)

Dann hätten Sie im Jahre 2006 schon aus den letzten beiden Jahren mögliche Einsparungen in Höhe von 200 Millionen € bei den Ausgleichszahlungen. Das sehen die rechtlichen Rahmenbedingungen des Kohlekompromisses ausdrücklich vor. Doch statt hier ranzugehen, werfen Sie der RAG das Geld hinterher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Papke scheint immer wichtige Termine zu verpassen. Vielleicht ist er auch gar nicht eingeladen. Das weiß ich nicht. Auf jeden Fall macht er hier immer – jetzt gerade nicht – den dicken Max und will sich durch die Hintertür davonmachen. Das war wohl nichts mit dem großspurigen Subventionsabbau!

Es ist zwar erstaunlich, aber wahr – deshalb erlaube ich mir, das so festzustellen –: Die einzige politische Kraft in Nordrhein-Westfalen, die substantiell und faktisch Kürzungen bei den Steinkohlesubventionen durchgesetzt hat, sind wir Grünen, auch wenn uns das noch zu wenig war. Bis heute haben Sie noch nicht bewiesen, dass Sie es besser machen können, auch wenn Sie es sich vorgenommen haben. Die Steinkohlepolitik der FDP ist einfach lächerlich.

Ich bin sehr gespannt, wie die Diskussion um das Thema Mehrwertsteuererhöhung ausgeht. Welchen Eiertanz wird die FDP aufführen, um zu sagen: „Wir nehmen zwar gerne das Geld, aber wir werden nicht zustimmen“? Das wäre nichts Neues, wenn Sie sich so verhielten.

Meine Damen und Herren, die RAG hat offensichtlich zu viele Freunde. Aus unserer Sicht ist es ein Unding, dass die RAG versucht, sich politischen Einfluss einzukaufen, in dem sie Exkanzler Schröder und das noch aktive Mitglied des Bundestages Friedrich Merz als Berater engagiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es verträgt sich nicht mit dem Anspruch eines Abgeordneten, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist, sich einseitig in den Dienst eines Konzerns zu stellen. Das gilt auch für den Exkanzler, der auf Lebenszeit als Repräsentant dieses Landes aus Steuermitteln bezahlt wird. Er kann das machen, aber ich finde, man muss sich entscheiden, ob man den einen Weg oder den anderen Weg geht. Man muss sich entscheiden, wem man dienen und wessen Interessen man vertreten will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf jeden Fall nehmen wir wahr, dass bezogen auf die Steinkohle in Nordrhein-Westfalen die große Koalition unterwegs ist.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Und zwar gegen Rüttgers!)

– Das wird Herr Rüttgers vielleicht mit Herrn Merz besprechen. Ich erlaube mir dazu kein Urteil. Vielleicht, Herr Ministerpräsident, klären Sie uns ja gleich auf.

Statt die Steinkohlesubvention anzugehen, kürzt die Regierung lieber auf anderen Baustellen. Kohle statt Kinder.

Herr Ministerpräsident, in Sonntagsreden singen Sie das Hohelied auf das bürgerschaftliche Engagement. Zugleich lassen Sie zu, dass Ihr Kabinett in vielen Bereichen das Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements zerstört.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vereine und Initiativen – Umweltinitiativen, Aids-hilfe, „Frauen helfen Frauen“, kirchliche Eine-Welt-Gruppen und viele andere – leisten mit minimaler staatlicher Unterstützung Großartiges, und genau da kürzen Sie. Da, wo sich in Nordrhein-Westfalen Menschen für ihre Mitmenschen einsetzen, kürzen Sie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich mache es gerne an drei Beispielen konkret. Sie setzen die Mittel für den Flüchtlingsrat auf null. Da wird ein für die Betroffenen existenziell wichtiges Netzwerk von Ehrenamtlichen zerschlagen und die politische Lobbyarbeit für Flüchtlinge mundtot gemacht. Sehr christlich, Herr Rüttgers!

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch Umweltminister Uhlenberg wünscht sich zwar ehrenamtliches Engagement, aber bitte nur begrenzt kritisch. Deshalb werden Fortbildungsmaßnahmen wie Ausstellungen, Tagungen, Informationsveranstaltungen in den Bereichen Umwelt und Naturschutz radikal auf null gekürzt. Natürlich wollen Sie auch die nachhaltige Entwicklung in NRW stoppen. Deshalb hat der Umweltminister die Mittel gleich um mehr als 66 % gekürzt. Von wegen, es werden alle gleich behandelt! Das bedeutet das Aus für zahlreiche Agenda-21-Projekte vor Ort, übrigens von sehr vielen Gruppen der christlichen Gemeinden. Das ist ein weiterer Todesstoß für das Ehrenamt.

(Beifall von den GRÜNEN)

All dem ziehen Sie mit Ihren Plänen den Boden unter den Füßen weg. Wenn Sie dieses Netz einmal zerschlagen haben, braucht es Jahre, um es neu zu knüpfen, wenn es überhaupt möglich ist, meine Damen und Herren.

NRW soll ein Land mit neuen Chancen für Kinder werden. Das ist ein weiteres Ihrer Versprechen. Die Schulen sollen die Kinder individuell fördern, die Kinder sollen in die Schulen gehen, die für sie richtig sind, die Kindertagesstätten sollen sich zu Familienzentren entwickeln und viele schöne Dinge mehr.

Aber was passiert hinter diesen schönen Sprüchen? Wer soll denn die Familienzentren bilden, wenn die Beratungseinrichtungen vor Ort durch das Land systematisch kaputt gekürzt werden? Welchen Sinn sollen diese Familienzentren haben, wenn man in der Grundschule durch den Wegfall der Schulbezirke Bildungsghettos produziert und soziale Bezüge systematisch zerstört? Wer soll denn die Kinder individuell fördern, wenn in den Schulen diese Selektion zum obersten Prinzip erhoben wird? Stärkt man denn die Kinder damit, dass man die Eltern bei der Entscheidung über ihren Bildungsweg entmündigt? Gibt es denn überhaupt etwas Absurderes, als Kinder im Alter von neun Jahren drei Tage von fremden Lehrkräften und Schulaufsichtsbeamten prüfen zu lassen, ob sie abiturfähig sind oder ob es eine, wie es in Ihren Papieren so schrecklich heißt – ich zitiere –, „definitive Negativgewissheit über ihre Lernentwicklung und damit ihre Lebenschancen gibt“?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von den GRÜNEN)

Mit dieser Sprachgebung haben Sie große Chancen, sich das nächste Unwort des Jahres ausgedacht zu haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, dass Sie so einen kinderfeindlichen Irrsinn zum Gesetz erheben wollen, noch dazu gegen profunde wissenschaftliche Erkenntnisse, beweist zweierlei:

Erstens. Sie sind fest in Ihren ideologischen Denkkäfigen gefangen, und die stammen wirklich aus dem 18. Jahrhundert, Herr Stahl.

Zweitens. Sie haben keinen blassen Schimmer von Kindern und deren Entwicklungspotenzial. „Neue Chancen für Kinder!“, „Alles zum Wohle des Kindes!“ – vergessen Sie es, Sie machen das glatte Gegenteil.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU)

Sie stampfen – der nächste Wortbruch – den Landesjugendplan zusammen. Zur Erinnerung möchte ich nun etwas Aufklärung betreiben. Sie von CDU und FDP haben vor der Wahl die Volksinitiative zur Wiederaufstockung und Festschreibung der Mittel tatkräftig unterstützt. Sie von der CDU haben hier am 18. März 2004 beantragt – der Antrag trägt auch die Unterschrift des damaligen Oppositionsführers Dr. Rüttgers –, die Jugendarbeit brauche mehr Verlässlichkeit.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Hört, hört!)

Um Ihrem Erinnerungsvermögen, an dem ich wirklich ernsthaft Zweifel habe, ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, zitiere ich:

„Die Förderung der Jugendarbeit erfolgt in Nordrhein-Westfalen durch den Landesjugendplan, dessen Finanzrahmen bislang jährlich neu zu verhandeln ist. ... Gerade in Zeiten einer angespannten Lage der öffentlichen Haushalte“

– die haben wir ja offensichtlich unstreitig damals wie heute –

„wirkt sich das Fehlen einer verbindlichen finanziellen Grundförderung besonders negativ aus. Es bedarf ständiger Verhandlungen und politischer Auseinandersetzungen, um die Kontinuität von Maßnahmen der Jugendarbeit abzusichern. Diese Unsicherheit ist sowohl für die betroffenen Jugendlichen als auch für die Träger der Jugendarbeit auf Dauer unerträglich.“

Das stimmt, damals wie heute!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben damals eingesehen, dass die Kürzung ein Fehler war, und ein Jugendförderungsgesetz mit einer festen Mittelzusage von 96 Millionen € ab 2006 beschlossen. Wir haben – der Finanzminister hat es vorgeschlagen – damals den Finanzminister überzeugt, dass das falsch war und haben es korrigiert. Dass wir diese Erwartung jetzt auch an Sie richten,

(Zurufe von CDU und FDP – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

ist doch wohl nur zu verständlich.

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Herr Lindner, Ihnen war das damals noch nicht genug. Sie wollten es sofort. Nun kürzen Sie genau da.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Wir und viele andere, auch die ganzen Jugendverbände, wissen heute, das war alles Wahlkampfgetöse und leeres Gerede. Von wegen, tun, was man sagt, und sagen, was man tut. Versprochen – gebrochen! Auf Sie ist kein Verlass.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Laschet, der ja bei vielen Veranstaltungen ist und immer ein sehr freundliches Gesicht macht, ist aus unserer Sicht der größte Verlierer dieses Haushaltsplanentwurfs. Das muss man ganz klar feststellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Im Wahlkampf wurden – je nach Parteifarbe – 4.000 bis 8.000 neue Lehrerstellen versprochen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Im Dezember 2005 waren noch 1.000 für 2006 geplant. Nun stehen nur noch 710 neue Stellen im Haushaltsentwurf. Wenn Sie alles andere abrechnen, bleiben 710 neue Stellen übrig. Herr Finanzminister, das ist eine Unverschämtheit.

Herr Ministerpräsident, die Halbwertszeit Ihrer Ankündigungen beträgt weniger als zwei Monate. Ich erinnere mich auch noch an die Plakate, auf denen „kleinere Klassen“ und „Unterrichtsgarantie“ stand. Davon ist überhaupt keine Rede mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es eine „Klimakatastrophe“ in unseren Schulen, wie sogar der Vorsitzende des CDU-nahen Philologenverbandes enttäuscht feststellen musste. Auf der einen oder anderen Veranstaltung im Vorfeld hat er Ihnen begeistert zugejubelt; die Ernüchterung kam schnell.

Bei sämtlichen innovativen Schulreformen schmücken Sie sich jetzt mit unseren politischen Initiativen: offene Ganztagschule, selbstständige Schule. – Wir haben sie entwickelt, wir haben sie durchgesetzt, und Sie waren dagegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von nachhaltiger Finanzpolitik kann wahrlich keine Rede sein, denn Ihre massiven Kürzungen in der sozialen Arbeit und Infrastruktur sowie in der Jugend- und Familienpolitik sind nicht nur ungerecht, sondern auch zukunftsfeindlich. Denn: Wer bei der Prävention spart, wird eine Kostenlawine ernten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre planlosen Streichungen werden den Haushalt nicht entlasten, sondern in kürzester Zeit dauerhaft belasten.

Dazu nur ein paar Beispiele: Was Sie bei der externen Drogenberatung in den Knästen kürzen, legen Sie bei den Hafttagen um ein Vielfaches drauf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, werden entgegen dem Koalitionsvertrag massiv gestrichen. Bei der AIDS-Prävention und beim Youth-Worker-Programm wird gestrichen. Dabei helfen

auch die, eine AIDS-Infizierung zu vermeiden. Herr Linssen, hier sparen Sie nicht, sondern hier verursachen Sie menschliches Leid und zusätzliche Ausgaben. Das muss Ihnen doch bewusst werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eines hätte ich von Ihnen nicht erwartet: mit welcher Arroganz, mit welcher Dreistigkeit und mit welcher Schamlosigkeit Sie die Verteilung von Steuergeldern an ideologischer Gefügigkeit orientieren und mit welcher Unverschämtheit Sie Ihr eigenes Klientel bedienen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, hier nenne ich auch noch einmal die vielen hoch dotierten Stellen in der Staatskanzlei, in Brüssel und in den Ministerien.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit! Frechheit!)

– Ich freue mich, dass Sie sich so aufregen, Herr Witzel. Ich habe Sie offensichtlich getroffen. Vielleicht sind Sie sauer, dass Sie es nicht geworden sind, Herr Witzel.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Auch noch scheinheilig!)

Auf der anderen Seite kürzen Sie drastisch beim Personal. Es ist kein Wunder und kein Zufall, dass Ihnen die Beschäftigten Ihren Neujahrsempfang verdorben haben.

Herr Uhlenberg, Sie streichen auf der einen Seite den unabhängigen Naturschutz- und Umweltverbänden die Unterstützung so radikal auf null, dass sie ihre schon gedruckten Veranstaltungsprogramme einstampfen können, weil sie ihre Veranstaltungen nicht mehr durchführen dürfen.

(Zuruf von der FDP)

Auf der anderen Seite erhält die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald zusätzliche Mittel. Es ist natürlich reiner Zufall, dass die Kollegin Fasse aus der CDU-Fraktion die Vorsitzende ist und ein CDU-Ratsfraktionsvorsitzender langjähriger Bundesgeschäftsführer. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Während Sie die unabhängigen Verbraucherzentralen in existenzielle Schwierigkeiten bringen, bekommt die Bauernlobby 17 Millionen € mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anstatt eine Reform der Landwirtschaftskammer zu erzwingen, pumpt die Landesregierung zusätz-

liche Millionen in das marode System des bäuerlichen Zunftsozialismus.

Rinder statt Kinder – so sieht Ihre Realpolitik abseits von Sonntagsreden aus, meine Damen und Herren!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie auch noch die sicherheitspolitisch völlig überflüssige Polizeireiterstaffel wieder einführen, setzt dem ganzen die Krone auf. Haben Sie eigentlich keine anderen Probleme, Herr Rüttgers? Erinnern Sie sich nicht mehr daran, dass Sie 1 Million Arbeitsplätze versprochen haben? Abgesehen davon, dass dieses Versprechen eine Unverschämtheit an sich und nur dem Wahlkampf geschuldet war: Was tut diese Regierung denn dafür? Gut, die Wirtschaftsministerin macht ein freundliches Gesicht und redet von Mittelstandsorientierung, Bürokratieabbau und Innovation. Das kommt mir alles sehr bekannt vor.

Wir haben Ernst gemacht mit Mittelstandsorientierung und Innovation, zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien. Was machen Sie? Im Energieland Nr. 1 machen Sie als Erstes die Windenergie kaputt – O-Ton Wittke. Das muss man sich einmal vorstellen: Da wird einer richtig innovativen und zukunftssträchtigen Branche, die nicht zuletzt dank unserer grünen Politik technologisch auf dem Weltmarkt ganz vorne liegt, einfach die Luft abgedreht, nur weil den Herren Pinkwart und Papke die Windräder nicht gefallen. Frau Thoben sagt sogar, in NRW gebe es nicht genug Wind.

Und im Haushalt? Da geht es den erneuerbaren Energien an den Kragen: bei der Solarenergie, bei der Biomasse und bei der Geothermie. Mit einer solchen Politik gibt es bestimmt nicht mehr Arbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es nach der Landesregierung geht, haben wir in NRW demnächst nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose. Der selbst ernannte Innovationsminister wickelt das Technologie- und Innovationsprogramm ab – auch Frau Kraft hat schon darauf hingewiesen –, während er auf der anderen Seite den Studierenden das Geld aus der Tasche zieht. So wenig Zukunft gab es noch nie, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das gilt auch für die Verkehrspolitik. Mehr Geld für Straßen – von wegen, es wird überall gekürzt. Der ÖPNV wird zusammengestrichen und das Schülerticket wird verteuert. Auch hier trifft es wieder Kinder und Familien. Dafür wird am liebs-

ten an jeder Ecke ein Flughafen gebaut, noch dazu mit fetten öffentlichen Subventionen. Von wegen Subventionsabbau – Beton statt Kinder!

Ich fasse zusammen: Versprochen, gebrochen – das ist Ihre Politik, Herr Rüttgers. Herr Stahl – er ist auch schon davongelaufen –, hören Sie doch endlich mit dem Unsinn auf, Sie hätten nicht gewusst, was auf Sie zukommt. Immer wieder – auch heute – hören wir die gleiche Leier: Das haben wir alles nicht gewusst. Wir mussten erst einmal einen Kassensturz machen. Das ist alles viel schlimmer, als wir gedacht haben.

Damit mit diesem Gerede ein für alle Mal Schluss ist, Herr Ministerpräsident, haben wir Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen heute ein ganz besonderes Dokument mitgebracht.

(Die Rednerin hält ein Buch hoch.)

Das möchte ich Ihnen im Anschluss gern überreichen. Dieses Dokument beweist, dass Sie es gewusst haben.

(Zuruf von der FDP: Das grüne Buch von Ghaddafi!)

Sie haben es gewusst. Sie haben alles gewusst, bis ins letzte Detail. Sie können es nachlesen. Es sind die gesammelten Reden von Helmut Diegel, Ihrem früheren finanzpolitischen Sprecher.

(Gisela Walsken [SPD]: Das möchte ich auch haben! – Zurufe von CDU und FDP)

Es ist eigentlich schade, dass er heute nicht mit uns diskutieren kann. Ich habe gehört, dass er sehr krank ist. Er hat eine Lungenentzündung. Ich möchte ihm an dieser Stelle ausdrücklich – ich hoffe, auch in Ihrem Namen – gute Besserung wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Er wusste um die Finanzlage des Landes. Er hatte zwar genauso wenig wie Sie ein Konzept, wie man den Haushalt konsolidieren kann, aber die Lage hat er in diesem Parlament oft detailliert und zutreffend beschrieben.

Herr Stahl, Herr Papke, Herr Klein, Frau Freimuth, Sie waren auch alle schon dabei. Sie haben alle hier gesessen, und Sie haben ihm alle applaudiert. Sie haben es offenbar richtig gefunden, was er Ihnen da vorgetragen hat.

(Christian Lindner [FDP]: Sie haben ihm nicht applaudiert?)

– Nein, wir haben ihm nicht applaudiert. Wir haben nämlich gewusst, dass das nicht so einfach

geht, wie Sie getan haben. Deswegen haben wir nicht applaudiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sollten das alles noch einmal nachlesen. Dann bleiben Ihnen Ihre Sprüche im Halse stecken. Denn Sie reden mit gespaltener Zunge.

(Helmut Stahl [CDU]: Opposition ist Mist! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Regieren scheint auch Mist zu sein!)

Es gibt natürlich noch eine andere Erklärung, nämlich dass Sie an kollektivem Gedächtnisschwund leiden. Das würde mir Leid tun. Dann gehörten Sie aber in eine ordentliche Behandlung und nicht in die Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben um die Finanzsituation gewusst. Sie haben es auch plakatiert, und zwar schon vor der Wahl. Sie haben den Menschen trotzdem das Blaue vom Himmel versprochen. Sie haben sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit an die Seite der Demonstrierenden gestellt, die sich gegen von uns verantwortete Kürzungen gestellt haben. Es ist nur richtig, dass Ihnen das heute auf die Füße fällt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben Sie nämlich gewarnt. Ich habe Ihnen mehrfach gesagt: Nehmen Sie den Mund nicht so voll! Das fällt Ihnen auf die Füße! – Aber Sie haben nicht darauf gehört. Genauso passiert es jetzt. Deswegen hält sich unser Mitleid auch wirklich in Grenzen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Allerdings!)

Meine Damen und Herren, Sie hatten kein Gesamtkonzept, und Sie haben auch heute kein Gesamtkonzept. Mit diesem Haushaltsentwurf zeigt sich: Sie haben die Menschen wissentlich getäuscht. Sie haben keinerlei Idee, keinerlei Konzept, keinerlei Vision davon, wie Sie unser Land zukunftsfähig gestalten wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, Sie führen eine Landesregierung an, die sich spätestens mit dem heutigen Tag als Abrissgruppe erweist. Sie und Ihr Kabinett und die die Regierung tragenden Fraktionen sind weder „praktisch“ noch „intellektuell“ begabt genug, das Land NRW vernünftig zu regieren.

(Zurufe von der FDP)

Das ist doch Ihr Jargon.

Herr Rüttgers, wir werden Ihnen den Bauschutt, den Ihre Regierung produziert, systematisch und immer wieder vor die Füße kippen. Das verspreche ich Ihnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN –
Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion gebe ich Herrn Abgeordneten Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Nach zehn Jahren Rot-Grün bekommt das Land Nordrhein-Westfalen jetzt endlich wieder einen Haushalt, der ehrlich und transparent ist. Nordrhein-Westfalen bekommt einen Haushalt, der auf realistischen Annahmen über Einnahmen und Ausgaben basiert. Die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP verabschiedet sich von rot-grünen Luftbuchungen und Trickereien. Die Koalition der Erneuerung kommt ohne Scheinprivatisierungen und Schattenhaushalte aus. Diese Instrumente rot-grüner Haushaltspolitik gehören jetzt der Vergangenheit an.

(Beifall von FDP und CDU)

Der Haushalt 2006, den Sie, Herr Finanzminister Linssen, heute dem Parlament vorgestellt haben, ist in der Tat der Haushalt eines ehrbaren Kaufmanns.

(Beifall von FDP und CDU)

Dafür möchte ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion, aber auch, denke ich, im Namen aller Bürgerinnen und Bürger draußen im Land sehr herzlich Dank sagen.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Die alte rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren systematisch die Steuereinnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig angesetzt. Nur so ist es ihr dann immer scheinbar gelungen, bei der Aufstellung der Landeshaushalte formal die Verfassungsgrenze für die Nettokreditaufnahme einzuhalten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was machen Sie?)

Anschließend mussten dann regelmäßig – Sie können es über all die Jahre verfolgen, Herr Sagel – Nachtragshaushalte vorgelegt werden, eben weil die Einnahmen von vornherein viel zu hoch und

die Ausgaben zu niedrig angesetzt waren. Rot-Grün, meine Damen und Herren, hat auf diese Weise bewusst und gezielt Jahr für Jahr gegen die Landesverfassung verstoßen. Das ist die Realität.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will Ihnen gern noch einmal ein paar Zahlen nennen.

Haushalt 2003: Die ursprüngliche Nettokreditaufnahme lag bei 3,8 Milliarden €. Mit dem Nachtragshaushalt kamen 1,8 Milliarden € hinzu. Dann waren es 5,6 Milliarden €.

Für 2004 waren ursprünglich 5,3 Milliarden € neue Schulden vorgesehen. Zwei Nachtragshaushalte später waren es 6,9 Milliarden €.

Haushalt 2005: Es gab eine Nettokreditaufnahme im Haushaltsentwurf – in der ersten Lesung, bevor er endgültig vom Parlament verabschiedet wurde – in Höhe von 3,8 Milliarden €. Im ersten Nachtragshaushalt wurde das aufgestockt auf 5,2 Milliarden €. Schließlich landeten wir – das war die Abschlussbilanz von Rot-Grün – bei 7,4 Milliarden €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer wie Rot-Grün seit 2001 fünf verfassungswidrige Haushalte in Folge zu verantworten hat, wer den Bürgern einen gigantischen Schuldenberg in Höhe von über 112 Milliarden € hinterlassen hat,

(Ralf Jäger [SPD]: 103! Keine Legendenbildung!)

wer allein in den letzten zehn Jahren rot-grüner Regentschaft in Nordrhein-Westfalen mehr als 45 Milliarden € neue Schulden angehäuft hat, der sollte sich bei einer solchen Debatte wie heute Morgen etwas stärker zurücknehmen, liebe Frau Kollegin Kraft,

(Beifall von FDP und CDU)

anstatt – von Frau Löhrmann will ich da gar nicht reden – hier solche Töne anzuschlagen.

Frau Kollegin Kraft, Sie wollen dieser neuen Regierung allen Ernstes etwas von sozialer Gerechtigkeit erzählen? Sie haben doch den Haushalt so ausgeplündert, dass gar nichts mehr übrig geblieben ist, was wir noch großzügig verteilen könnten.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie wollen dieser Koalition etwas von sozialer Gerechtigkeit erzählen? Darf ich Sie noch einmal daran erinnern, dass in kaum einem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so ausgeprägt

war wie unter Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen? Wer eine solche Politik zu verantworten hat, der hat das Recht verloren, einer neuen Regierung, frisch mandatiert durch die Bürgerinnen und Bürger, etwas von sozialer Gerechtigkeit zu erzählen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Das, was Sie hier zur marktwirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes erzählt haben, dieses Zerrbild der sozialen Marktwirtschaft, das Sie hier gezeichnet haben, war wirklich bemerkenswert. Ich will Ihnen, Frau Kollegin Kraft, das einfach noch einmal ans Herz legen. Schauen Sie sich bitte noch einmal an, wie die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft nach den Verheerungen des Krieges unser Land wieder nach vorne gebracht hat. Die Ordnung der Freiheit war der Schlüssel für die Gesundung unseres Landes, für einen Wohlstand, wie wir ihn in unserer Geschichte nie zuvor erlebt haben.

(Beifall von der FDP)

Diese Ordnung der sozialen Marktwirtschaft werden wir mit unserer Koalition neu beleben – im Gegensatz zu der Staatserwartung, die Sie auch heute in Ihrer Rede noch geschürt haben und die enttäuscht worden ist.

Die Bilanz Ihrer Regierung, für die Sie von den Wählerinnen und Wählern dann auch in die Wüste geschickt worden sind, war eindeutig. Die Mittel, die Sie heute wieder vorgelegt haben, haben sich in den 39 Jahren Ihrer Regentschaft als erkennbar untauglich erwiesen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kollegin Kraft, der Gipfel ist nun wirklich, dass Sie uns allen Ernstes mit der angeblichen SPD-Initiative eines beitragsfreien Kindergartenjahres kommen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ja!)

Das toppt nun wirklich alles.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das toppt alles! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kollegin Kraft, schenken Sie mir bitte einen kleinen Augenblick Ihrer werten Aufmerksamkeit. Es wird Ihrer Erkenntnisbildung dienen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können nicht zur Erkenntnis beitragen, Herr Papke!)

Zur Erinnerung darf ich die Drucksache 13/3716, Antrag der Fraktion der FDP, Kostenfreiheit des Bildungsangebotes von Tageseinrichtungen für

Kinder, nennen. Der Antrag ist aus dem März 2003. Soll ich Ihnen noch einmal sagen, wie sich Ihre Fraktion zu diesem Antrag eingelassen hat?

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie haben den Antrag abgelehnt, Frau Kollegin Kraft.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie hatten Jahrzehnte Zeit, um eine solche Initiative nicht nur einzubringen, sondern auch umzusetzen.

(Zurufe von Hannelore Kraft und Ralf Jäger [SPD])

Sie haben unsere Initiative abgelehnt. Ich will Ihnen auch nicht vorenthalten, wie sich Frau Kollegin Schäfer in der damaligen Debatte dazu eingelassen hat. Sie ist jetzt offensichtlich rechtzeitig geflüchtet.

(Ralf Jäger [SPD]: Die war schlau!)

Ich darf mit Genehmigung des hoch verehrten Präsidenten Frau Kollegin Schäfer zitieren. Sie hat vor nicht ganz drei Jahren gesagt:

„Es ist sicherlich populär, die Forderung nach einer finanziellen Entlastung der Eltern zulasten des Staates zu erheben. Aber ohne ein verlässliches Finanzierungskonzept – und damit rede ich über die gesamte Bildungsfinanzierung – sind solche Forderungen nicht seriös zu realisieren und nicht seriös zu diskutieren.“

So äußerte sich Kollegin Schäfer vor nicht einmal drei Jahren.

(Beifall von der FDP)

Das nenne ich eine systematische Realitätsverdrängung, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Kommen Sie uns bitte nicht noch einmal mit einer solchen Initiative. Das ist nun wirklich der Gipfel.

Ich darf daran erinnern, dass Peer Steinbrück als Finanzminister und Ministerpräsident für diese maroden rot-grünen Haushalte der letzten Jahre unmittelbar verantwortlich war; Herr Finanzminister Linssen hat noch einmal darauf hingewiesen. Es ist beunruhigend, dass Herr Steinbrück – der im Übrigen damals von den Wählern in die Wüste geschickt worden ist – jetzt ausgerechnet als Finanzminister in der Bundesregierung agiert. Das ist wohl das, was man gemeinhin einen Treppenzug der Geschichte nennt. Es läuft nach der Devise: Zuerst habe ich die Finanzen von Nordrhein-

Westfalen gründlich ruiniert; jetzt nehme ich mir größere Aufgaben in Berlin vor.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir sind das Problem Gott sei Dank los. Dass wir aber in Sorge um die Zukunft der Haushaltspolitik der Bundesrepublik Deutschland sind, werden Sie wohl nachvollziehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Spricht das doch einmal im Koalitionsausschuss an! – Zuruf: Das hat er schon!)

Gott sei Dank sind SPD und Grüne bei uns in NRW abgewählt. Die Zeiten unseriöser Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen sind vorbei. Jetzt stellen wir die Haushaltsplanung unseres Landes wieder auf eine verlässliche Grundlage. Der Finanzminister hat es vorgetragen.

Herr Linssen, ich darf Ihnen versichern, die Landtagsfraktion der FDP wird Sie bei Ihrem Sanierungskurs ohne Wenn und Aber unterstützen. Das ist der richtige Kurs für die Gesundung unseres Landes. Wir werden Ihnen auch gerne behilflich sein, dort, wo es nötig sein sollte, noch mehr Tempo bei der Haushaltssanierung zu machen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie wollten doch noch drauflegen und nicht kürzen, Herr Papke!)

Dabei werden wir den Finanzminister genauso unterstützen. Das darf ich hier sagen.

(Ralf Jäger [SPD]: Gute Reise, Herr Papke!)

Wir wissen, dass mit dem Haushalt 2006 erst der Einstieg in die Sanierung Nordrhein-Westfalens gelungen ist und noch weitere erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden. Dabei ist die Sanierung des Landeshaushalts kein Selbstzweck. Sie ist alternativlos, wenn Nordrhein-Westfalen im nationalen wie im internationalen Vergleich wieder an die Spitze kommen soll.

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Haushaltspolitik der Länder eine wichtige Erklärung dafür liefert, warum Länder im Standortwettbewerb unterschiedlich erfolgreich sind. Das ist ein ganz entscheidender Parameter. Aus Sicht von Investoren stellt es eben ein Investitionshindernis dar, wenn Bundesländer auf eine Haushaltskrise zusteuern und Landesregierungen nicht mehr in der Lage sind, eigene Handlungsspielräume zu nutzen, um Investitionen anzuregen.

Es ist das erklärte Ziel der Koalition der Erneuerung, diesen Teufelskreis aus unsolider Haushaltspolitik und den Rückfall im Standortwettbewerb der Länder zu durchbrechen. Mit der Sanierung des Haushalts schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder mehr Wachstumsmotiv entfalten kann.

Am Ende dieser Sanierungsphase muss ein ausgeglichener Haushalt stehen. Das ist das eigentliche Ziel. Erst dann können wir mit der Rückführung der Schulden beginnen.

Die Herkulesaufgabe, vor der wir stehen, besteht nicht nur darin, das Gesamtvolumen der Ausgaben und der Neuverschuldung zurückzufahren. Der Haushalt muss zudem strukturell neu aufgestellt werden. Hier hat es in der Vergangenheit unter rot-grüner Regierung besonders gravierende Fehlentwicklungen gegeben. Ich will nur eine erwähnen: Während die Zinsbelastung 1980 noch bei 3,8 % der Gesamtausgaben lag, verschlingen die Zinsausgaben heute fast 10 % des Haushalts. Zur Bedienung seiner Schulden muss das Land fast 5 Milliarden € pro Jahr – das sind täglich rund 13 Millionen € – an Zinsen zahlen.

All das gehört mit zur Erblast von Rot-Grün, meine Damen und Herren. Wir müssen sie jetzt übernehmen, aber wir werden sie bewältigen. Wir werden es aber nicht zulassen, dass Sie uns für eine Politik kritisieren, mit der wir das abtragen, was Sie dem Land an Lasten aufgebürdet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will Ihnen kurz drei Bereiche nennen, die im Zentrum unserer Anstrengungen stehen müssen.

Die erste Aufgabe besteht in der Strukturbereinigung der Landesverwaltung. Um den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, reichen die bisher vorgenommenen Einsparmaßnahmen insgesamt nicht aus. Es geht darum, strukturelle Reformen der Verwaltung systematisch mit der nötigen Haushaltskonsolidierung zu verzahnen. Darüber sind wir uns in der Koalition einig.

Ein zentrales Element unserer Sanierungsstrategie ist deshalb in der Tat die konsequente Rückführung staatlicher Aufgaben durch eine Verlagerung auf Private. Aufgaben, die jahrzehntlang wie selbstverständlich der öffentlichen Hand zugeordnet waren, müssen den Privaten wieder zurückgegeben werden.

Das war übrigens auch ein Ziel der abgewählten rot-grünen Landesregierung. Sie hat es allerdings nicht umgesetzt.

Unsere neue Landesregierung wird in Kürze mutige Überlegungen zur Privatisierung von Landesaufgaben vorlegen. Ich begrüße dies ausdrücklich. Statt wie unter Rot-Grün immer nur über Aufgabenkritik zu fabulieren, macht sich die neue Landesregierung auch in diesem Bereich an die Arbeit und setzt die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages um. Dort haben wir verabredet, alle Landesbetriebe, Anstalten, Institute und Agenturen daraufhin zu überprüfen, ob ihr Bestand weiterhin erforderlich ist bzw. eine Privatisierung ermöglicht werden kann. Diese Verabredung wird schon bald mit Leben erfüllt werden.

Auch bei der Reform der Umweltverwaltung, einem weiteren großen Ziel, meine Damen und Herren, muss im Übrigen klar sein, dass es um die Auflösung von Behörden und nicht nur um bloße Umetikettierungen geht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass meine Fraktion gerade in diesem Bereich, der von Frau Höhn so besonders stark aufgebläht worden ist, noch erhebliche Einsparpotenziale sieht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war Herr Matthiesen!)

Die zweite Aufgabe, die wir bei der Sanierung der Landesfinanzen bewältigen müssen, ist die Begrenzung der Personalausgaben. Rot-Grün hat uns eine Personalsteuerquote von fast 60 % hinterlassen. Das macht deutlich, dass an massiven Einsparungen in diesem Bereich kein Weg vorbeiführt.

Die Möglichkeiten, Stellen zu kürzen, sind kurzfristig eher begrenzt. Das wissen wir alle. Deshalb kommen wir leider nicht umhin, auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Opfer abzuverlangen. Trotz der vorgesehenen sozialen Staffelung ist die Kürzung des Weihnachtsgeldes ohne Frage eine Zumutung für die Beamten. Das wissen wir auch.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Wortbruch!)

Wir nehmen diese Kürzung nicht leichten Herzens vor, aber diese Kürzung ist ohne Alternative.

Ich habe – das will ich offen sagen – überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die von diesen Kürzungen ebenso wie von der Verlängerung der Arbeitszeit bisher verschont geblieben sind, jetzt wegen der geplanten Gleichbehandlung mit den Beamten streiken.

Wir rufen allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zu, dass wir ihre Arbeitsplätze erhalten wollen.

(Ralf Jäger [SPD]: Die reden gar nicht mit Ihnen, Herr Papke – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Allerdings müssen wir auch mehr Flexibilität und Verständnis für die finanzielle Notlage des Landes erwarten – ein Verständnis, das wir übrigens auch von Verdi-Funktionären erwarten, die den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern Kürzungen zumuten und uns dann dafür kritisieren, dass wir, um Stellen zu erhalten, um das Land mit seiner starken Verwaltung lebensfähig zu erhalten, in begrenztem Maße Einschnitte vornehmen müssen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die Sanierung der Landesfinanzen wird selbstverständlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Steinkohlesubvention so konsequent zurückführen, wie wir uns das vorgenommen haben.

Der Finanzminister hat es gesagt: In diesem Haushalt schlagen sie mit 572 Millionen € zu Buche. Wir müssen hier nicht groß darüber debattieren, was mit diesem Geld an alternativen Verwendungsmöglichkeiten im Haushalt gestaltet werden könnte.

Ich erkläre hier, gerade vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über den RAG-Börsengang in den letzten Wochen, noch einmal klipp und klar: Die schwarz-gelbe Koalition, die Koalition der Erneuerung wird auch bei den Steinkohlesubventionen genau das umsetzen, was sie verabredet hat. Wir werden genau das machen, was wir angekündigt haben. Wir steigen aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aus. Wir wollen bis zum Jahre 2010 750 Millionen € einsparen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, und dass der Finanzminister das in die mittelfristige Finanzplanung eingespeist hat,

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Linssen hat überhaupt nicht zugehört!)

das zeigt im Übrigen auch, wie ernst es uns mit diesem Ziel ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Linssen, Neuigkeiten für Sie!)

Wir können und wir wollen nicht zulassen – das sage ich an der Stelle auch –, dass der Börsengang der RAG, den wir im Interesse Nordrhein-Westfalens wollen, auf Sand gebaut wird und die Steuerzahler möglicherweise die Zeche zahlen müssen. Das wird es mit uns, wird es mit der Koalition der Erneuerung nicht geben.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, weil Sie gerade wieder so vehement eingefordert haben, wir müssten doch die überschüssigen Subventionen schon in diesem Haushalt verrechnen. – Da haben Sie sich entweder von Ihrem Kollegen Priggen nicht richtig informieren lassen, oder Sie erzählen hier bewusst die Unwahrheit. Sie waren nämlich mit verantwortlich dafür – Rot-Grün im Bund wie im Land –, dass mit Blick auf die Jahre 2006 bis 2008 die Verrechnungsmöglichkeiten nicht substanziell verbessert worden sind – ganz im Gegenteil.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Mit 20 % sind wir mit dabei!)

Diese sogenannte Sprechklausel, die es uns leider nicht ermöglicht, zu einer zügigen Spitzabrechnung zu kommen, ist von Ihnen zu verantworten, Frau Kollegin Löhrmann.

Was Sie in den letzten Tagen gegenüber der Öffentlichkeit verbreitet haben, ist – entschuldigen Sie – in der Sache genauso falsch wie das, was Sie heute hier noch einmal wiederholt haben. Es ist schlichtweg falsch.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Sie haben es verbockt. Sie als Grüne in der Verantwortung im Land und im Bund hätten dafür Sorge tragen müssen, dass wir zu einer zeitnahen Verrechnung der Steinkohlesubvention mit gestiegenen Weltmarktpreisen kommen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Mit 20 % sind wir mit dabei!)

Das haben Sie verpennt. Also machen Sie der neuen Regierung bitte daraus keinen Vorwurf. Das ist unredlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie werden gar nicht mehr zu den Gesprächen eingeladen! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie spielen in den Gesprächen gar keine Rolle!)

Meine Damen und Herren, jetzt möchten wir noch einen Blick auf die SPD werfen. Da gibt es Frau Kraft, die uns regelmäßig, gerade auch in der Haushaltspolitik, seit Beginn der Wahlperiode mit einer Mischung aus Dreistigkeit und Konzeptionslosigkeit daherkommt. Frau Kollegin Kraft, Sie haben diesem Land mit Ihrer rot-grünen Chaostruppe einen Schuldenberg von 112 Milliarden € hinterlassen. Sie haben die Landesfinanzen derart ausgeplündert, dass wir wirklich nichts mehr zu verteilen haben.

Frau Kollegin Kraft, es wird höchste Zeit,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

dass Sie sich politisch zu dem Schaden bekennen, den Sie diesem Land zugefügt haben,

(Beifall von FDP und CDU)

statt hier so rotzfrech aufzutreten, wie das Ihrem Stil entspricht. Das ist Ihre Bilanz. Auch deshalb haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen diese rot-grüne Schreckensperiode beendet.

Doch statt über die Verantwortung der SPD für diesen Schuldenberg nachzudenken, versucht Frau Kraft, systematisch von dieser Verantwortung abzulenken und die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen.

Das ging schon – ich habe es noch einmal nachgelesen – in der Debatte über die Regierungserklärung los. Das Kabinett Rüttgers war noch keine vier Wochen im Amt, da haben Sie dem Ministerpräsidenten zugerufen – ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten –: Jeder Euro höhere Verschuldung fällt Ihnen künftig auf die Füße. – Da war die neue Regierung – nach vier Jahrzehnten SPD-Regierung! – noch keine vier Wochen im Amt!

Es ging weiter: 20. September, Hannelore Kraft: Rüttgers und Linssen machen 2,2 Milliarden € mehr Schulden als nötig.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

25. Oktober, Hannelore Kraft: Rüttgers muss schnell konkrete Einsparvorschläge vorlegen. – Die Einsparvorschläge haben Sie doch jetzt.

(Zuruf von der SPD)

29. November – es kommt immer besser –, Kraft: Rüttgers schon nach sechs Monaten bei der Haushaltssanierung gescheitert.

Frau Kraft, das ist keine seriöse Oppositionspolitik, wenn Sie sich so als Lautsprecher betätigen.

(Beifall von der FDP)

Wer solche Verheerungen in unserem Land anrichtet und alle vier Wochen solche Presseerklärungen herauspustet, der ist unglaublich, Frau Kollegin Kraft, und der ist weit davon entfernt, wirklich Oppositionsführerin genannt werden zu können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Versprochen – gebrochen! Sie haben Ihre Versprechen gebrochen!)

Das ist einer Oppositionsführerin nicht angemessen.

(Ralf Jäger [SPD]: 5,9 Milliarden, Herr Papke, Sie Konsolidierungswunder!)

Ich habe eigentlich darauf gewartet, Frau Kollegin Kraft, dass Sie heute in der Debatte den Rücktritt der Regierung Rüttgers und vorgezogene Neuwahlen fordern. Das hätte Ihre Art und Weise, wie Sie hier auftreten, eigentlich nur noch rund gemacht.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Privatisierung dieser Regierung, das wäre Ihr Still!)

Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass Sie das nicht so rund gemacht haben. Ich frage mich manchmal, auf welchem Planeten Sie eigentlich leben, Frau Kollegin Kraft. Meinen Sie allen Ernstes, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihnen diese Show durchgehen lassen? – Die sind nicht so dumm, wie Sie immer annehmen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es kommt noch besser: Ich weiß nicht, wer von Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Wochen den Westpol-Beitrag gesehen hat, in dem Frau Kollegin Kraft die SPD als „Regierungspartei im Wartestand“ bezeichnet hat. – Mit Verlaub: Zunächst hatte ich gedacht, das wäre ein verfrühter Karnevalsscherz.

(Ralf Jäger [SPD]: Nein! Das ist bitterer Ernst!)

Inzwischen dämmt mir aber langsam: Sie meinen das wirklich ernst. Ich versuche einmal, das sozusagen psychologisch zu interpretieren:

(Zurufe von der SPD)

Ich kann mir das nur als Ausdruck eines völlig verdrehten Realitätssinnes erklären, der wiederum wahrscheinlich Ausdruck einer machtpolitischen Arroganz ist, die sich offensichtlich einschleicht, wenn man 40 Jahre lang ein Land reagiert hat und davon ausgeht, dass einem dieses Land gehört. Dieses Land Nordrhein-Westfalen gehört nicht der SPD, Frau Kollegin Kraft, und das haben Ihnen die Bürgerinnen und Bürger in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

(Beifall von FDP und CDU – Gisela Walsken [SPD]: 39!)

Nach dem, was man so hört, gibt es ja bei der SPD abgewählte Minister, die, wenn sie vor das Landtagsgebäude treten, immer noch einen Moment innehalten und auf ihre Ministerkarossen warten, die aber nicht vorfahren. Die Veränderun-

gen scheinen bei Ihnen noch nicht so richtig angekommen zu sein.

Ich möchte Ihnen etwas sagen, Frau Kollegin Kraft: Die SPD ist keine „Regierungspartei im Wartestand“, die SPD hat sich bisher – jedenfalls so, wie sie sich hier aufstellt – noch nicht einmal die Bezeichnung Opposition verdient.

(Beifall von FDP und CDU – Sören Link [SPD]: Das müssen Sie uns gerade sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen – mit nochmaliger Genehmigung des Präsidenten – aus dem Handbuch „Demokratie in Deutschland“ – zweite Auflage, erschienen in Bonn im Jahre 2003, herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung – die Definition von parlamentarischer Opposition vortragen – ich zitiere –:

„Diejenigen Fraktionen im Parlament, die nicht zur Regierungskoalition gehören und den Absichten und Handlungen der Regierung eigene Entwürfe entgegenstellen.“

Frau Kollegin Kraft, das ist fundamentaler Bestandteil der Bezeichnung parlamentarische Opposition. – Wir warten seit Beginn der Legislaturperiode darauf, dass Sie einen eigenen Vorschlag unterbreiten. Sie haben keine eigenen Vorschläge für die Erneuerung unseres Landes, von Alternativen und von eigenen Entwürfen kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Das ist der erbärmliche Zustand der parlamentarischen Möchte-gern-Opposition ein gutes halbes Jahr nach Beginn der Wahlperiode.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Aber vielleicht kommt ja jetzt bald etwas von Herrn Dieckmann, der – wie ich der Berichterstattung am letzten Wochenende habe entnehmen können – immer noch SPD-Landesvorsitzender ist. Herr Dieckmann ist im wahrsten Sinne des Wortes ein gesuchter Mann. Die „WAZ“ hat vor wenigen Tagen getitelt: Wo ist Jochen? – Jetzt vermissen wir ihn auch.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Papke, sagen Sie doch einmal etwas zu Ihrer Regierungsbereitschaft! Sagen Sie mal, wie Klasse Sie sind!)

In der „Westdeutschen Zeitung“ hieß es: Zu den meisten Themen schweigt der Vorsitzende.

Wir nehmen zur Kenntnis – das muss man in einer solchen Debatte einmal sagen können, ob es Ihnen gefällt oder nicht –, dass sich der SPD-Landesvorsitzende Ärmelschoner übergezogen hat – das ist zunächst einmal auch in Ordnung –, um sich ganz in Ruhe auf die programmatische Arbeit seiner Partei zu konzentrieren. Das hat er angekündigt.

Ich habe die Ahnung, dass wir, wenn er in dem Tempo mit der programmatischen Grundsatzarbeit weitermacht wie bisher, pünktlich zur Landtagswahl im Jahre 2015 mit den ersten Alternativvorschlägen der SPD rechnen können. 2015, meine Damen und Herren, und darauf freuen wir uns jetzt schon!

(Beifall von FDP und CDU – Ralf Witzel [FDP]: 2050! – Ralf Jäger [SPD]: Das ist Ihre Auffassung! – Gisela Walsken [SPD]: Was haben Sie damit zu tun?)

Werfen wir doch einen Blick auf die Grünen, die wirklich tiefe Spuren im Landeshaushalt hinterlassen haben, Frau Kollegin Löhrmann. Das muss man ihnen attestieren.

Da gibt es beispielsweise – bei dieser Debatte kann ich Ihnen das heute nicht vorenthalten – die Stiftung „Umwelt und Entwicklung“:

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können uns nichts vorenthalten!)

eine klassische grüne Spielwiese, gegründet im Jahre 2001. Der Vorstand ist fest in der Hand grüner Funktionäre, das Stiftungsvermögen beträgt 20 Millionen € und das Haushaltsvolumen jährlich etwa 5 Millionen €.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Globalisierung!)

Jetzt möchte ich dem Hohen Hause gerne vortragen, wofür mit diesen Stiftungsmitteln – mit Steuergeldern finanziert – grüne Ausgaben getätigt worden sind.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sagen Sie lieber, was Sie damit wollen!)

Einige Kostproben, welche Projekte von Rot-Grün aus Steuergeldern finanziert worden sind: die Ausstellung „Blumenwelten – der dornige Weg vom Fels zur Vase“, Zuwendungsempfänger: die Gesellschaft für Friedenserziehung; ein gewisses „Archiv für alternatives Schriftentum in NRW“ hat 163.000 € für die Geschichte der deutschen Antipartheidbewegung kassiert.

(Sören Link [SPD]: Geht es um Ihren Haushalt, Herr Papke?)

Für knapp 100.000 € konnten Sie bei der Ausstellung „Rikscha, Rikscha“ – ich zitiere, Herr Sagel, hören Sie gut zu – einen realistischen Einblick in aktuelle soziale und ökologische Aspekte der Rikscha als städtisches und ländliches Nahverkehrsmittel gewinnen.

(Heiterkeit von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Gutes Projekt! Das sollten Sie sich mal ansehen!)

Das war bestimmt eine interessante Studie für die Verkehrspolitiker.

Herr Umweltminister Uhlenberg hat sicherlich einen erheblichen Erkenntnisgewinn aus der Studie – für 167.000 € gefertigt – über einen alternativen Waldschadensbericht gezogen, der die – ich zitiere – negativen Auswirkungen beleuchtet, die Deutschland auf die Wälder anderer Länder hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ihnen ist der Wald egal! Ihr Auto fährt auch ohne Wald!)

Sie haben in Ihrer Stiftung – mit Steuergeldern! – die Auswirkungen untersucht, die Deutschland auf andere Länder hat.

Ich könnte die Liste beliebig fortsetzen: „Umweltpädagogik mit Wurmkompostkisten“ für 12.000 €, „Aldi und globale Sozialverantwortung“ hat die Steuerzahler „nur“ 99.000 € gekostet.

(Heiterkeit und Beifall von Ralf Witzel [FDP])

„Die Schafbeweidung als integratives Projekt für Nachhaltigkeit“ gab es für lumpige 52.424 €.

(Volkmar Klein [CDU]: Das war ja ein Schnäppchen!)

Dann gab es noch den „Internetgestützten Fernlehrgang zu nachhaltigen Kapitalanlagen“. Der hat die Menschen in Nordrhein-Westfalen „nur“ 129.463,60 € gekostet, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Da saßen Ihre Leute genauso!)

Das sind Dinge – das möchte ich Ihnen klar sagen –, die wir jetzt beenden werden. Diese Zeit der grünen Spielwiesen ist vorbei!

(Beifall von FDP und CDU)

Ich kann Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, nur empfehlen, mit den Menschen draußen auf der Straße zu diskutieren, was sie davon halten, dass Sie mit Ihrer Truppe das Geld der Steuerzahler, für das viele Menschen hart arbeiten müssen, für solche Projekte ausgegeben haben. Fragen Sie einmal, was die Menschen davon halten!

(Beifall von FDP und CDU)

Und die SPD hat mitgemacht!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das gleiche Niveau! Bitte mit Hamstern!)

– Frau Kollegin Löhrmann, das war Ihre Regierungspolitik. Ich habe sie hier nur noch einmal in Erinnerung gerufen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie uns den Hamster!)

Sie haben ja möglicherweise etwas daraus gelernt, Frau Löhrmann.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo sind Ihre Zukunftsprojekte? Wo ist Ihr Zukunftsminister?)

Sie haben am vergangenen Wochenende angekündigt, sich in Zukunft stärker um die Wirtschaft zu kümmern.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Die Grünen, meine Damen und Herren, haben angekündigt, sie würden sich in Zukunft stärker um die Wirtschaft kümmern. Ich halte das für die gefährlichste Drohung der jüngeren Landesgeschichte.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Bayer AG im vergangenen Jahr zu Protokoll gegeben hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt kommt die Nummer wieder!)

Der Gesamtbetriebsratschef der Bayer AG – ich darf Ihnen verraten: Er war und ist kein Mitglied der Freien Demokratischen Partei – hat damals gesagt: „Wer Grün wählt, entscheidet sich gegen Jobs in Deutschland“. – Die Grünen, meine Damen und Herren, waren und sind der Arbeitsplatzvernichter in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland. Und deshalb sind Sie abgewählt worden, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihre Steuersenkungsprojekte sind doch die Katastrophe!)

Meine Damen und Herren, „Opposition ist Mist“ hat Franz Müntefering gesagt. Dieser inzwischen legendäre Satz von Franz Müntefering bekommt in der Tat eine ungeahnte Bedeutung, wenn man sich anschaut, was SPD und Grüne hier im Landtag Nordrhein-Westfalen seit der Landtagswahl so abgeliefert haben.

(Heiterkeit von FDP und CDU)

Ich hätte nicht gedacht, welche visionäre Dimension dieser Satz einmal haben würde.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wann reden Sie eigentlich zum Haushalt?)

– Herr Kollege Sagel, wir haben Ihnen das dargelegt.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer hat das dargelegt?)

Die Sanierung der Landesfinanzen ist die fundamentale Voraussetzung dafür, Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze zu bringen. Die Sanierung der Landesfinanzen – das ist mir mit Blick auf die Melodie, die Frau Kraft heute hier gesungen hat, wichtig – ist aber auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wenn Ihre abgewählte rot-grüne Regierung jedem neugeborenen Kind in Nordrhein-Westfalen über 6.100 € Landesschulden in die Wiege legt, dann ist das ein elementarer Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit. Darüber müssen wir im Zuge der Haushaltsberatungen reden.

(Beifall von FDP und CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Sie legen drauf, Herr Papke!)

Deshalb müssen wir jetzt bei jeder Ausgabe genau prüfen, ob sie uns wirklich so wichtig ist, dass wir sie zulasten unserer Kinder und Enkelkinder weiter auf Pump finanzieren dürfen. Das ist der eigentliche Maßstab, meine Kolleginnen und Kollegen, für eine verantwortliche Haushaltspolitik, die den Begriff Generationengerechtigkeit ins Zentrum rückt. Darum geht es bei diesem Sanierungshaushalt der Koalition der Erneuerung.

(Beifall von FDP und CDU)

Jede Generation muss die Chance erhalten, unbelastet von der Politik der Vorgängerregierungen über das zu verfügen, was sie sich selbst erwirtschaftet. Sonst kann sich eine Generation nicht mehr frei entfalten. Und das wäre aus unserer Sicht sozial ungerecht. Eine solche Politik ist mit uns nicht zu machen.

Wir richten unsere Politik als Koalition der Erneuerung konsequent an der Zukunft unseres Landes aus. Die Zukunft liegt in den kommenden Generationen.

Deshalb hat die Bildungspolitik für uns auch diesen zentralen Stellenwert. Deshalb sind wir dabei, das leistungsfähigste und modernste Bildungssystem bundesweit zu schaffen: mit mehr Verantwortung für die Schulen, mit mehr Verantwortung für die Lehrer und mit mehr Wettbewerb – im Interes-

se der besten Bildungsergebnisse. Natürlich brauchen wir dafür mehr Wettbewerb.

Die Erneuerung des Schulsystems, meine Damen und Herren, ist die Voraussetzung dafür, dass wir bei Forschung, Innovation und Entwicklung wieder weltweit in der ersten Liga mitspielen können. Da müssen wir hin, wenn wir den Wohlstand unseres Landes verteidigen wollen. Dann haben wir gar keine Alternative dazu. Entweder wir werden wieder wettbewerbsfähig, entweder wir schaffen es, dass unser Land wieder mithalten kann, oder wir werden einen Wohlstandsverlust erleiden, von dem sich viele in unserem Land noch keine Vorstellung machen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist die zentrale Herausforderung, an die wir herangehen, vor der wir nicht zurückschrecken, vor der wir uns nicht verstecken, wie Sie das über all die Jahre getan haben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dass es der Landesregierung trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen ist, politische Schwerpunkte bei Bildung und Innovation zu setzen, verdient unser aller Anerkennung. Es ist im Übrigen der Beweis dafür, meine Damen und Herren, dass erfolgreiche Politik nicht allein von Haushaltsmitteln abhängt, sondern auch von guten Ideen, durchdachten Konzepten und einer klaren Vision von der Zukunft unseres Landes. All das hat die Koalition der Erneuerung.

Das ist einer der weiteren großen Unterschiede zu der abgewählten rot-grünen Regierung, die ja nur von einem Tag in den nächsten getaumelt ist, die versucht hat, auftauchende Probleme kurzatmig zu lösen, und die keine Vorstellung davon hatte, wohin sie dieses Land führen wollte.

(Beifall von Helmut Stahl [CDU])

Diese Koalition der Erneuerung hat eine solche Vorstellung.

(Ralf Jäger [SPD]: Erzählen Sie uns mal von Ihren Visionen!)

Wir werden diese Vorstellung in die Tat umsetzen. Wir werden Nordrhein-Westfalen, das neue NRW, zu einem Land der neuen Chancen machen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Landesregierung hat jetzt der Ministerpräsident, Herr Dr. Rüttgers, das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben die, wie ich finde, sehr, sehr gute Einbringungsrede des Finanzministers zum Haushalt 2006 und die Antworten der Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen gehört.

(Ralf Jäger [SPD]: Die fanden wir sehr gut!)

Ich will dazu keine Antwortrede halten, sondern zu Letzteren nur einige Anmerkungen machen.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie müssen jetzt für Herrn Stahl einspringen, ist schon klar! – Gegenruf von der CDU: Jägermeister!)

Bevor ich das tue, will ich mich herzlich für das grüne Buch bedanken. Ich finde eigentlich, dass ich das nicht annehmen kann, Frau Löhrmann.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie können doch nicht annehmen, dass das schon alles ist!)

Aber Sie sind sicherlich einverstanden, wenn ich es dem Kollegen Diegel weiterreiche,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie alle sollen das lesen!)

vielleicht auch in Ihrem Namen, als kleines Geschenk. Vielleicht hilft ihm das bei der Genesung. Ganz toll wäre es natürlich gewesen, hätten Sie noch ein zweites Buch mitgeliefert: mit all den Antwortreden, die Sie und die zuständigen Kollegen von der SPD auf die Reden von Helmut Diegel gehalten haben.

Da ich ein sehr gutes Gedächtnis habe, weiß ich, dass Sie nicht nur, wie eben von Ihnen ausgeführt, unsere „Antwortanträge“ abgelehnt haben, sondern hier immer behauptet haben, alle unsere Zahlen stimmten nicht.

(Helmut Stahl [CDU]: Exakt!)

Nach ein paar Monaten kam jeweils heraus, dass Helmut Diegels Zahlen sehr wohl stimmten und Ihre Zahlen falsch waren. Das wäre die eigentliche Botschaft dieses kleinen Geschenks gewesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister und die Landesregierung legen heute einen Haushaltsentwurf vor, der finanzpolitisch seriös, wirtschaftspolitisch produktiv und sozialpolitisch fair und gerecht ist. Darauf sind wir stolz.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Er ist finanzpolitisch seriös, weil wir es mit der jetzt ausgewiesenen Neuverschuldung von 5,89 Milliar-

den € schaffen, sogar unter der Empfehlung der Expertenkommission zu bleiben, wie wir übrigens – das haben Sie eben souverän negiert – bereits mit dem Ist-Ergebnis des Jahres 2005 600 Millionen € unter den Veranschlagungen der Nachtragshaushalte geblieben sind.

Wir legen einen Haushaltsplanentwurf vor, der auf ehrlichen Zahlen beruht. Ich habe noch nie in diesem Hause eine Einbringungsrede gehört, bei der ein Finanzminister nicht nur mit der Feststellung, wir haben konservativ geschätzt, geendet, sondern hinzugefügt hat: Wir haben das Steuerwachstum um – wenn ich das richtig im Kopf habe – 0,5 % , 1,5 % ,

(Minister Dr. Helmut Linssen: 1,8 %! – Zuruf von der SPD: Was denn nun?)

– 1,8 % zu gering geschätzt, damit wir auf der sicheren Seite sind. – Ein Finanzminister, der sogar sagt, wo er konservativ geschätzt hat, damit es am Schluss stimmt, hat wahrlich Vertrauen verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist das Ende des regierungsamtlichen Selbstbetruges, den ich selbst fünf Jahre lang erlebt habe.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schauen wir mal!)

Wir haben die rot-grünen Schattenhaushalte transparent gemacht, weil wir uns vorgenommen haben, nicht irgendetwas zu verstecken, sondern dem Parlament alles zur Beschlussfassung vorzulegen, wie es die Verfassung vorschreibt, weil wir aus eigener Kraft bis spätestens 2010 einen Haushalt innerhalb der Regelobergrenze vorlegen wollen.

Dieser Haushaltsentwurf ist wirtschaftspolitisch produktiv, weil er mit Bürokratieabbau und mit der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen verbunden ist. Wir sind stolz, dass wir in den rund acht Monaten, in denen die neue Regierung im Amt ist, in jedem Monat eine Behörde aufgelöst oder eine Entbürokratisierungsmaßnahme auf den Weg gebracht haben. Nicht drüber reden, sondern konkret handeln – daran wollen wir uns messen lassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir gehen mit diesem Haushaltsentwurf weg von der Förderung von Leuchttürmen, von regierungsamtlichen Showprojekten, von der Unterstützung insbesondere der Großindustrie hin zur Unterstützung des Mittelstandes, der mittleren Unternehmen und der Unternehmensneugründungen, weil

wir davon überzeugt sind, dass dort die größte Chance besteht, neue Arbeitsplätze zu bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Die Kinder und Jugendlichen bleiben auf der Strecke! So ist das!)

Dazu stehen wir. Ihre Kritik zeigt nur, dass Sie leider ökonomische Zusammenhänge nicht zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir konzentrieren uns auf Investitionen in Infrastruktur und vor allen Dingen in Innovation, weil wir einfach ein Land mit hohen Kosten sind.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Weil wir diese hohen Kosten haben, müssen wir besser sein als andere, damit Arbeitsplätze nicht aus Nordrhein-Westfalen verlagert werden, sondern damit wir Industrieland bleiben – sowohl in den klassischen als auch in den Hightech- und modernen Industriebereichen. Da wollen wir Spitze werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Haushaltsplanentwurf ist sozial gerecht und fair,

(Zuruf von der SPD: Gedacht!)

weil wir die notwendige Absenkung des Niveaus des Haushalts vornehmen. Haushaltskonsolidierung hat nichts mit Einnahmeverbesserungen zu tun, wenn das zu wirtschaftlichem Wachstum und zu neuen Jobs führen soll, sondern hat vielmehr mit Rücknahme von Ausgaben zu tun.

(Beifall von der FDP)

Wenn man Ausgaben zurücknehmen will – das ist ein Grundgesetz der ökonomischen Erfahrung –, gilt: Ohne Konsolidierung und ohne Rücknahme des Staates aus dem privaten Sektor werden Sie nicht den Spielraum für mehr wirtschaftliches Wachstum und neue Jobs bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie das einmal studieren wollen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich!)

fahren Sie, Frau Kraft, wie Sie es mir empfohlen haben – ich tue das; Sie vielleicht nicht –, einmal nach Amerika und reden Sie mit den Nobelpreisträgern der Ökonomie.

Der Staat schafft keine Arbeitsplätze, wie Sie anscheinend immer noch glauben. Deshalb ist diese

Absenkung des Niveaus des Haushaltes wirtschaftspolitisch notwendig.

(Martin Börschel [SPD]: Sie machen trotzdem eine Rekordneuverschuldung!)

Meine Damen und Herren, das ist für die Menschen akzeptabel, wenn es dabei gerecht zugeht. Ich bin stolz darauf, dass wir dies geschafft haben – übrigens genauso, wie von uns vor der Wahl angekündigt. Alle sind davon betroffen. Jeder wird es merken. Jeder wird Opfer bringen müssen.

(Ralf Jäger [SPD]: Außer den Bauern!)

Das haben wir vor der Wahl formuliert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist abstrakt und nicht konkret!)

Deshalb sind wir jetzt auch ohne jedes schlechte Gewissen, wenn wir jemandem Einsparungsmaßnahmen und damit Veränderungen zumuten. Wir wissen natürlich, dass es den Betroffenen schwer fällt. Ich habe überhaupt keine Probleme damit, dass sich die Betroffenen äußern, vielleicht protestieren oder im Verfahren eine andere Lösung einbringen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Man kann darüber diskutieren. Eines ist wichtig: Es muss bei jeder Stelle bleiben. Nicht derjenige, der die stärkste Lobby hat oder der die meisten Muskeln in der Öffentlichkeit zeigt, darf sich durchsetzen, sondern es muss jeden treffen, damit es fair und gerecht zugeht in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir sparen nicht nur ein, sondern wir investieren gleichzeitig in Zukunft, in Innovationen, in Schule, in Familienzentren und in die Förderung der Betreuung.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, das ist eine in sich schlüssige Strategie, weil sie dem Land Zukunft gibt und weil sie uns von der Situation wegführt, immer neue Schulden machen zu müssen.

Schauen Sie, das ist einer der Punkte, die ich bei Ihren Aussagen, Frau Kraft und Frau Löhrmann, nicht verstanden habe. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie uns vorwerfen. Sie können nicht sagen, wir kürzten zu viel, und gleichzeitig vortragen, wir kürzten zu wenig. Das haben Sie heute versucht.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Wir messen Sie an Ihren eigenen Versprechen!)

Das ist nicht glaubwürdig. Man kann den Haushalt nicht absenken, ohne dass es jemand merkt, und gleichzeitig auch noch mehr investieren. Das geht nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte jetzt nicht all die Ausführungen, die Sie in den letzten Wochen gemacht haben, hier vortragen. Ich will auch nicht vortragen – das war interessant –, dass Sie wie so oft in Ihren internen Beratungen Unsicherheiten in der Strategie hatten. Als die Eckpunkte vorgestellt wurden, hielten Sie uns vor: Das ist kein Konsolidierungskonzept, das ist alles viel zu wenig, das muss alles mehr sein.

Es folgten die Beratungen in der Fraktion, und dann kam ein Kollege nach dem anderen und sagte: Hier wird gekürzt, und das ist sozial nicht verantwortbar. Da wird gekürzt, und das ist sozial nicht verantwortbar.

Jetzt kommen Sie – das finde ich nicht akzeptabel, und das gilt vor allem für Sie, Frau Kraft;

(Martin Börschel [SPD]: Die Kopfnote sind noch nicht eingeführt, Herr Ministerpräsident!)

das haben wir auch schon in der Vergangenheit erlebt – und scheuen sich nicht, hier mit falschen Zahlen und falschen Behauptungen zu argumentieren.

Sie behaupten beispielsweise in der „Rheinischen Post“, dass dieser Haushaltsplanentwurf 2006 gegenüber 2005 Kürzungen im Bereich der Investitionen beinhaltet. Das ist schlichtweg falsch.

Wir alle haben doch noch die Unterlagen zu der Investitionsquote für 2006. Wir wissen doch, dass in Ihrem rot-grünen Finanzbericht für 2006 eine Investitionsquote von 8,3 % angekündigt worden ist und wir jetzt eine von 9,2 % haben. Auch diese – damit das völlig klar ist – ist noch zu gering, um die Infrastruktur in diesem Land zu erhalten. Aber wir bemühen uns wenigstens, während Sie die Investitionen zurückgefahren und das Land in einen Zustand gebracht haben, in dem wir von der Substanz gelebt haben. Mit uns wird das beendet, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Heute Morgen las ich im „Westfälischen Anzeiger“, die SPD sei gegen einen magersüchtigen Staat und Oppositionsführerin Kraft kritisiere den

Landeshaushalt. Dann kommt – interessanterweise von Frau Löhrmann aufgenommen – die Aussage, wir würden etwas für die eigene Klientel tun, weil wir an der einen oder anderen Stelle mehr machen, als es in Ihren vorigen Haushalten der Fall war.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

Nun hat Herr Kollege Papke dankenswerterweise darauf hingewiesen, wer die eigentliche Klientelpartei in diesem Land Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie müssen sich schon überlegen, welche Beispiele Sie anführen. Sie behaupten, dass wir die Kulturförderung aufstocken würden, um das Ziel zu erreichen, die Kulturmittel in dieser Legislaturperiode zu verdoppeln. Dann stellt sich mir eine Frage und und muss ich einen Satz sagen.

Der Satz lautet: Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Verhältnis dieser Landesregierung zu den Kulturschaffenden in diesem Land ein sehr enges geworden ist; das ist übrigens beabsichtigt. Dass Sie sich darüber ärgern, kann ich verstehen. Aber wir werden trotzdem weiterhin so verfahren.

(Zurufe von der SPD)

Und die Frage lautet: Wollen Sie etwa gegen die Erhöhung der Kulturmittel eintreten? – Ich werde den Kulturschaffenden gerne bei den nächsten Veranstaltungen mitteilen: Die SPD ist gegen die Erhöhung der Kulturmittel in diesem Land. – Danke für die Erkenntnis aus Ihrem Beitrag, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Martin Börschel [SPD]: Peinlich!)

Des Weiteren wird kritisiert, dass die Mittel für die Kirchen erhöht worden seien. Abgesehen davon, dass ich es nicht angemessen finde, dass Sie die Kirchen in diesem Land als Klientel der jetzigen Landesregierung bezeichnen, frage ich:

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Heißt das etwa im Klartext, dass wir die Zusagen, die die Vorgängerregierung eingehalten hat, nämlich Mittel für den Evangelischen Kirchentag zur Verfügung zu stellen, nicht einhalten sollen?

(Hannelore Kraft [SPD]: Das hat niemand gesagt, Herr Rüttgers! Keiner hat das kritisiert!)

Verstehe ich Ihre Aussage im „Westfälischen Anzeiger“ so, dass wir beim Evangelischen Kirchentag kürzen sollen?

(Hannelore Kraft [SPD]: Zitieren Sie es!)

Wir freuen uns, dass der Kirchentag in Köln stattfindet, und wir werden das diskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Sie werfen uns ferner vor, dass wir die Meistergründungsprämie um 2 Millionen € erhöhen. Jawohl, dazu stehen wir.

(Ralf Jäger [SPD]: Sagen Sie etwas zu den Bauern! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen die Meistergründungsprämie. Die haben wir seinerzeit übrigens gemeinsam auf Antrag der CDU diskutiert. Wir haben sie dann gemeinsam beschlossen, und sie war eines der erfolgreichsten Wirtschaftsförderungsmittel, die es in diesem Land gegeben hat. Denn im Schnitt schafft jeder Meister, der sich selbstständig macht, nach wenigen Jahren drei, vier oder fünf Arbeitsplätze. Jawohl, wir wollen diese neuen Jobs im Handwerk, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Vorwurf, wir würden etwas für die Landwirte tun und diese seien unsere Klientel, da wir die Mittel für die Landwirtschaftskammer erhöht hätten, kann ich leben. Mit dem Vorwurf kann ich leben, weil wir damit nur versuchen, die Kollateralschäden zu beseitigen, die Frau Höhn bei der Neuordnung der Landschaftskammer hinterlassen hat. Sie hat sie zwangsfusioniert und nicht mehr mit dem notwendigen Geld ausgestattet.

(Beifall von CDU und FDP)

Übrigens, Frau Löhrmann, mag es Ihr Verständnis von Kammern sein, dass diese etwas mit ständischen Verhaltensweisen zu tun hätten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Mittelalter!)

Wir halten es für richtig, dass sich die Menschen in diesem Land selbst organisieren. Wir sind Anhänger eines Systems, in dem sich die Wirtschaft, die Berufsverbände und auch die Landwirtschaft in Kammern selbst organisieren.

(Zuruf von den GRÜNEN und Ralf Jäger [SPD])

Wenn wir das einstellen würden, müssten wir für jeden dieser Bereiche Behörden schaffen. Inso-

fern ist es uns lieber, dass sie es selber machen. Denn wir wollen keine neuen Behörden in diesem Bereich schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Fortgesetzt Zurufe von SPD und GRÜNEN – Johannes Remmel [GRÜNE]: Was hat der Staat damit zu tun?)

Sie kritisieren auch, dass wir Mittel für den Flughafen Münster/Osnabrück zur Verfügung gestellt haben; ich bin immer noch bei diesem einen Titel.

Dazu sage ich Ihnen: Erstens haben wir nicht vergessen, wer die Investitionsmittel für diesen Flughafen im Rahmen des Planverfahrens – ich erinnere an die Diskussionen unter den Stichworten Neunauge und Glasbausteine mitten auf der Landebahn – um über 10 Millionen € nach oben gefahren hat. In Wahrheit ist hier ein Schadenersatz für eine Planungspolitik zu zahlen, die Frau Höhn zu verantworten hat. Das ist es, was hier abgedeckt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Abgesehen davon weiß jeder, dass Flughäfen Jobmaschinen sind,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Lachnummer!)

und wir setzen darauf, dass auch an diesem Flughafen wie an anderen Flughäfen neue Arbeitsplätze entstehen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind die Konzepte?)

Ich will zu einem weiteren Punkt kommen, zu dem sich eben schon Herr Papke geäußert hat.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die standen doch vor der Pleite!)

Dem möchte ich gerne noch ein Argument hinzufügen. Herr Papke hat bereits darauf hingewiesen, dass es nicht nur den Antrag der FDP in Sachen Beitragsfreiheit des Kindergartens gegeben hat. Das ist ein Thema, das bereits von Johannes Rau im Jahre 1980 – damals auch in einem Wahlkampf – das erste Mal vorgetragen worden ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Es ist wohlfeil, zu sagen: „Ich möchte gerne, dass keine Kindergartenbeiträge mehr erhoben werden.“ – Ehrlicherweise ist darauf hingewiesen worden – dafür bin ich angesichts all der falschen Zahlen und Behauptungen dankbar –, dass das Land nach dem Konnexitätsprinzip den Kommunen den entsprechenden Ausgleich bezahlen muss, wenn es so etwas beschließt.

Aber dabei handelt es sich ganz sicher um eine rein populistisch begründete Forderung, was angesichts der Tatsache, dass die SPD nach den neuesten Umfragen inzwischen unter 30 % liegt, wie heute über den Ticker gemeldet worden ist,

(Widerspruch von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

vielleicht eine gewisse Erklärung findet. Meine Damen und Herren, ich würde allerdings gerne noch einmal über die inhaltliche Frage mit Ihnen diskutieren: Sind wir wirklich in einem Zustand, in dem wir das Geld, das wir haben, in die Beitragsfreiheit stecken können? Oder ist es nicht sinnvoller, dafür zu sorgen, dass das Angebot für die unter Dreijährigen, das Sie uns hinterlassen haben, mit 2,8 % des Bedarfs ausgebaut wird? Ist es nicht sinnvoller, das Angebot bei den Ganztagschulen schneller, als das ursprünglich von Ihnen beabsichtigt worden ist, auszuweiten,

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein!)

als bei den Kindergartenplätzen zu sagen: Wir sind für Beitragsfreiheit?

(Zuruf von der SPD: Warum nehmen Sie den Kommunen an anderer Stelle wieder Geld weg? – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – das ist Ihnen bekannt, Frau Löhrmann – eine Bedarfsquote von 99 %. Bei den Migrantenkindern liegt sie bei 94 %. Es gibt keinen Grund, warum man die Beiträge jetzt erlassen sollte, um mehr Kinder in den Kindergarten zu bekommen. Die sind alle da. Das Problem ist, dass wir die Kindergärten leider noch nicht weit genug ausgebaut haben. Deshalb wollen wir Familienzentren einrichten. Da geht es zum Beispiel um die Verbesserung des Sprachunterrichts für diejenigen, die zu Hause in einem Umfeld leben, in dem nicht vorherrschend Deutsch gesprochen wird, sodass sie dann in der Schule eine Chance bekommen. Da investieren wir.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das hat doch gar keinen Wert! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Gagga! Gagga!)

Um das zu erreichen, tun wir viel, gerade für Kinder.

(Ute Schäfer [SPD]: Da werden Sie aber ziemlich leise!)

Das ist nicht nur der Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen, die Verdoppelung der schulischen Sprachförderung, die Weiterentwicklung

der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, nicht nur im Schulbereich ...

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

– Also, wenn ich das schon höre: Wo denn? Entschuldigen Sie, aber es gibt den alten Satz: Auch bei Zwischenrufen sollte man das Gehirn einschalten, bevor man den Mund aufmacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch diese Landesregierung ist nicht in der Lage, innerhalb von acht Monaten alle Projekte, die wir uns vorgenommen haben, umzusetzen. Das gebe ich ausdrücklich zu Protokoll. Wir werden auch noch die nächsten Monate mit Ihnen darüber diskutieren, dass wir noch nicht alles das, was wir umsetzen wollten, haben umsetzen können.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wann denn?)

Das ist nun einmal so. Aber es ist wirklich nicht die überzeugendste Oppositionsstrategie, anderen, die acht Monate an der Regierung sind, vorzuwerfen, zu langsam zu sein, wenn man selber 39 Jahre Zeit hatte.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind stolz auf das, was wir im Bereich der Bildung tun; das ist ein Paradigmenwechsel. Das sind nicht nur die 1.000 neuen Lehrerstellen, die wir im letzten Jahr geschaffen haben, nicht nur die 1.000 Lehrerstellen als Äquivalent im Programm „Geld statt Stellen“, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

Damals haben Sie uns vorgeworfen: Warum habt ihr das noch nicht umgestellt? Ihr wart doch immer gegen „Geld statt Stellen“. Wieso habt ihr keine neuen Stellen eingerichtet? – Wo war denn Ihr Lob, dass wir es jetzt gemacht haben? Damals ging es aus Verfahrensgründen nicht. Jetzt machen wir es, und Sie haben Ihren Vorwurf von damals vergessen. Wir werden in diesem Jahr 1.000 neue Lehrer einstellen.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Frau Kollegin Schäfer, das war vorhin auch eine tolle Geschichte. Als Herr Linssen eben vorgetragen hat, dass wir von den 2.000 kw-Stellen, die in Ihrer Regierungszeit zur Streichung vorgesehen waren, 1.500 wieder reaktiviert haben,

(Ute Schäfer [SPD]: Womit belegen Sie das denn?)

haben Sie dazwischen gerufen: Sie kürzen also 500 Stellen. – Sie hatten die politische Verantwortung für die Kürzung von 2.000 Stellen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie arbeiten mit Unterstellungen!)

von denen Ihre Nachfolger 1.500 zurücknehmen, zusätzlich aber weitere 620 für Ganztagschulen und weitere 250 Stellen für Sozialarbeiter zur Verfügung stellen. Daran zeigt sich wieder einmal, liebe Frau Schäfer: Es ist politisch falsch und bisher in keinem anderen Parlament der Bundesrepublik überhaupt vorgekommen, dass ehemalige Minister Sprecher in der Opposition werden. Das kann nicht klappen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Euermann [SPD]: Was war denn mit Seehofer?)

Wenn man unsere Investitionen für Schule, Weiterbildung, Kinder und Jugendhilfe in diesem Haushalt würdigt,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weiterbildung? 20 % Kürzungen!)

kommt man dazu, dass für Kinder, Jugend und Bildung im Haushalt 2006 215,2 Millionen € mehr zur Verfügung stehen als im Vorgängerhaushalt.

(Beifall von CDU und FDP – Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist entscheidend!)

Man kann als Opposition nicht dauernd Filetstückchen vorbringen, das Ganze aber nicht sehen. Jawohl, wir wollen manche Dinge anders machen. Jetzt war uns zum Beispiel wichtig, dass der Unterricht, auf den unsere Kinder einen Anspruch haben, in Zukunft auch wieder gegeben wird. Darauf liegt im Moment in diesem Haushalt der Schwerpunkt der Investition, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Lassen Sie mich eine Anmerkung zu den Debatten machen, die auch von den Jugend- und Sozialverbänden in den letzten Tagen öffentlich geführt worden sind. Helmut Linssen hat eben schon gesagt, dass es sich dabei um Entscheidungen gehandelt hat, die uns schwer gefallen sind. Natürlich kann man darüber diskutieren. Ich habe schon gestern gesagt: Mein Verständnis vom E-tatrecht des Parlaments – dem höchsten Recht, das das Parlament hat – ist nicht, dass die Landesregierung einen Vorschlag macht, bei dem das Parlament nur Ja oder Nein zu sagen hat.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Aber, Herr Jäger, wenn man den Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, muss man von der Wirklichkeit ausgehen. Ich kann mich noch

sehr gut an die Debatten erinnern, als wir über den Landesjugendplan diskutiert haben.

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie das!)

Frau Löhrmann, auch damals haben Sie nur einen Teil der Wirklichkeit geschildert. Alles fing damit an, dass die damalige Regierung auch mit Ihrer Zustimmung – wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie bei den Haushaltsplanberatungen immer persönlich dabei ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich nicht!)

– Sie nicht? Die Fraktionsvorsitzende nicht?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Einmal war ich dabei!)

– Na, sehen Sie, einmal. Vielleicht war es ja gerade da; das ist aber auch egal.

(Heiterkeit)

Bei dem Haushaltsplan 2004/2005 sollte der Landesjugendplan von 97 Millionen auf 57,7 Millionen € gekürzt werden. Sie haben richtig gehört: 57,7 Millionen €. Dann hat es eine Debatte über diese Frage gegeben,

(Zuruf von der SPD: Was ist dann passiert? Das wissen Sie doch genau!)

und die Sache wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratung auf 76 Millionen € angehoben und im Gesetz das Versprechen gemacht, demnächst auf 96 Millionen € hochzugehen. So war der Sachverhalt. Ich habe nur den Sachverhalt dargestellt, wir sind noch gar nicht bei der politischen Bewertung.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Im Nachtrag wurden noch mal 5 Millionen draufgelegt!)

– Nun hören Sie doch mal zu, nicht nervös werden! Man wird immer nur nervös, wenn man hier lediglich eine kleine Wirklichkeit vorgetragen hat. Wenn plötzlich die gesamte Wirklichkeit kommt, stellen die Leute fest: Es stimmte gar nicht. Sie hat nicht die Wahrheit geschildert, weil sie nur selektiv geschildert hat. – Um diesen Sachverhalt geht es.

(Fortgesetzt Zurufe)

Ich will nur auf Folgendes hinweisen: Nachdem jetzt klar ist, wie der Sachverhalt war, will ich Ihnen sagen, welche Beratungen wir dazu geführt haben. Natürlich wussten wir, dass auch wir – auch ich; Sie haben es eben noch mal vorgelesen – uns damals für die 96 Millionen € ausgesprochen hatten. Dann habe ich allerdings vom Finanzministerium zur Kenntnis nehmen müssen: Die Ist-

Ausgaben sind im Jahre 2005 um 5 Millionen € unter dem Ansatz von 75,1 Millionen € geblieben und im Jahre 2004 um 7,4 Millionen €

(Hannelore Kraft [SPD]: Weil Sie eine Haushaltssperre gemacht haben!)

– Kann man nicht einfach einen Sachverhalt vortragen?

(Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Entschuldigen Sie, ich bin gerade bei 2004, und 2004 gab es überhaupt keine Haushaltssperre. Da waren Sie noch dran. Sie müssen bis zum Ende zuhören.

(Zuruf von der SPD: Sie haben 2005 gesagt! – Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

– Ich hatte gerade die Zahlen von 2005 vorgetragen und trage jetzt die Zahlen von 2004 vor. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Machen Sie mal in Köln eine bessere Politik, dann brauchen Sie hier keine Zwischenrufe zu machen!

(Beifall von CDU und FDP)

Im Jahre 2005 lagen die Ist-Ausgaben um 5 Millionen € unter 75,1 Millionen € und im Jahre 2004 um 7,4 Millionen € unter dem Ansatz von knapp 80 Millionen €.

Dann ist schlichtweg die Frage aufgetaucht: Ist es denn eigentlich ehrlich, eine Haushaltsposition aufzunehmen, von der man vorher weiß, dass die Mittel nicht abfließen. Als zweiten Punkt kann man noch anfügen, dass der zuständige Minister Armin Laschet gesagt hat: Das machen wir aber nur dann, wenn wir sicherstellen, dass das weder die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit – die teiloffenen Türen, die offenen Türen – noch die Jugendverbandsarbeit, also die institutionelle Jugendarbeit, trifft.

Sie haben vorgetragen, unsere Politik würde die zivilgesellschaftlichen Strukturen zerstören. Es ist bereits mehrfach in Pressemitteilungen von Minister Armin Laschet vorgetragen worden, dass er durch eine Veränderung der Prozentsätze von 60 auf 80 % dafür sorgt, dass wahrscheinlich die teiloffenen Türen, die offenen Türen und die Jugendverbandsarbeit in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung haben werden als im vergangenen Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es unehrlich von Ihnen zu sagen, dass wir da Strukturen zerschlagen. Es ist und bleibt unehrlich, und ich behaupte sogar: Gegen besse-

res Wissen tragen Sie das hier vor. Und das ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Minister Dr. Helmut Linssen: Kapiere Sie das doch endlich mal!)

Lassen Sie mich auch eine Bemerkung zum Thema Steinkohle machen. Frau Löhrmann hat mich eben zitiert: „Weg mit den Steinkohlensubventionen“ haben Sie versprochen. – Ich habe das nie so gesagt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich habe nicht Sie gemeint, sondern die FDP!)

– Sie haben es in meine Richtung gesagt. Wenn Sie sich versprochen haben, ist es okay. – Schauen Sie, auch da sollten Sie mich über die Jahre gut genug kennen. Natürlich haben wir vorher darüber diskutiert, ob wir die Steinkohlensubventionen etatisieren.

Ich möchte nur in Ergänzung dessen, was gesagt worden ist, auf einen kleinen Punkt verweisen. Dieser kleine Punkt ist, dass es die von Ihnen getragene Landesregierung war, die bis zum Jahre 2008 Bewilligungsbescheide erteilt hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich im Wahlkampf darauf hingewiesen habe, dass man in Verhandlungen auch über die von Ihnen erteilten Bewilligungsbescheide reden muss. Damals gab es von Ihnen nach einem Fernsehinterview einen Riesenaufschrei: Jetzt bricht er das Recht, und es ist alles ganz furchtbar. – Das war mitten im Wahlkampf. All das ist vor der Wahl gewesen und nicht hinterher.

(Horst Becker [GRÜNE]: Die Grünen nicht!)

– Auch die Grünen, Herr Becker. Da waren Sie noch nicht dabei.

(Unruhe)

Die von Ihnen erteilten Bewilligungsbescheide, die in meiner Verantwortung so nicht erteilt worden wären, sind nun einmal erteilt. Wenn sie erteilt und rechtskräftig sind, halte ich mich an dieses gesetzte Recht. Ich lasse mir ja vieles vorwerfen, aber hierbei lasse ich mir nicht vorwerfen, dass wir eine Etatisierung vornehmen müssen, die leider dazu führt, dass bis zum Jahre 2009 nur 300 oder 350 Millionen € etatisiert werden konnten, und Sie verlangen: Das müsst ihr alles schneller machen. – Ich darf Sie darauf hinweisen: Es gibt auch noch das Jahr 2010, das im mittelfristigen Finanzplan leider nicht enthalten und frei ist. Wir bleiben bei dem, was wir gesagt haben:

Erstens. Wir müssen die Steinkohlensubventionen abbauen, um Spielräume für Investitionen in neue zukunftssichere Felder zu bekommen, gerade auch im Ruhrgebiet.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Es ist völlig klar, dass es beim Beschluss in der Koalitionsvereinbarung bleibt, bis 2010 bei den Steinkohlensubventionen insgesamt 750 Millionen € einzusparen. Darüber werden wir mit den Betroffenen – es gibt mehrere: nicht nur die RAG, sondern auch die IG BCE, die Bundesregierung und die saarländische Landesregierung – reden, wie das zu geschehen hat. Aber das Ziel ist klar.

Drittens. Es bleibt bei dem, was ich vor der Landtagswahl angekündigt habe und was im Koalitionsvertrag steht: Die bis 2008 erteilten rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide an die Deutsche Steinkohle sind einzuhalten. Für die Zeit danach gibt es keine Rechtsansprüche. Wir wollen mit allen Beteiligten einschließlich der Anteilseigner über die Rahmenbedingungen für das sozialverträgliche Auslaufen des subventionierten Bergbaus verhandeln und entscheiden.

Das ist die Position der Koalition und der Landesregierung. Wenn Sie in diese Richtung mitgehen wollen, sind Sie dazu herzlich eingeladen. Das ist das, was wir durchsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Nur finde ich es dann abenteuerlich, dass in der SPD – heute in der „Rheinischen Post“ nachzulesen – jetzt eine Debatte darüber geführt wird und es schon Gespräche über die Aufstockung von Subventionen gibt. Frau Kraft, in welchem Land leben Sie eigentlich? Kein vernünftiger Mensch kann doch ernsthaft die Aufstockung der Subventionen fordern, die 50 % der Investitionen für neue Arbeitsplätze ausmachen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die erste Lesung des Haushaltsplanentwurfs ist, wie ich finde, in vielfacher Hinsicht interessant gewesen. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass wir es mit einer Opposition zu tun haben, die angreift und heute in der Zeitung ankündigt, dass man an diesen Haushalt Forderungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro stellen will, uns allerdings verschweigt, wie man das Ganze finanzieren will.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

– Ich werde überhaupt nicht nervös. Sie müssen schon ein bisschen früher aufstehen, um mich nervös zu machen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Rede Sinn ist wohl und dunkel: 500 Millionen € fordern, aber ohne jeden Vorschlag, wie man das bezahlen will angesichts einer Neuverschuldung von fast 6 Milliarden € – Unseriosität, dein Name ist SPD, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn eine Partei, die der Wähler in die Opposition geschickt hat, ein so kurzes Gedächtnis hat, dass sie sich nicht mehr an das erinnern kann, was sie selbst noch vor wenigen Monaten vorgebracht hat, dann muss das einen Grund haben. Wir wissen auch, welchen Grund das hat. Der Grund liegt darin, dass die SPD genauso wenig wie die Grünen ihre Rolle in der Opposition bisher gefunden hat.

Wir lesen mit Interesse vom Streit zwischen der Fraktionsvorsitzenden und dem Parteivorsitzenden in der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir lesen mit Interesse über die Strategiedebatten: Der eine steht für eine langfristige Vorbereitung, die andere steht für Angriffe. – Das mag Sie intern alles interessieren, mich interessiert eigentlich etwas anderes – nicht, wie Sie gegenseitig Ihre Claims abstecken, sondern mich interessiert: Wofür stehen Sie eigentlich inhaltlich? Das wollen wir gerne einmal wissen: Wofür stehen Sie inhaltlich?

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, es reicht nicht, eine Politik auf der Ebene des Boulevards zu machen. Es reicht nicht, nur laut und schrill mit Angriffen und Schlagworten zu argumentieren. Hier in diesem Parlament geht es nicht um parteipolitische Reden, sondern hier geht es um die Wirklichkeit. Es geht um die Menschen im Land. Die Wahrheit ist, dass Sie wahrlich nicht das Recht haben, irgendjemand anderem vorzuwerfen, er betreibe eine unsoziale Politik. Denn Sie von SPD und Grünen sind für das unsozialste Schulsystem verantwortlich, das es in einem Land der Bundesrepublik Deutschland gibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind für 112 Milliarden € Schulden verantwortlich. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Integrationspolitik, die wir vor fünf Jahren in diesem Land gemeinsam verabredet haben, nicht richtig umgesetzt worden ist. Und Sie sind, wie Helmut

Schmidt das vor wenigen Tagen gesagt hat, dafür verantwortlich, dass es in der Zentralregion dieses Landes, nämlich im Ruhrgebiet, bisher nicht gelungen ist, den Durchbruch hin in eine gute Zukunft zu erzielen.

Ich nenne Ihnen den Grund dafür – das belegen im Übrigen auch Ihre Ausführungen über Staatsverständnis im Rahmen dieser Haushaltsdebatte –: Sie haben Angst vor Veränderung, Sie haben Angst vor Neuem. Stattdessen fordern Sie immer vom Alten mehr. Aber so gewinnt man keine Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Walsken das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, darf ich Sie, wenn Sie den Plenarsaal verlassen, bitten, das schweigend zu tun.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So viel Begeisterung? Bleiben Sie doch einfach. Von mir aus müssen Sie nicht gehen. Ich verspreche Ihnen: Es wird sich lohnen. Ich will das auch heiter machen. Herr Dr. Rüttgers, ich will Ihnen gerne auch durch meinen Auftritt klar machen, dass wir überhaupt nicht von Angst geprägt sind. Im Gegenteil! Sie haben sich heute an mehreren Stellen über diese Opposition beklagt. Das kann ich nachvollziehen: Wir jagen Sie und sagen Ihnen Dinge, die Sie nicht gerne hören.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Herr Kollege Stahl, Sie kommen mir mit Ihrem Zwischenruf gerade recht. Ich finde es hochinteressant, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister als Einbringer des Haushaltes die Einzigen waren, die sich mit dem Haushalt auseinander gesetzt haben. Weder Sie, Herr Stahl, noch der Kollege Dr. Papke hielten es für nötig, über den Haushalt zu reden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich mit uns und den Grünen beschäftigt. Wir danken dafür. Das scheint einen Riesenstellenwert zu haben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das Gefühl, es geht um etwas anderes. Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers hat gerade diesem Haushalt einen Stempel aufgeprägt. Er hat gesagt, er sei fair und gerecht und er sei stolz auf

diesen Haushalt. Meine Damen und Herren, wenn man die höchste Neuverschuldung vorlegt, die es jemals in diesem Land gegeben hat, und wenn man darauf stolz ist, dass der Haushaltsplan sozial gerecht und fair ist, wenn man nur bei den Kindergärten mehr als 100 Millionen € kürzt, also bei den schwächsten Gliedern dieser Gesellschaft, obgleich es nicht nötig gewesen wäre, dann ist mir klar, warum sich weder die FDP noch die CDU hier vollmundig für diesen Haushalt entscheiden.

Es war nicht nötig, Herr Dr. Rüttgers, dass Sie diese Kürzungen vornehmen. Es geht nicht darum, dass wir nicht kürzen wollen, sondern es geht darum, dass Sie zulasten der Kleinen, zulasten der sozial Schwachen diese ungerechten und unsozialen Kürzungen vornehmen, weil Sie 1 Milliarde € im Nachtragshaushalt in gut funktionierende Landesbetriebe geschoben haben. Das ist unser Vorwurf.

(Beifall von der SPD)

Hätten Sie diese Milliarde nicht in den Sparstrumpf geschoben, hätten Sie nicht den Flughafen ausbau vorgesehen oder die Kammern weiter subventioniert, bräuchten Sie diese Kürzungen in dieser Größenordnung nicht vorzunehmen. Das, meine Damen und Herren, ist unser zentraler Vorwurf; denn hier zeigt sich, dass sich in diesem Land zulasten der Schwachen eine Menge negativ verändern wird. Das werden wir Ihnen in den Haushaltsplanberatungen der nächsten Wochen und Monate immer wieder vorhalten.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, Sie sind stolz auf einen Haushalt, in dem angeblich mit ehrlichen Zahlen gearbeitet wird. Sie werden dabei nicht rot. Ich frage mich: Wo sind denn die etatisierten Steuermehreinnahmen? Wo ist das Geld aus der so effektvollen Haushaltssperre? Schade, dass der Finanzminister jetzt nicht da ist. Normalerweise ist es üblich, dass man bei den Haushaltsplanberatungen dabei ist. Ich finde das außerordentlich schade.

(Beifall von der SPD – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Darf er nach vier Stunden nicht einmal kurz herausgehen?)

– Natürlich darf er auch einmal raus, aber schade, dass er gerade in diesem Moment nicht da ist. – Wo ist denn die Konsolidierung? Wo ist denn die Rückführung der Neuverschuldung, Herr Dr. Rüttgers, insbesondere dann, wenn ich mir die Meldung von ddp von heute Morgen um 9.18 Uhr ansehe, wonach Ihr Koalitionspartner, proklamiert durch Herrn Lindner, offensichtlich die Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat nicht mittragen

will? Dr. Linssen hat heute Morgen erklärt, das wird das Geld sein, das hier zum Abbau der Neuverschuldung verwendet wird. Wo sind denn die ehrlichen Zahlen? Wo sind die ehrlichen Positionen, auf die Sie stolz sind und die dazu führen, dass es in diesem Land sozial und gerecht zugehen wird?

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, wir haben ganz erhebliche Bedenken. Es wird nicht tragen, wenn Sie versuchen, die Menschen in diesem Land zu belügen und ihnen Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall von der SPD)

Warum, Herr Dr. Rüttgers, Herr Dr. Linssen, meine Damen und Herren von den die Landesregierung tragenden Fraktionen, machen Sie zusätzliche Schulden? Sie sagen, Sie fahren die Ausgaben im Landeshaushalt zurück, und zwar um gut 5 %. Nicht einmal das ist seriös. Ihr Haushalt wächst, die Ausgaben wachsen. Sie wissen, dass es mehrere Einmaleffekte gibt, die man aus der Haushaltsrechnung 2005 herausrechnen muss, nämlich die Strafzahlung an die WestLB in Höhe von 1,4 Milliarden €, die Kapitalzuführung an den BLB und Drittmittel in Höhe von fast 350 Millionen. Wenn ich das addiere, dann stelle ich fest, dass Ihr Haushalt ein höheres Volumen hat, obgleich Sie die Schwächsten dieser Gesellschaft, die Kinder, zu den Verlierern machen. Deshalb, Herr Dr. Rüttgers, werden wir Sie fragen, was Sie in diesem Land planen. Wo ist der Umbau in diesem Land? Was ist die Erneuerung, und zu wessen Lasten wird die Erneuerung in diesem Land stattfinden?

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich als Haushälterin will nicht verschweigen, dass auch wir kürzen mussten. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben im Doppelhaushalt 2004/2005 die Ausgaben um 1,4 Milliarden € gekürzt. Aber wir haben – das unterscheidet uns nachhaltig von Ihrer Politik – darauf geachtet, dass die sozial Schwachen nicht zu sehr belastet werden. Wir sind die Erfinder der Staffelung beim Weihnachtsgeld. Wir haben dafür gesorgt, dass soziale Einrichtungen, auch der Landesjugendplan, mit Kürzungen leben mussten, wobei wir wussten, dass wir die Mittel im nächsten Jahr wieder erhöhen werden. Wir haben mit Augenmaß geschaut, wo die sozialen Netze in Nordrhein-Westfalen sind und wie wir verhindern können, dass Löcher in diese Netze gerissen werden. Das ist der Unterschied zwischen unseren Politikkonzepten, meine Damen und Herren von CDU

und FDP, und auf diesen Unterschied bin ich als Sozialdemokratin stolz.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun auf die Finanzpolitik an sich eingehen. Diesbezüglich würde ich mich gerne mit dem Finanzminister, der leider immer noch nicht da ist, auseinander setzen. Vielleicht machen wir das in den Ausschussberatungen. Ich versuche trotzdem, einige Aussagen, die mir wichtig sind, über den ehrlichen Kaufmann Dr. Linssen zu transportieren.

Sie haben im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, dass es bei Ihnen keine intransparenten Vorgänge in diesem neuen ehrlichen Haushalt geben wird. Ein Beispiel dafür waren die globalen Minderausgaben. Wenn ich mir den vorgelegten Haushaltplanentwurf ansehe – ich bin sehr nah an den Zahlen –, dann stelle ich fest, dass das auch zu dem Kapitel „versprochen – gebrochen“ gehört. Fast 500 Millionen € haben Sie, obwohl der Finanzminister den Haushaltsplanentwurf für transparent erklärt hat, an globalen Minderausgaben und globalen Posten im Haushalt verteilt, insbesondere über die 1,5%ige Stelleneinsparung, die Absenkung des Weihnachtsgeldes, sächliche Verwaltungsausgaben und sogar die Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten. Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich kann man mit globalen Minderausgaben arbeiten. Man kann jedoch nicht wenige Monate, nachdem man die Regierungsverantwortung übernommen hat, das, was man der alten Regierung permanent vorgeworfen hat, nämlich ein intransparentes Verfahren, selber machen, und zwar in einer Größenordnung, die wir in den Jahren vorher kaum erreicht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es gibt noch ein weiteres schönes Thema, über das ich gerne mit dem Finanzminister reden würde.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Er ist da!)

– Er ist wieder da. Herzlich willkommen, Herr Dr. Linssen. Schön, dass wir uns heute doch noch in einen Dialog begeben können.

Interessant ist das Thema BLB; wir haben es bereits vorhin angesprochen. Sie haben in der Diskussion während der zweiten Beratung über den Nachtragshaushalt sehr deutlich dafür geworben, den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu entschulden. Wir sind bis heute der Meinung, das war falsch. Die Operation war nicht nötig, denn der

Betrieb war weder insolvent noch hatte er Liquiditätsprobleme.

Aber Sie haben gesagt, Sie lösten einen Schattenhaushalt auf. Wenn wir uns das jetzt genau ansehen, stellen wir fest, dass Sie genau das machen, was Sie damals im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt haben.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Nein, Sie haben es bei beiden gesagt. Sie haben gesagt, Sie unternähmen diese Operation, um Schattenhaushalte aufzulösen. Gott sei Dank sind ein paar Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss anwesend, Herr Kollege Klein auch. Vielleicht ist er in der Lage, das hier mit einzubringen. Sie haben gesagt: Wir machen das, um Transparenz herzustellen, und wir lösen den Schattenhaushalt auf. – In Wirklichkeit haben Sie einen Sparstrumpf angelegt.

Aber: Wir schauen in den Haushaltsgesetzesentwurf und reiben uns verwundert die Augen. Paragraph 26 beschreibt, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb künftig wieder Kredite – meine Damen und Herren, Sie hören richtig – in Höhe von 240,66 Millionen € aufnehmen soll. Das lesen wir exakt vier Wochen,

(Beifall von der SPD)

nachdem uns geschildert worden ist, wie notleidend dieser Betrieb ist. Ganz abgesehen davon, dass man damit das Thema Schattenhaushalte selbst ad absurdum führt, ist das ein Punkt, den wir uns noch genauer anschauen werden. Ich glaube, das, was wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Sparstrumpf vorgeworfen haben, ist durch Ihre eigene Arbeit im Haushaltsplanentwurf 2006 mehr als dokumentiert.

Meine Damen und Herren, wir haben sicher noch Zeit, um uns mit einer ganzen Reihe von Themen, die den Haushalt betreffen, auseinander zu setzen. Wir werden uns noch viele Facetten genau anschauen. Wir werden an vielen Stellen sicherlich noch mehr Beispiele dafür finden, wie Sie die Ankündigungen der letzten Monate – nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch schon in der Regierungszeit – hier nicht umsetzen.

Ein Punkt ist mir heute schon wichtig: die Expertenkommission. Lieber Herr Dr. Rüttgers – aber jetzt ist der Herr Finanzminister da, dann machen wir das so –: Die Expertenkommission, von Ihnen hoch gelobt – der Herr Ministerpräsident hat sie persönlich eingesetzt –, ist zweifelsohne kompetent besetzt. Sie hat ein Ergebnis vorgelegt, das sich verkürzt so umschreiben lässt: Wir brauchen

10 % weniger Personal in diesem Lande, dann ist der Haushalt konsolidiert.

Der Finanzminister hat flugs betont, dass die Vorschläge der Expertenkommission erst einmal geprüft werden. Er hat sie kurz danach im Grunde schon wieder in die Schublade geschoben, weil er nämlich festgestellt hat, dass auch er einen solchen Stellenabbau in diesem Lande kaum realisieren könnte. Er hat dann gesagt, man werde erst einmal 1,5 % der Stellen abschmelzen.

Interessant ist, dass wir jetzt erfahren, dass der Herr Finanzminister eine Ausschreibung für ein Projektbüro Hartmann-Kommission herausgibt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hört, hört!)

Das ist nicht nur interessant, weil wir fragen werden, was das kostet, sondern es ist auch vor dem Hintergrund interessant, dass die 1,5 % Stelleinsparungen offensichtlich nur eine Zwischenoperation sind und dass Herr Finanzminister Dr. Linssen plant, sich dem Ergebnis der Hartmann-Kommission – 10 % weniger Stellen – doch langsam zu nähern.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

Das ist mein Vorwurf, Herr Dr. Linssen. Sagen Sie den Menschen deutlich, wenn das so ist. Sagen Sie ihnen, dass Sie ihnen über kurz oder lang kündigen werden müssen und sie aus vielen Dienststellen und aus vielen nachgeordneten Bereichen herausschmeißen müssen, wenn Sie diese 10 % Stelleinsparungen umsetzen. Oder erklären Sie dem Haushalts- und Finanzausschuss und diesem Parlament, warum Sie eine Ausschreibung für ein Projektbüro Hartmann-Kommission inszenieren. Wir werden Ihnen dieses Thema noch in der einen oder anderen Debatte präsentieren, und wir werden uns in diesem Zusammenhang auch anschauen, was Sie mit dem Personal – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Lande – machen.

Ein weiteres Thema im Zusammenhang mit dem Personal ist interessant: die Absenkung des Weihnachtsgeldes. Herr Dr. Linssen hat im Haushalts- und Finanzausschuss angekündigt, die Absenkung des Weihnachtsgeldes werde vom Bund eins zu eins übernommen. Herr Dr. Linssen, wir haben uns über das gewundert, was Ihnen Ihre Mitarbeiter damals aufgeschrieben haben, denn bis jetzt ist nirgendwo belegt, dass der Bund das Weihnachtsgeld auf 30 % absenken wird. Nach unseren Informationen irren Sie an dieser Stelle auch, denn in Berlin war das bis heute niemals ein Thema.

Wir sind der Ansicht, Sie sollten schleunigst Wort halten und der Beamtenschaft in unserem Land das geben, was Sie versprochen haben, nämlich mindestens 50 % des Weihnachtsgeldes, so, wie es auch der Bund machen will und wie es der Bundesinnenminister angekündigt hat. Wir sind gespannt, ob Sie Wort halten und im Rahmen einer Ergänzungsvorlage zu diesem Haushalt auch die 220 Millionen €, die dafür notwendig sind, einstellen und vor allen Dingen seriös decken. Ansonsten sind wir in der Kategorie „versprochen – gebrochen“, und ich bin sicher, an dieser Stelle wollen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – den Beamten – in diesem Lande diese Enttäuschung ersparen.

(Beifall von der SPD)

Dem Thema Stellen und Stellenakrobatik werden wir noch das eine oder andere Mal begegnen. Wir hatten ja vorhin schon die eine oder andere Kostprobe. Lassen Sie mich zur Situation an den Schulen nur so viel sagen – das wird sicher an anderer Stelle deutlich zu diskutieren sein –, dass das, was hier an Zahlenakrobatik geboten wird, ein Wahnsinn ist. Auch die Fachleute haben Probleme, dem noch zu folgen.

Sie verschweigen die Tatsache, dass Sie bis Ende 2006 500 Stellen an den Schulen abbauen werden. Die kw-Vermerke sind nämlich bis heute nicht aufgehoben. Wenn das so ist, dann bitte ich Sie, mir genau zu zeigen, wo das steht. Dann müsste es in diesem Haushaltsgesetzentwurf eine entsprechende Ermächtigung geben. Sie haben das bisher nicht gemacht. Im Gegenteil, bis zum Ende dieser Legislaturperiode stehen dort sogar 2.000 Stellen mit einem kw-Vermerk.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, es gibt bisher noch keinen Hinweis, was mit diesen Stellen passieren soll. Wenn ich das unterstelle, schrumpfen nach Haushaltslage vom heutigen Datum die versprochenen 4.000 Stellen schon mit diesem Haushaltsentwurf 2006 um 50 %.

(Beifall von der SPD)

Das ist in diesem Haus zu widerlegen. Mein Wunsch an den Ministerpräsidenten ist – wenn er meint, wir operierten nicht mit seriösen Zahlen –, das aufzuklären, denn spätestens dann müsste, vielleicht über die Fraktionen CDU oder FDP, eine Veränderung im Hinblick auf die kw-Stellen und den Umgang mit ihnen erfolgen.

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt ist noch eine Fülle von interessanten Dingen zu fin-

den, aber wir bringen ihn heute nur ein und haben die erste Debatte.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassen: Dieser Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung ist kein Haushalt der Erneuerung, sondern er ist ein Haushalt des Abbruchs. Er weist die höchste Verschuldung bei Einbringung eines Haushalts, die wir je in diesem Lande hatten, auf. Er ist verfassungswidrig; denn die Verfassungsgrenze wird erneut sehr deutlich gerissen. Dazu haben wir uns an anderer Stelle schon geäußert.

Wir werden in unserer Entscheidung, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, deutlich bestärkt. Die Ausgaben dieses Haushalts wachsen, obwohl gerade da gekürzt wird, wo es nicht sein sollte, nämlich bei den Kleinen. Das ist ein Haushalt der Politik ohne Herz und Verstand.

Das ist ein Haushalt, bei dem die Kleinsten die größten Verlierer sind, und das im rüttgerschen Jahr der Kinder. Meine Damen und Herren, 2006 wird ein Jahr der Kinder, aber nicht im Sinne des Ministerpräsidenten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Auftritt der Frau Kollegin Walsken war ja gerade wie eine kurze Botschaft aus einer ganz anderen Welt, in der das Geld noch auf den Bäumen wächst.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Selbst meine Kinder wissen, dass das Schlaraffenland nicht real existierend ist. Insofern können wir, glaube ich, diesen Beitrag ad acta legen.

Ich bin sowieso richtig erstaunt darüber, wie es die Vorrednerinnen der Opposition hier schaffen, Positionen miteinander zu verbinden und gleichzeitig zu kritisieren, die enthalten: Wir sind gegen jede Einsparung. Wir sind außerdem dagegen, dass Schulden gemacht werden.

Das kann man ja sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man an wirklich jedem Stammstisch punkten will, wenn man jede einzelne Interessengruppe bedienen will

(Zurufe von der SPD)

und obendrein noch hofft, dass die Widersprüche dabei nicht auffallen. Das kann man aber nicht

sagen, wenn man hier im Parlament einigermaßen glaubwürdig argumentieren will.

Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie kritisieren wollen und was Sie fordern wollen. Wir wollen Ihnen da ja gar keine Vorgaben machen. Aber so lassen wir das im Landtag nicht durchgehen. Sie müssen entweder sagen, wo Sie mehr kürzen wollen, damit Sie weniger Kredite aufnehmen müssen, oder Sie müssen sagen, dass Sie weniger sparen wollen, müssen dann aber auch höhere Kredite akzeptieren. Beides gemeinsam geht nicht. Das ist etwas, was im Grunde eigentlich jeder auf den ersten Blick erkennt.

Die alte Regierung – ich werde noch darauf kommen – hat es zwar jahrelang versucht, aber genau das ist ja das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist. Die Lage ist denkbar schwierig für uns. In den letzten zehn Jahren ist die Verschuldung dieses Landes von 62 Milliarden € auf 112 Milliarden € gestiegen. Jeder zehnte Euro unserer Landesausgaben muss für Zinsen reserviert werden. Das ist das, was Sie der neuen Landesregierung hinterlassen haben.

Konsolidierung ist notwendig. Das ist etwas, was jetzt gar nicht verwundert festgestellt werden kann, sondern das ist genau das, was wir auch vor der Landtagswahl – Frau Löhrmann, daran haben Sie sich ja eben gestört – den Menschen gesagt haben: Dieses Land braucht Konsolidierung. Schulden zu machen heißt, auf Kosten nachfolgender Generationen zu leben. Das ist unsozial, und das ist kinderfeindlich. Das muss geändert werden. Wir müssen die Ausgaben in den heutigen Landeshaushalten kürzen, wenn wir ein bisschen mehr Generationengerechtigkeit herstellen wollen, und das wollen wir.

Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass die Menschen das ganz genauso sehen. Die große Mehrheit in unserem Land ist ganz generell für diesen Kurs der Konsolidierung. Natürlich – das ist auch ganz klar – haben sehr viele insbesondere dann Vorbehalte, wenn es um ihre ganz eigenen Bereiche geht. Aber das ist menschlich. Damit müssen wir leben. Wir müssen hier im Landtag und in der Landesregierung die Führungsverantwortung für das ganze Land übernehmen.

Deswegen muss sich hier Sparen an zwei Zielen orientieren. Wir brauchen erstens wieder solide Landesfinanzen. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wir müssen zweitens – auch das passiert mit diesem Haushalt – Mittel freischaufeln für das, was gerade nach Pisa wirklich wichtig ist, nämlich für Investitionen in Köpfe und Kinder. Ich füge hinzu: Auch das ist wieder etwas,

was aus der Überlegung der Generationengerechtigkeit heraus geboten ist.

Wirklich und nachhaltig zu sparen ist aber nicht leicht. Wir stellen uns dieser Verantwortung und sind auch bereit – und leider ist das unumgänglich –, dabei harte Entscheidungen zu treffen. Wir müssen dazu stehen.

Wenn ich dann sehe, dass Sie lautstark alles kritisieren – sogar das, wo heute im Landeshaushalt 2006 im Grunde überhaupt keine Kürzung erfolgt –, dann finde ich das schon erstaunlich. Natürlich wäre es wunderbar, wenn wir ganz auf Elternbeiträge im Kindergarten verzichten könnten. Das scheint mir aber zum jetzigen Zeitpunkt eine völlige Illusion zu sein.

Genauso wie es eine Illusion ist, wenn man denkt, dass die bereits von Rot-Grün für 2004 und 2005 abgesenkte Sachmittelpauschale bei den Kindergärten wieder aufgestockt werden könnte. Das geht einfach nicht. Das ist eine Illusion. Sie stammt aus dem Land, in dem das Geld an den Bäumen wächst.

Da gab es schon realistischere Vertreter aus Ihrer Fraktion, liebe Frau Kollegin Walsken. Ich habe mit Freude alte Haushaltseinbringungsreden nachgelesen und festgestellt, dass am 3. September 1997 der damalige Finanzminister Schleußer bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 1998 problematisiert hat, dass bei der Verabschiedung des GTK eine Beteiligung der Eltern in Höhe von 19 % der Betriebskosten vorgesehen war, aber damals nur 12,8 % realisiert seien. Er halte eine sozialverträgliche Erhöhung der Beiträge nicht nur für vertretbar, sondern – sagte er damals in seiner Einbringungsrede – für zwingend geboten. Das sollten Sie vielleicht einmal nachlesen. Ich kann Ihnen die genaue Fundstelle gern geben. Das ist vielleicht gut zum Nachdenken.

Eine Abschaffung des Elternbeitragsdefizitsausgleichs stellt auch einen Anreiz dar für Kommunen, Beitragspotenziale voll auszuschöpfen. Es gibt nach wie vor Bereiche, in denen im Rahmen der bestehenden Beitragsstaffelung eben nicht alles ausgeschöpft ist. Aber das meiste an Kürzungen, die Sie bereits zu verantworten haben, wird überrollt.

Das Gleiche gilt für den Landesjugendplan. Herr Jäger hat sich eben mit Zwischenrufen so hervorgetan,

(Ralf Jäger [SPD]: Das kann ich auch jetzt tun!)

aber die Lautstärke von Zwischenrufen ändert doch überhaupt nichts an der Tatsache, dass hier

keine aktuelle Kürzung auf dem Tisch liegt, sondern genau das fortgeschrieben wird, was Sie bereits in den letzten Haushalten beschlossen haben. Allerdings – auch das haben wir eben schon einmal kurz gehört – wird die Struktur des Landesjugendplanes so verändert, dass viele inzwischen sagen, dass es besser ist als vorher, dass mehr Geld für die konkrete Arbeit ankommt

und eine größere Verlässlichkeit für die institutionelle Förderung da ist.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Mit wem haben Sie da gesprochen?)

Hören Sie doch mit dieser Desinformation auf. Desinformationen gibt es in Hülle und Fülle.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie heute schon in den Pressespiegel geguckt?)

Die Grünen haben sich in den letzten Tagen zum Bereich der Krankenhäuser geäußert. Da wird überhaupt nicht gespart. Rund 170 Millionen € stehen wie in jedem Jahr für die Krankenhausfinanzierung im Haushalt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

Die alte Landesregierung hat die Zukunft mit 600 Millionen € an verbindlichen Zusagen auf der Basis von Verpflichtungsermächtigungen belastet. Ich sage, das war unanständig. Das war ein Wechsel auf die Zukunft.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Gucken Sie doch einmal in den Haushalt hinein! Die Zahlen sind gekürzt!)

Jetzt ist es aber bindend. Jede neue Zusage steht ohnehin frühestens 2011 zur Auszahlung an. Da ist ein Moratorium für weitere Zusagen doch ganz vernünftig, gerade um die zeitliche Differenz zwischen Zusagedatum und Auszahlungsdatum etwas zu reduzieren. Sie kennen doch alle diesen Zusammenhang. Dann davon zu reden, Krankenhäuser würden in die Insolvenz getrieben, ist entweder ignorant oder unverantwortlich. Beides zielt Sie aber nicht.

(Beifall von der CDU)

Überall wird aber auch echt gekürzt. Dazu stehen wir. Der Finanzminister hat eben aufgeschlüsselt, wie sich die Kürzungen in Höhe von 1,26 Milliarden € zusammensetzen. Das sind 2,6 % des Haushaltsvolumens. Praktisch alles ist betroffen. Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, wieder Spielraum für die Zukunft unseres Landes zu schaffen und aufzuzeigen, führt – ich füge hinzu: leider – keine Überlegung daran vorbei, diesen Weg wirklich zu beschreiten.

Vielleicht sollten wir allgemein einmal eine kleine Lesestunde in Bezug auf den Haushaltsplan verabreden. Dann würden Sie beispielsweise nicht mehr sagen, es werde im Personalbereich zu wenig gespart. Der Finanzminister hat noch einmal dargestellt, dass nicht nur insgesamt 306 Stellen wegfallen, sondern dass insgesamt 306 Stellen wegfallen, obwohl im Bereich des Schulministeriums 2.075 zusätzliche Stellen ausgewiesen sind. Das ist der Umbau in die Zukunft, in Investitionen, in Köpfe und Kinder, den wir brauchen. Wenn wir die Zahl der Stellen trotzdem schon in diesem Jahr reduzieren können, dann ist das eine gute Leistung.

Wenn wir den Haushalt so oder mit kleinen Änderungen beschließen, die wir noch zu besprechen haben, dann ist das eine gewaltige Leistung. Sie sagen, das sei alles noch viel zu wenig? Machen Sie doch Vorschläge. Sagen Sie doch, an welchen Stellen Sie weitere Ausgaben kürzen würden und wo der Sparbeitrag nach Ihrer Meinung höher sein könnte.

Sie verweisen darauf, dass die Ausgaben jetzt insgesamt geringer sinken als es der Sparbeitrag ausmachen sollte. Genau das ist das Problem. Wenn wir nichts am Haushalt tun, dann wächst das Ausgabenvolumen unseres Haushalts kontinuierlich.

Die Expertenkommission hat uns ausgerechnet, dass das Defizit im Landeshaushalt bis zum Jahr 2010 auf 10 Milliarden € ansteigen würde. Das ist gar nicht so verwunderlich. Sie brauchen sich eigentlich nur den Personalhaushalt anzusehen.

Allein die Versorgungsausgaben verdoppeln sich in der Zeit von 2001 bis 2028 auf 7,2 Milliarden €. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung lehrt das bereits. Das steht alles darin. Das sind aber alles noch Preise von 2001. Die Zahl der Versorgungsempfänger steigt drastisch. Gerade in dieser Zeit steigt die Zahl besonders stark. Wir haben eben gehört, dass die Zahl der Pensionäre allein von 2005 bis 2006 um 5.000 auf inzwischen 149.000 steigt.

Umso engagierter müssen wir für die Konsolidierung unseres Landes arbeiten, wenn wir sehen, wie viel Dynamik bei vielen Ausgabepositionen im Landeshaushalt verborgen ist. Frau Kraft sagte eben, der Staat würde beschließen, magersüchtig werden zu wollen. Abgemagert worden ist dieses Land Nordrhein-Westfalen durch das Ausmergeln, durch das Verbrauchen sämtlicher Ressourcen durch die letzte Landesregierung. Das hat den Magerungsprozess ausgelöst.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ganz schön mager der Applaus!)

Es würde sicherlich alles noch viel schlimmer, wenn wir uns jetzt an den Forderungen der Opposition orientieren würden.

Frau Kollegin Walsken hat schon per Pressemitteilung und sicherlich sehr publikumswirksam bei der Deutschen Steuergewerkschaft in Münster nicht nur verlangt, dass es keine weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten mehr geben sollte – ein Volumen von 220 Millionen € –,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

sondern dass auch die von Rot-Grün verantworteten Kürzungen wieder zurückgenommen werden sollen.

(Gisela Walsken [SPD]: Überprüft werden! Sie müssen richtig zitieren, Herr Kollege!)

Das sind weitere 408 Millionen €

Zu unserer Überraschung hören wir heute, dass auch noch ein beitragsfreies Kindergartenjahr gefordert wird. Das wurde schon mit 90 Millionen € beziffert. In der Summe würden Sie gern zusätzlich rund 700 Millionen € ausgeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Warten Sie einmal, bis die Anträge vorliegen! Warten Sie einmal ab!)

Das würde die Verschuldung um weitere 700 Millionen € steigen lassen.

(Sören Link [SPD]: Dann war Ihr Verhalten 39 Jahre lang völlig fremd, oder?)

– Ist es jetzt so, dass Sie mit der Zeit Schulden in Höhe von 112 Milliarden € hinterlassen haben, oder nicht?

(Sören Link [SPD]: Sie haben 39 Jahre lang gefordert und gefordert!)

– Lieber Kollege Link, wenn es darum geht, wer wie realistisch ist, dann habe ich den Eindruck, dass dieses Unrealistische in Ihren jetzigen Vorschlägen auch schon Tradition hat.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Vor fünf Jahren hat der damalige Finanzminister Steinbrück bei seiner Einbringungsrede erstens angekündigt – vielleicht ein kleiner Scherz zum Erheitern –, dass der Metrorapid bis zur Fußball-WM 2006 in Betrieb sein werde.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist er ja. Er fährt aber in China.

Zweitens hat er angekündigt, die Personalausgaben auf 50 % der Steuereinnahmen zu begrenzen. Tatsächlich hatten wir im vergangenen Jahr Personalausgaben in Höhe von 60 % der Steuereinnahmen. Das hatte mit Realismus alles nichts zu tun.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Der neue Finanzminister wird es schaffen, dieses Ziel zu erreichen.

(Gisela Walsken [SPD]: Mit höherer Neuverschuldung! Genial!)

Wenn wir mit Ihren Forderungen zu Werke gingen, dann würde die Schuldenexplosion der vergangenen Jahre fortgesetzt.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Durch Neuverschuldung!)

Die Vorredner haben völlig Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass die Neuverschuldung, die für 2006 geplant ist, auf jeden Fall zu hoch ist. In der Tat ist der Hinweis

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– freuen Sie sich nicht zu früh! – durchaus richtig, dass die geplante Neuverschuldung die Kreditverfassungsgrenze des Artikels 83 der Landesverfassung übersteigt. Trotzdem ist der Haushalt nicht verfassungswidrig, weil es nach 39 Jahren Rot-Grün objektiv unmöglich ist, diese Kreditverfassungsgrenze einzuhalten.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Sören Link [SPD]: Für Sie ist es unmöglich!)

– Da hat der Zwischenrufer Recht: Es ist für uns unmöglich, weil wir uns darauf verständigt haben, mit echten Zahlen zu arbeiten. Und das gehört zur Ehrlichkeit und Transparenz.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben es in der Vergangenheit geschafft und würden es auch jetzt schaffen, einen Haushalt mit vielen alten, trotzdem schlechten Tricks vorzulegen, die auf dem Papier diese Verfassungsgrenze zurzeit der Aufstellung einhalten würden. Das könnten wir auch.

(Gisela Walsken [SPD]: Warum tun Sie es nicht?)

– Wir machen es eben nicht, weil das nicht ehrlich und transparent ist.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie haben 100 Millionen € aus einem angeblich möglichen Verkauf

der LEG in den Haushalt eingestellt. Das ist geschehen. Das war nie haushaltsreif. Das hat Ihnen aber geholfen, die Grenze einzuhalten. Sie haben 50 Millionen € für die Auflösung der Schulfonds eingeplant. Das hat nicht funktioniert. Es hat Ihnen aber bei der Aufstellung des Haushalts geholfen.

Sie haben 230 Millionen € Darlehensrückflüsse aus dem BLB eingeplant, die nie kommen konnten. Sie haben 150 Millionen € aus der Abtretung von Forderungen eingeplant, die nie abgetreten werden konnten. Das ist die fehlende Ehrlichkeit, die wir beklagen.

(Beifall von der CDU)

Weil wir das nicht machen, ist es in der Tat objektiv unmöglich, diese Grenze in der Landesverfassung nach Artikel 83 zu erreichen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Es ist noch nicht einmal das Einzige! Sie haben genauso sorglos mit den Steuereinnahmen hantiert. Sie haben auch die Steuereinnahmen so geschätzt, dass es passte. Die Differenz zwischen dem Ansatz im Haushaltsplanentwurf und dem späteren Ist-Aufkommen liegt doch tatsächlich in diesen letzten vier Jahren 2001 bei minus 1,7 Milliarden €, 2003 bei minus 3,6 Milliarden €, 2004 bei minus 1,4 Milliarden € und 2005 bei minus 3 Milliarden €.

Wer so schätzt, der bekommt den Haushalt so hingebogen, dass er zum Zeitpunkt der Aufstellung auch wirklich passt.

(Gisela Walsken [SPD]: Applaus fehlt!)

Früher war das nordrhein-westfälische Finanzministerium berühmt dafür, gemeinsam mit dem Bund und Bayern die jeweils beste Prognose für die Steuereinnahmeschätzung ermitteln zu können. Finanzminister Schleißer hat stets mit ziemlichem Stolz auf seine zielgenauen Haushaltsansätze verwiesen. Er hatte Recht damit. Ich vermute einmal, dass die Fachleute im Ministerium das nach wie vor so können.

Es musste aber so geschätzt werden, damit es passte, damit auf dem Papier der Haushalt in Relationen kommt, die dem Artikel 83 der Landesverfassung entsprechen. Aber das hat mit der Sache nichts zu tun.

(Karl Schultheis [SPD]: Müssen wir nicht noch erwähnen, dass Herr Schleißer der SPD angehört hat?)

Da hatte auch Ihre Partei noch Finanzminister, die mehr nach dem Prinzip ehrlicher Kaufmann gear-

beitet haben, als das zu späteren Zeitpunkten der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU)

Eben wurde darüber philosophiert, auf welchem Gleis der „Zug NRW“ fährt. Ich habe den Eindruck, dass der „Zug Nordrhein-Westfalen“ auf offener Strecke stehen bleibt, wenn wir so arbeiten wie bisher. Der Motor ist nämlich kaputt. Sie haben – ich denke, das ist durch diese Luftbuchungen, die ich gerade aufgezeigt habe, deutlich geworden – nie am Motor repariert, sondern Sie haben immer nur den Karoserieschlosser geholt, als ob es sich um einen Schönheitswettbewerb handelte. Sie haben mit Plaste das Führerhaus aufgemotzt, aber nicht dafür gesorgt, dass der Haushalt wieder in Ordnung kommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sehen, es wäre ein Leichtes, wenn wir mit den gleichen alten, faulen Tricks den Haushalt umgestalten würden, um die Grenze zu erreichen. Das tun wir aber nicht.

Erstausnehmlich finde ich, dass der eine oder andere jetzt die Tatsache, dass der Finanzminister offen und ehrlich vorgeht und keine Tricks anwendet, auch als Trick bezeichnen möchte.

Es hat mir eine gewisse Freude bereitet, ein Interview mit dem Dresdner Prof. Seitz ausgerechnet in der „taz“ zu lesen, der nach diesen – es war schon fast ironisch gemeint – „Tricks“ von Minister Linssen befragt wurde.

Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus der „taz“ vom 2. Februar dieses Jahres. Frage nach Trick 1:

„Minister Linssen rechnet nicht mit zu erwartenden günstigen Steuerschätzungen?“

Antwort:

„Was Linssen macht, ist absolut vernünftig. Einnahmen, die auf Prognosen der Steuerschätzung beruhen, sollten die Länderfinanzminister nicht einplanen.“

Der nächste angebliche Trick, nach dem Prof. Seitz gefragt wird:

„Linssen verzichtet darauf, geplante Verkäufe von Landesgesellschaften wie die Privatisierung der LEG in den Haushalt einzusetzen.“

Antwort von Prof. Seitz:

„Gott sei Dank, es gibt keinen Grund, außerplanmäßige Vermögenswerte im Vorgriff zu etatisieren.“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Der Mann hat Ahnung!)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein Unterschied, ob man das vorher als Luftbuchung einsetzt oder ob man dies nicht tut, das heißt, den Haushalt trotzdem mit entsprechenden Kürzungen vernünftig im Rahmen dessen, was möglich ist, fährt und dann für 2006 das ankündigt – wie es im Nachtragshaushalt 2005 der Fall gewesen ist –, was sich zu einem späteren Zeitpunkt als Verbesserung darstellt, nämlich wirklich die Konsolidierung für die Reduzierung der Neuverschuldung zu nutzen. Das ist auch für den Haushalt 2006 geplant. Sie können das auf Seite 54 des Haushaltsgesetzes nachlesen. So geht ein vorsichtiger Kaufmann vor. Und das werden wir genauso auch tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Noch ein kurzer Hinweis: Frau Kollegin Walsken hat eben behauptet, dass globale Minderausgaben auch unsererseits wieder in den Haushalt eingestellt würden. Wir haben in der Vergangenheit kritisiert, dass es völlig unspezifische globale Minderausgaben gab, die Sie nur deswegen eingesetzt haben, weil Sie damit nicht entscheiden mussten, wo Sie sparen wollen. Bei dem, was jetzt im Personalbereich an globalen Minderausgaben im Haushalt aufgeführt ist, ist sehr wohl ganz genau aufgelistet, wie es sich zusammensetzt, nämlich genau aus den Personalmaßnahmen, die Sie eben kritisiert haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe nicht die Personalmaßnahmen kritisiert!)

Also erzählen Sie hier nicht die Mär davon, dass wir genauso mit globalen Minderausgaben umgehen würden, wie Sie das früher getan haben.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe, diesen Haushalt so durchzusetzen. Aber wir müssen das tun, wenn wir die Potenziale unseres Landes entwickeln wollen. Wir müssen das tun, wenn wir wirklich in Köpfe und Kinder in Nordrhein-Westfalen investieren wollen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Letzteres tun wir. Wir werden – daran lassen wir uns am Ende der Legislaturperiode messen – 4.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

(Sören Link [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Wir bauen die Ganztagsbetreuung aus – etwas, was Sie lange genug verschlafen haben.

(Sören Link [SPD]: Das ist ja lächerlich! Haben Sie doch jahrelang bekämpft, die Ganztagsbetreuung!)

Wir schaffen 900 dauerhafte Vertretungsstellen in Grundschulen, die dort wirklich helfen, den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Familienzentren werden entwickelt. Das ist auch etwas, was Investitionen in Köpfe und Kinder bedeutet.

Ich rufe Sie auf: Stellen Sie sich doch diesem Wettbewerb der Ideen! Seien Sie doch kreativ und nicht destruktiv! Das reicht nämlich hier in diesem Hause nicht.

Wir gehen den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung im Interesse der Zukunft unseres Landes und gerade im Interesse der Zukunft unserer Kinder. Wir sind sicher, dass Finanzminister Dr. Helmut Linsen, der Ministerpräsident, die ganze Regierung und hinterher auch die Mehrheit dieses Hauses mit diesem Weg auf dem richtigen Konsolidierungskurs für Nordrhein-Westfalen sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Glück auf!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Klein. – Für die Grünen spricht nun der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst einmal an die Koalitionsfraktionen: Man sollte nicht durcheinander bringen, Herr Klein – Herr Papke ist nicht da, aber Frau Freimuth sehe ich –, dass es um Ihren Haushaltsentwurf, um den Haushaltsentwurf 2006 der Landesregierung geht und nicht darum, dass wir unsere Vorschläge, die wir im Haushaltsverfahren noch machen werden, zur Diskussion stellen. Wir setzen uns heute mit dem auseinander, was Sie hier eingebracht haben.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Rudolf Henke [CDU]: Solange Sie keine nennen, haben Sie auch keine Alternative!)

– Ich zitiere Ihren Finanzminister; warten Sie einmal einen Augenblick ab.

Wir werden sehr konkrete Vorschläge machen. Wir werden einen aus unserer Sicht sehr konsistenten Haushaltsentwurf hier vorstellen. Aber heute ist die Stunde, in der man sich mit dem Regierungsentwurf auseinandersetzt, und genau das tun wir an dieser Stelle.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn hier von der Kultur des Verzichts die Rede ist, dann kann ich Ihnen nur sehr deutlich sagen: Jawohl, es wird sicherlich zu diskutieren sein, wo zweifellos Haushaltseinsparungen gemacht werden müssen, aber – das habe ich hier heute überhaupt nicht gehört – man muss auch darüber nachdenken, wo der Haushalt verbessert werden könnte. Wo gibt es Möglichkeiten Einnahmen zu erzielen? – Dazu habe ich weder von der Landesregierung noch vonseiten der Koalitionsfraktionen an irgendeiner Stelle etwas gehört.

Der Ministerpräsident hat den Vorwurf gemacht: Was kritisieren Sie eigentlich? – Er ist jetzt leider nicht mehr da, aber ich möchte für unsere Fraktion ihm an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Sie kürzen an der falschen Stelle, und Sie machen Klientelpolitik. Das sind die beiden wesentlichen Vorwürfe, die wir Ihnen als Grüne zu machen haben.

Wenn man sich Ihren Haushaltsentwurf anschaut, dann muss man konstatieren: Es ist, wie schon mehrmals erwähnt wurde, der Haushaltsentwurf, der die höchste Neuverschuldung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens beinhaltet. Knapp 6 Milliarden Neuverschuldung – das zeigt die Einbringung Ihres Haushaltes.

Wenn man einmal die mittelfristige Finanzplanung betrachtet – dazu ist heute auch noch kein Wort gesagt worden –, stellt man fest, dass ausgehend vom Zeitpunkt der Wahl eine Neuverschuldung von ca. 105 Milliarden € bestand, Sie aber selber zum 31.12.2009 eine Neuverschuldung von 132,6 Milliarden € vermerken. Das ist das, was Sie bereits konstatieren. Wahrscheinlich werden Sie noch ein ganzes Stückchen höher liegen. Ich glaube, dass Sie die 140 Milliarden erreichen, wenn nicht sogar überschreiten. Sie hätten dann in fünf Jahren Regierungszeit – wenn Sie es tatsächlich bis zum Jahre 2010 schaffen – über 20 % der Gesamtschulden des Landes Nordrhein-Westfalen zu verantworten. Das ist Fakt.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Das ist Ihre Realität, die Sie jetzt schon in der mittelfristigen Finanzplanung stehen haben. Das ist Ihre Schuldenpolitik, die Sie heute schon konstatieren. Dieser Landeshaushalt 2006 ist der erste Schritt, genau diese Summe von rund 140 Milliarden € Verschuldung zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Weisbrich [CDU]: Herr Sagel, Sie haben 40 % in fünf Jahren gemacht! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn der Finanzminister bei seiner Einbringung den Zauberlehrling bemüht, dann kann ich Ihnen nur sagen: Ja, mit Geistesstärke vollbringe ich auch Wunder – so heißt es ja so schön. Bloß von Wunder kann ich hier nichts erkennen. Es geht nicht nur darum, irgendwelche Geistesblitze zu entwickeln, sondern es geht tatsächlich darum, einen soliden Haushalt auf den Weg zu bringen, und das kann ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Davon waren die Grünen weit entfernt!)

Schon der zweite Nachtragshaushalt 2005 – das haben wir sehr deutlich gemacht – war eine Katastrophe. Sie haben dort über 2 Milliarden € Neuverschuldung draufgepackt. Nachher mussten Sie allerdings konstatieren, dass es nicht so war. 733 Millionen Schulden sind wieder heruntergekommen. Von daher sah der Haushalt wesentlich günstiger aus, als das was Sie eigentlich vorhatten. Sie wollten nämlich – das war das erklärte Ziel –, diesen Haushalt für 2005 so hochschrauben, dass Sie jedes Jahr behaupten können: Ja wohl, wir machen solide Haushalte, weil wir mit unseren Schulden schon unter dem Endergebnis von 2005 liegen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, denn das ist eine Politik, die aus unserer Sicht überhaupt nicht akzeptabel ist.

Wenn man sich das anschaut – Sie konstatieren hier Gesamteinsparungen von 1,265 Milliarden € –, und wenn man nachfragt – das haben wir schon beim Nachtragshaushalt erlebt –, wie das konzeptionell umgesetzt werden soll, dann muss man allerdings feststellen, dass Ihre Kürzungen überhaupt gar kein Konzept haben. Es ist so, dass die freien Träger damit konfrontiert worden sind, innerhalb von zwei Wochen keine Perspektive mehr zu haben. Das haben Sie auch Ende letzten Jahres gemacht. Und das schreiben Sie in diesem Haushalt fort.

Ich frage mich – Sie sitzen ja auch in Berlin in der Regierung; das ist auch ein kleiner Wink Richtung SPD –: Wie soll denn, wenn man an die Einnahmeseite denkt, die Politik weitergehen? Ich bezweifle, dass die Mehrwertsteuer 2007 so stark erhöht wird, wie das geplant ist. Viele werden 2006 das kaufen, was sie kaufen müssen, um sich die Mehrwertsteuererhöhung 2007 zu ersparen. Merkel plus Münze – viele wollen das nicht. Das ist ganz klar. Es trifft vor allem die schwächeren Haushalte.

Auf der anderen Seite – das werfe ich CDU und FDP, aber auch der SPD vor; da sollten Sie schön vorsichtig sein und sehr genau hinsehen, was Ihre Kollegen in Berlin machen – ist eine weitere Senkung der Unternehmensteuer geplant. Im Gespräch sind 19 %. Diese Steuer ist ja schon auf 25 % heruntergefahren worden. Auch das ist der Haushaltssituation sehr, sehr abträglich. Wir Grüne kritisieren das. Auch diese Senkung ist eine sehr gefährliche Sache. Deswegen sollte auch die SPD sehr vorsichtig sein und sehr genau hinsehen, was sie hier macht.

Dann noch ein Wort zur Steinkohle: Es gibt durchaus Möglichkeiten, auch in diesem Haushalt schon etwas bei der Steinkohle zu tun. Nach den vertraglichen Regelungen sind auf der Basis von 40 € pro Tonne – 26 Millionen t werden gefördert – und einem höheren Weltmarktpreis von 60 oder 65 € Einsparungen tatsächlich drin. Da muss natürlich konkret verhandelt werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Gerade Sie von der FDP haben sich hierzu immer lautstark verhalten. Ich kann mich da noch an Herrn Möllemann erinnern. Er und Herr Papke waren die lautesten Schreier hier im Landtag: Die Steinkohlesubventionen müssen herunter! – Im letzten Jahr waren es 494 Millionen €, im Haushalt 2006 sind es 572 Millionen €. Das ist die Situation. Ich nehme Sie da beim Wort, Herr Papke. Ich bin sehr gespannt, was Sie da tatsächlich durchsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben uns das eingebrockt!)

Das ist jetzt Ihr Job. Da können Sie sich nicht herausreden.

Sie bereiten ja auch schon die nächste Lügengeschichte vor. Es war sehr interessant, was heute zum Landesjugendplan gesagt worden ist. Sie sind doch schon dabei, sich aus der ganzen Geschichte rauszueiern.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Sie waren doch diejenigen, die den Leuten im Land 96 Millionen € für die Förderung des Landesjugendplans versprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die 96 Millionen € hier doch lautstark mit einer Volksinitiative gefordert. Und jetzt so zu tun, als würden Sie an anderer Stelle so viel für

Kinder und Jugendliche machen, ist doch lächerlich. Das nimmt Ihnen auch niemand ab.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Landespressespiegel von heute wird das auch sehr deutlich. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Herr Becker, spricht von Vertrauensbruch. Und genau das machen Sie hier.

(Beifall von den GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Das stimmt aber nicht! Dem muss man entgegentreten! Das ist nicht wahr!)

Gerade in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales sind Sie mit großen Versprechungen in den Wahlkampf gezogen. Davon wollen Sie jetzt nichts mehr hören.

Ich habe mir sehr genau angehört, welche Zahlen Sie – auch Herr Rüttgers – hier vorgetragen haben. Es ist doch so: Sie gehen mit Ihrem Haushaltsentwurf jetzt noch unter das, was wir im Nachtragshaushalt beschlossen haben. Wir haben nämlich noch 5 Millionen € draufgepackt. Sie gehen jetzt sogar noch darunter.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist wirklich infam, was Sie hier machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben natürlich immer die schreckliche Haushaltslage des Landes beklagt und eine Reduzierung der Schuldenlast versprochen. Doch wenn man sich das einmal genau anguckt – ich habe gerade deutlich gemacht, wie die mittelfristige Finanzplanung aussieht –, erkennt man, dass die Zahlen, die Sie selber hineinschreiben, eine andere Sprache sprechen.

(Rudolf Henke [CDU]: Welche Nettoneuverschuldung halten Sie denn für möglich?)

– Wir als Grüne werden hier ein anderes Konzept vorschlagen.

(Ralf Witzel [FDP]: Welches?)

Sie können sich sicher sein: Wir werden hier noch vor Abschluss der Beratungen im Mai ein in sich konsistentes Konzept vorschlagen. Wir werden darlegen, wie unsere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung aussehen.

(Rudolf Henke [CDU]: Welche Nettoneuverschuldung halten Sie für möglich?)

Sie werden sich noch wundern!

(Christian Weisbrich [CDU]: Wir werden uns wundern! Das glaube ich auch!)

Ich kann bei Ihnen nur eine Mischung aus Widersprüchen, Symbolpolitik und Schritten in eine völlig falsche Richtung erkennen. Einiges ist schon angesprochen worden, zum Beispiel Ihre Lobbypolitik. Es ist ja nicht nur so, dass Sie die Steinkohlepolitik fortsetzen – im Bund regiert Schwarz-Rot, und Sie müssen das hier nachvollziehen –, sondern es geht natürlich auch um die Landwirtschaftskammern. Das ist der nächste große Lobbybereich. Gerade die FDP, Herr Papke, die immer die selbsternannten Weltmeister im Bürokratieabbau waren, trägt jetzt mit, dass die Landwirtschaftsbürokratie massiv gefördert wird, dass da noch einmal 17 Millionen € draufgepackt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist die Politik, die Sie machen, Herr Papke. Sie sind ein großer Schreier im Landtag. Aber Ihre konkrete Politik ist genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen. Sie machen an dieser Stelle gemeinsam mit der CDU Klientelpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die neue Landesregierung hat ihren Versprechungen bislang alles andere als Taten folgen lassen, obwohl Sie gesagt hatten: Wir werden nicht nur Versprechungen machen, sondern auch Taten folgen lassen. – Wie sehen Ihre Taten denn aus? Sie haben Bilanzkorrekturen gemacht.

Es wird ja immer gesagt, Wirtschaft und Arbeit sind die großen Themen. Was ist denn in der Arbeitsmarktpolitik passiert? Auch da wird massiv gekürzt. Wie sieht es denn aus? Sie haben nach wie vor über 1 Million Arbeitslose. Im Etat des großen Innovationsministers – er ist im Moment leider nicht da – wird gerade das Technologie- und Innovationsprogramm um 6 Millionen € gekürzt. Das ist die reale Politik, die Sie auch in diesem Bereich machen.

Ich habe auch große Bedenken und bin sehr gespannt, ob die Zahlen zu Steuerschätzung und Wirtschaftswachstum tatsächlich halten werden. Vom Finanzminister ist ja groß angekündigt worden: Meine Zahlen stimmen. – Ich bin sehr gespannt, ob die Schätzung von 1,8 % Wirtschaftswachstum tatsächlich zum Tragen kommt. Ich bin auch sehr gespannt, ob die Steuereinnahmen so sprudeln, wie Sie das eingeplant haben. Ich habe daran große Zweifel. Aber wir werden es ja sehen.

Ich kann nur feststellen: In vielen Bereichen kürzen Sie auf der einen Seite, und das sehr unsozial und ungerecht, und betreiben auf der anderen Seite Klientelpolitik und buttern massiv Geld drauf.

Ich komme aus Münster, wie Sie wissen. Der Flughafen Münster/Osnabrück wird jetzt mit 11 Millionen € gefördert. Die Stadt Münster gibt zusätzlich 15 Millionen €. Bäder werden durch die CDU/FDP-Regierung geschlossen. Der Flughafen wird ausgebaut, damit die Leute vielleicht auf Mallorca baden können. Das ist Ihre Politik, die Sie zum Teil sehr konsistent zwischen Kommunen und Land machen. Ich kann Ihnen nur sagen: Solch eine Klientelpolitik ist mit uns nicht zu machen.

Auch zu den Landesbetrieben hatten wir in der letzten Woche eine Debatte. Bei den Personaleinsparungen sind betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr sakrosankt. Das wurde vor allem durch die Äußerungen des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU, Weisbrich, deutlich. Gleichzeitig wird die schwarz-gelbe Landesregierung die Löhne per Rasenmäher kürzen. Es gibt eine Streichung des Weihnachtsgeldes, Arbeitszeiterhöhungen usw. Auf der anderen Seite werden Förderprogramme massiv zurückgefahren.

Ich gebe Ihnen an einer Stelle Recht – ich sage Ihnen jetzt schon, dass wir das unterstützen –: 2 Millionen € mehr für die Meister-Gründungsprämie sind ein vernünftiger Vorschlag.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU] – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das finde ich richtig. Ich stehe persönlich dahinter. Herr Weisbrich, Sie wissen das. Ich habe im Wirtschaftsausschuss auch immer gesagt: Das ist ein vernünftiges Programm. Das ist übrigens auch unser rot-grünes Programm. Das muss man deutlich hinzufügen.

(Widerspruch von der CDU)

Diese Maßnahme werden wir also mittragen. Aber wenn man sich das große Ganze Ihres Haushaltes ansieht, muss man feststellen: Das sieht sehr, sehr übel aus, insbesondere im Personalbereich. Die Kürzung von 628 Millionen € muss man unter sozialen Gesichtspunkten sehr genau betrachten.

Das gilt natürlich auch für viele andere Bereiche, zum Beispiel für die Drogen- und Gesundheitshilfe. Allein bei Prävention und Hilfeangeboten sollen mehr als 3,5 Millionen € eingespart werden. Ich verweise nur auf einzelne Posten: Für die Spritzenautomaten sind 15.000 € vorgesehen. Mittlerweile gibt es etwa 100 Automaten in Nordrhein-Westfalen. Sie sind übrigens sehr sinnvoll, weil darüber jährlich 400.000 Spritzen abgesetzt werden. Sie verhindern, dass Leute krank werden und dass dadurch enorme Kosten entstehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Spritzen werden rein ehrenamtlich verpackt und in diese Automaten gefüllt. Solche aus meiner Sicht dummen Maßnahmen machen Sie auch bei solchen kleinen Haushaltsstellen. Da werden mal eben 15.000 € gekürzt. Das hat aber gravierende Folgen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist nur ein kleines Beispiel aus der Drogen- und Gesundheitshilfe.

Auch mit anderen Etats haben wir enorme Probleme, zum Beispiel im Gleichstellungshaushalt. Die Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, sollen um fast 3 Millionen € gekürzt werden, während der Koalitionsvertrag doch den Erhalt des Beratungs- und Unterstützungsnetzes für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt versprach.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das machen wir doch!)

Da zeigen sich die ersten direkten Widersprüche zum Koalitionsvertrag, der erst vor einem dreiviertel Jahr geschlossen wurde. Da kann man nur sagen: Versprochen – gebrochen!

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Es gibt natürlich auch in anderen Bereichen massive Probleme, zum Beispiel bei den Studentenwerken oder bei den Hochschulen. 8 Millionen € sind bei den Studentenwerken gekürzt worden. Das wird die Studierenden in Nordrhein-Westfalen doppelt treffen. Denn sie bekommen ein Problem mit den Studiengebühren von 500 €. Das belastet die Studierenden mit umgerechnet fast 100 € im Monat. Und die Studentenwerke werden natürlich ihre Preise erhöhen; denn sie haben überhaupt keine andere Chance.

Das heißt: Die Studierenden werden auch in den Mensen mehr Geld bezahlen müssen. Sie werden auch für die Unterkünfte in den Wohnheimen, die von den Studentenwerken betrieben werden, mehr bezahlen müssen. Diese jungen Leute werden durch Ihre Politik zusätzlich ganz massiv belastet.

(Beifall von den GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Für die zusätzliche Kreditaufnahme müssen sie auch bezahlen! Das bleibt bei ihnen hängen!)

Auch in anderen Bereichen sind junge Leute betroffen, zum Beispiel beim Schüler- und Ausbildungsverkehr. So sollen bei Schüler- und Ausbildungsfahrten insgesamt 50 Millionen € eingespart werden. Künftig sollen nur noch die tatsächlichen

Schul- und Ausbildungstage berücksichtigt werden. Das führt dazu, dass attraktive Angebote wie das Schokoticket deutlich teurer werden. Das fällt besonders auf Familien zurück, die sozial schwächer gestellt sind.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist ein kleiner Überblick über einige wesentliche Punkte und über konkrete Zahlen, was in diesem Haushalt tatsächlich passiert.

Wie gesagt: Wir werden ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept vorstellen.

(Heiterkeit von der CDU – Christian Weisbrich [CDU]: Das haben wir in den letzten zehn Jahren erlebt!)

Wir werden ganz konkrete eigene Vorschläge zu den Themen Personal, Pensionen, Landesbeteiligungen und Förderprogramme machen. Wir werden uns sehr differenziert und sehr genau anschauen, wie Ihre Ausgabenseite aussieht. Aber wir werden uns auch sehr intensiv damit beschäftigen, welche Möglichkeiten es für Einnahmen gibt.

Von einigen Dingen, die von Ihnen lauthals angekündigt worden sind, weil es die „Wirtschaft behindert“, wie sich Herr Papke immer ausdrückt,

(Heiterkeit von CDU und FDP – Hendrik Wüst [CDU]: Ist schon Karneval?)

ist keine Rede mehr, zum Beispiel dass das Wasserentnahmeentgelt zurückgenommen wird. Das alles ist Wortgeklingel von gestern. Eine wirtschaftsfreundliche Politik, Herr Papke, wie Sie sie angekündigt haben, kann ich hier nicht erkennen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir arbeiten daran!)

Wirtschaft und Arbeit scheinen bei Ihnen überhaupt keine Themen zu sein. Mit großem Interesse habe ich heute die Reden gehört. Ich war einige Jahre lang wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. Ich habe heute die Worte „Wirtschaft“ und „Arbeit“ an kaum einer Stelle gehört. Von „Arbeit“ und „Arbeitsplätzen“ war sowieso nicht die Rede. „Wirtschaft“ ist ein- oder zweimal in einem Nebensatz gefallen.

Die Leute in Nordrhein-Westfalen aber erwarten, dass die Wirtschaft tatsächlich weiter vorankommt, dass Zukunftsinvestitionen getätigt werden, dass innovative Programme laufen und dass neue Technologien und regenerative Energien gefördert werden. Das alles wird bei Ihnen zurückgefahren. Es wird gekürzt.

Ich prognostiziere Ihnen: Die Arbeitslosigkeit wird auch im Jahr 2010 noch über 1 Million liegen. Wir werden uns wieder sprechen. Aber wir werden jetzt erst einmal eine dezidierte Auseinandersetzung um diesen Haushalt führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte zur Einbringung des Landeshaushaltes 2006 ist in der Tat im Hinblick auf viele Bemerkungen, die in der immerhin schon fünfstündigen Debatte gefallen sind, schon bemerkenswert.

Frau Kraft bemüht die Magersüchtigen, Frau Löhrmann den dicken Max. Das Ganze mutet eher etwas gespenstisch an.

(Ralf Jäger [SPD]: Das war ironisch gemeint! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damit war Herr Papke gemeint!)

Das hat etwas von einem Horrorfilm, insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Grünen beklagen, dass Nachhaltigkeit keine Rolle spielen würde. – Na ja, nachhaltig ist immerhin, dass Sie eine Verschuldung angehäuft haben von immerhin ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie sich eine Kopie von den Diegel-Reden!)

– Frau Löhrmann, das muss man an dieser Stelle noch einmal klar sagen: Nachhaltig ist das, was Sie zulasten der nachfolgenden Generationen in den letzten zehn Jahren – also mit der Politik, für die Sie Verantwortung tragen – an Schulden aufgehäuft haben.

(Beifall von FDP und CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie regieren seit neun Monaten!)

Im Jahre 1995 betrug die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen 61,7 Milliarden €, im Jahre 2005 immerhin 112,2 Milliarden €

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Sagel, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Sie haben wirklich dafür Sorge getragen, dass eine nachhaltige Belastung für nachfolgende Gene-

rationen entsteht, und von Generationengerechtigkeit war in der Politik, die Sie die letzten zehn Jahre abgeliefert haben, wirklich nichts zu merken.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie so „freundlich“ sind, die höchste Verschuldung aller Zeiten zu kritisieren: Ja, das ist bedauerlicherweise zutreffend, und auch in diesem Jahr werden wir neue Schulden machen müssen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie wollen es doch besser machen!)

– Frau Steffens, wir werden das auch besser machen. Bleiben Sie ganz gelassen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein, das machen Sie nicht!)

Soll ich Ihnen sagen, wie das bei Ihnen ablief?

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie haben eine große Klappe gehabt!)

Den Titel „größte und höchste Verschuldung aller Zeiten“ konnten Sie sich die letzten Jahre immer schön ans Revers heften.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben das gepopt!)

Im Jahre 1995 betragen die Schulden 61,7, im Jahre 2000 76,6, im Jahre 2001 83,2, im Jahre 2002 92,1, im Jahre 2003 98,8, im Jahre 2004 107,7 und im Jahre 2005 112,2 Milliarden €.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Und 2006?)

Das ist beachtlich, und Sie haben jedes Mal einen neuen Rekord aufgestellt. Es ist schon bemerkenswert, dass wir einen Großteil dessen, was wir in diesem Jahr überhaupt an Krediten aufnehmen müssen, für Zinsen ausgeben auf Kredite, die Sie in Ihrer politischen Verantwortung in den vergangenen Jahren begründet haben.

(Beifall von FDP und CDU – Rudolf Henke [CDU]: Sie sind dem Land an die Gurgel gegangen!)

Ich finde es bemerkenswert: Die Kollegin Löhrmann – sie ist gerade gegangen –, aber auch Kollege Sagel waren so freundlich und haben heute Morgen maßgeblich darauf hingewiesen, dass Investitionen in Straßenbau und Infrastruktur sowie Mittel für den Flughafenausbau im Landeshaushalt vorgesehen seien. Gleichzeitig bemängeln sie aber, dass die Begriffe Wirtschaft und Arbeit in der Debatte nicht auftauchen würden.

Meine Damen und Herren insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen, das sind doch gerade notwendige Schritte, damit Nordrhein-Westfalen wieder ein attraktiver Wirtschaftsstandort wird. Sie möchten am liebsten eine Mauer um das Land herum bauen und glauben, das würde Investoren und Leute, die hier in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze schaffen oder erhalten wollen, einen Anreiz bieten. – Weit gefehlt!

Ich finde es umso lobenswerter, dass Sie die Bemühungen der Landesregierung – diese unterstütze ich voll und ganz –, die Meistergründungsprämie aufzustocken, anerkennen und unterstützen. Zur Lauterkeit gehört nämlich auch dazu, dass man so etwas sagt.

Es wird hier gezeißelt, dass wir den Schwerpunkt bei der Innovationspolitik, bei Investitionen in Bildung und Ausbildung und bei der Unterrichtsversorgung, damit mehr Lehrer für die Ausbildung unserer Kinder zur Verfügung stehen, setzen. Der Kollege Link – leider ist er jetzt nicht anwesend – hat vorhin den Zwischenruf eingeworfen, ob wir das die letzten 39 Jahre nicht gewusst hätten. Ich frage mich langsam aber sicher, was Sie hier die letzten 39 Jahre gemacht haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben uns doch diese Suppe eingebrockt, die wir jetzt – unabhängig davon, ob sie in Gänze im Hause Löhrmann gekocht wurde oder nur einzelne Zutaten aus dem Hause Löhrmann stammen – mühsam auslöffeln.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schauen Sie ins Land, dann sehen Sie, was wir gemacht haben!)

Die Grünen geißeln hier die Subventionen für die Steinkohle.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

– Das war immer unser Reden. Ich kann mich noch an Debatten im Landtag erinnern, bei denen Sie, sowohl in Düsseldorf als auch in Berlin in der Verantwortung stehend, einen Eiertanz veranstaltet haben,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann machen Sie doch was!)

weil Sie unter die Verträge, in denen die Fortsetzung der Subventionen festgeschrieben wurde, Ihr Zeichen setzen mussten. Ich finde das alles schon bemerkenswert.

Wir haben immer unmissverständlich erklärt: Wir wollen raus aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Das ist so und das bleibt so, und das hat

Gerhard Papke heute Morgen auch klar gesagt, und wir haben es im Koalitionsvertrag auch so verabredet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Opfer Ihrer Politik wandern immer mehr Unternehmer ab. Aufgrund der von Ihnen zu verantwortenden Bildungslandschaft und des Bildungsangebots in Nordrhein-Westfalen sind unsere Kinder nicht mehr wettbewerbsfähig.

Das muss uns in der Tat zum Nachdenken hinreichend Anlass geben. Wir brauchen also Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung und Forschung, wenn wir in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der Menschen ohne Beschäftigung signifikant senken wollen. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, als dass wir endlich in zukunftsgerichtete Technologien und in die Ausbildung unserer Kinder anstatt in veraltete Industriestrukturen und Industriedenkmäler investieren.

Der damalige Finanzminister Jochen Dieckmann – er wurde heute schon einmal in einem anderen Zusammenhang erwähnt – hat bei seinen Einbringungsreden der Landeshaushalte in den letzten Jahren auf einen Sachverhalt hingewiesen – da habe ich ihm damals auch Recht gegeben –, auf den man auch heute wieder aufmerksam machen muss: Er hat eingeräumt, das wir neben einem massiven Ausgabenproblem – das hat er leider immer ein bisschen ausgeblendet, aber das ist Schnee von gestern – ein Einnahmeproblem haben.

Insofern möchte ich betonen: Wir werden den Landeshaushalt – das ist meine feste Überzeugung – nicht aus eigener Kraft in den Griff bekommen, wir werden ihn nicht aus eigener Kraft konsolidieren können, wenn es uns nicht gelingt, die Zahl der Menschen in diesem Land ohne Beschäftigung signifikant zu senken. Es ist und bleibt auch aus haushalterischen Gesichtspunkten vorrangiges Ziel unserer Politik, die Menschen in diesem Land wieder in Arbeit zu bringen, und zwar in private Arbeit.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Straßenbau – oder was?)

Schließlich wurde schon völlig zu Recht darauf hingewiesen: Der Staat schafft in diesem Sinne keine Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir uns mit den Schwerpunkten, die die Landesregierung mit dem vorgelegten Haushalt setzt, darauf verständigen, dass dieses Anliegen prioritär angegangen wird.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: In der Landwirtschaftskammer?)

Unsere Schwerpunkt- und Zielsetzung – und die teile ich voll und ganz – ist die Investitionsentscheidung für Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Deswegen unterstütze ich auch in Gänze die Konsolidierungsgrundsätze, die der Finanzminister heute für den Haushalt 2006 vorgestellt hat. Ich unterstütze auch das Sanierungsziel, bis 2010 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, und zwar lieber früher als später, damit wir die Neuverschuldung tatsächlich auf Null bringen können.

Ich finde es sehr mutig und richtig, Gelder für den tatsächlichen Abbau von Schulden aufbringen zu wollen; das hat nämlich in keiner Koalitionsverhandlung der vergangenen Jahre – so lange ich mich erinnern kann – bei Ihnen überhaupt irgendeine Rolle gespielt. Es muss unser Ziel sein, diese exorbitante Verschuldung – mehr als das Doppelte unseres Jahresbudgets – abzubauen, um nachfolgenden Generationen wieder Perspektiven zu eröffnen.

Ich will nicht verhehlen, dass der uns von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf für 2006 viele schmerzhafteste Einschnitte und Kürzungen enthält.

Ich beispielsweise würde gerne weitere Akzente im Bereich Kinder und Jugend – etwa im Landesjugendplan – setzen.

Und es fällt mir auch wirklich schwer, auch gerade unseren Beamtinnen und Beamten – alle, die Beamten, die Angestellten und die Arbeiter, leisten eine super Arbeit für unser Land – einen großen Beitrag für die Konsolidierung unseres Haushaltes abzuverlangen, insbesondere weil der Tarifbereich einen solchen Beitrag bisher nicht leistet.

Es gibt auch noch andere Felder, auf denen mir Kürzungen persönlich sehr schwer fallen: bei der Aidshilfe, bei den Frauenhäusern, bei den Schwulen und Lesben. Das sind Kürzungen, die mir und vielen meiner Kolleginnen und Kollegen bei Weitem nicht leicht fallen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dann machen Sie es nicht!)

Die Politik, die Sie, Frau Kollegin Steffens – ich meine nicht Sie persönlich –, betrieben haben, die Schwerpunkte, die Sie gesetzt haben, lassen uns aber leider keine andere Wahl.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Gucken Sie auf die Landwirtschaftskammern! Im Vergleich dazu sind das Peanuts!)

Sie haben heute weitere Ausgabenerhöhungen eingefordert. Wir stehen jetzt in der Tat in der parlamentarischen Beratung des Landeshaushaltes. Uns liegt der Entwurf der Landesregierung vor. Eine alte Weisheit lautet: Kein Haushalt verlässt das Parlament so, wie er hineingekommen ist. Das war ja in der Vergangenheit auch unter Ihrer Regierungsverantwortung so.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dann ändern Sie mall!)

Leider konnten wir uns mit unseren Anträgen, die damals schon sehr richtungsweisend gewesen sind und uns heute viel Kummer erspart hätten, nicht durchsetzen.

Je differenzierter und sachlicher begründet Ihre Vorschläge sind, desto mehr werden wir sie herzlich gern in die Beratungen aufnehmen. Von der Landesregierung habe ich eingefordert und sie mehrfach gelobt, dass sie ohne Denkverbote in die Beratung und Diskussion der Haushaltssanierung geht. Das nehme ich für meine Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP ebenfalls in Anspruch.

Ich hoffe – das habe ich mir in den vergangenen Jahren immer gewünscht –, dass wir wirklich miteinander Lösungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts finden. Deswegen bin ich insbesondere auf die Einsparvorschläge gespannt, die Sie uns präsentieren. Ich werde jeden Einsparvorschlag, der aus den Reihen der Opposition vorgebracht wird, sehr genau prüfen. Denn ich möchte, dass wir so schnell wie möglich wieder zu einem verfassungskonformen Haushalt und zu einem Schuldenabbau kommen.

(Beifall von FDP und CDU)

In den letzten Jahren – darum bin ich nur sehr verhalten optimistisch – haben Sie aber eher unter Beweis gestellt, wie man es gerade nicht macht. Es gab natürlich auch Bemühungen des einen oder anderen Kollegen aus den Reihen von SPD und Grünen. Aber mehrheitlich haben Sie eine Politik an den Tag gelegt, die gerade nicht unter Beweis gestellt hat, dass Sie Schulden zurückfahren können. Ganz im Gegenteil: Sie haben die Schulden massiv nach oben geschraubt.

Aus diesem Grunde kann ich Sie nur herzlich einladen, daran mitzuarbeiten, das große Projekt Haushaltskonsolidierung für Nordrhein-Westfalen anzugehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Kurs der Landesregierung, Haushalte nicht mehr schön zu rechnen, nicht mehr fiktive Einnahmeposten einzurechnen, mit uns gemeinsam unterstützen, damit wir einen ehrlichen Haushalt ver-

abschieden können, der transparent, realistisch und verlässlich ist. Wir werden im Ergebnis erfolgreich sein, wenn das, was verabschiedet worden ist, mit dem übereinstimmt, was sich hinterher im Haushaltsvollzug ergibt.

Meine feste Überzeugung ist, dass wir es den Menschen in Nordrhein-Westfalen – das gilt besonders für die nachfolgenden Generationen, die sich heute vielleicht noch nicht so gut artikulieren können – schuldig sind, uns alle miteinander dieser Mühe zu unterziehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Ich möchte in Zukunft einmal so viel an Haushaltskonsolidierung erreicht und einen so gesunden Haushalt haben, dass ich mit Ihnen gemeinsam, wirklich ernsthaft, seriös und gegenfinanzierbar darüber diskutieren kann, wie wir zum Beispiel den Kindergartenbesuch beitragsfrei ermöglichen können.

Ich glaube, dass wir vor der großen Herausforderung stehen, Perspektiven, Freiheit, Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit zu eröffnen. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Ich sehe in dem heute von der Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf richtige Akzente. Ich finde den Weg richtig und würde mich freuen, wenn Sie ihn gemeinsam mit uns gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Abgeordneter Dr. Petersen von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Jens Petersen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Haushaltsdebatte belegt vor allem eines: SPD und Grüne können nach wie vor nicht mit Geld umgehen. Sie haben immer noch nichts gelernt. Ein Jahr Opposition hat überhaupt nichts genutzt.

(Beifall von der CDU)

Wir dürfen durchaus noch einmal daran erinnern, dass 40 Jahre lang Finanzpolitiker von SPD und Grünen Verantwortung für dieses Land getragen haben. Wir hatten die Hoffnung, Ihre Abwahl hätte bei Ihnen zu einem politischen Bewusstseinswandel geführt. Es läuft jedoch immer noch die alte Platte: Plattitüden und vor allen Dingen keine eigenen Vorschläge zur Haushaltssanierung. Jetzt könnten Sie sagen – Sie haben gegähnt, Herr Sagel –: Das ist die alte parteipolitische Nummer. Aber ich will meine Ausführungen einmal mit dem anreichern, was in den letzten Tagen zu diesem Thema in der Presse geäußert wurde.

Ich darf unter anderem aus der „Westfalenpost“ zitieren:

„Auf der Suche nach den richtigen Themen, der zündenden Strategie und dem zukunftsfähigen Führungspersonal wirken die einstigen Regierungsparteien in NRW in ihrer unvollendeten Trauerarbeit orientierungslos.“

In der „Rheinischen Post“ heißt es:

„Auch die NRW-SPD tut sich noch schwer mit ihrem Oppositionsdasein.“

In der „NRZ“ ist zu lesen – sie ist sicherlich völlig unverdächtig –:

„Die einst so machtgewohnte NRW-SPD beherrscht ihre neue Aufgabe in der Opposition noch nicht.“

(Beifall von der CDU)

Der Finanzminister hat heute einen sehr guten Haushaltsentwurf vorgelegt. Wir gehen die Konsolidierung an. Wir sparen, und wir halten damit auch unsere Wahlversprechen ein. Die Ziele der Hartmann-Kommission werden für das kommende Jahr, also für das laufende Haushaltsjahr, sogar übertroffen. Der Entwurf zeigt auch, dass man sich auf unsere Politik verlassen kann.

Sie hingegen verweigern sich – das ist eben auch Thema der Debatte gewesen – immer noch der Realität. Sie wollen eine Reihe von Einsparungen rückgängig machen, und dies würde nach unseren Berechnungen das Land für das laufende Jahr mehr als 650 Millionen € zusätzlich kosten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wie kommen Sie darauf?)

Hinzu kämen noch weitere Ausgaben von immerhin 90 Millionen € für die neue SPD-Idee eines beitragsfreien Kindergartenjahres. All das sind ungedeckte Schecks, zu denen heute nicht ein Wort zur Finanzierung gesagt wurde.

Frau Walsken, wenn ich Ihr Gespräch vielleicht einen Augenblick unterbrechen darf. Sie haben vor einem Jahr den Landtag mit folgender Aussage bereichert – ich zitiere –: Wir haben in NRW ein Einnahmeproblem, kein Ausgabeproblem. – Genau die gleiche Weltanschauung haben Sie auch heute präsentiert. In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Sören Link [SPD]: Das frage ich mich manchmal auch!)

Haben Sie eigentlich schon einmal etwas von zukünftig steigenden Pensionslasten gehört? Haben Sie etwa von Entgeltsteigerungen gehört? Wenn

Sie einmal einen Blick in die Unterlagen der Hartmann-Kommission werfen würden, würden Sie feststellen, dass die Personalausgaben in diesem Haushaltsjahr ohne Gegenmaßnahmen um 600 bis 800 Millionen € steigen würden.

Kompetenz ist ja, wenn ich in Ihre Reihen blicke, nicht unbedingt Voraussetzung für Politik, aber mangelnde Kompetenz führt für SPD und Grüne dazu, dass sie sich in jeder Haushaltsdebatte blamieren.

(Widerspruch von Ralf Jäger [SPD] – Sören Link [SPD]: Da lasse ich mich doch von einem Vogel wie Ihnen nicht beleidigen!)

CDU und FDP hingegen stehen für eine ausgewogene Finanzpolitik: Stabilisierung der Einnahmen durch eine solide Wirtschaftspolitik, aktive Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch Stärkung der Finanzbehörden

(Sören Link [SPD]: Das ist eine Frechheit! Ist das nicht Grund für eine Rüge?)

und Einsparungen, leider unvermeidlich, in allen von uns angekündigten Bereichen. Solidarität ist für uns eben keine Einbahnstraße.

(Sören Link [SPD]: Da fehlen mir fast die Worte!)

– Herr Abgeordneter Sören, wenn ich Sie einen Augenblick unterbrechen darf. Die Landesregierung dokumentiert auch ganz persönlich ihre Einsparbereitschaft. Sie verzichtet nämlich selber vollständig auf das Weihnachtsgeld.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter!)

Fragen Sie doch einmal die wieder nicht anwesenden Kollegen Kraft oder Dieckmann, warum sie das damals nicht gemacht haben. Schämen Sie sich eigentlich nicht, damals bei den Mitarbeitern das Weihnachtsgeld gekürzt und es selber voll kassiert zu haben? Auch an der Stelle ist Doppelzüngigkeit Leitprinzip Ihrer Politik gewesen.

Herr Sagel, was haben Sie damals unternommen, diese Ungerechtigkeit zu verhindern? – Gar nichts.

CDU und FDP beweisen an diesem Punkt: Wir sparen, wir sind verlässlich. Deshalb unterstützen uns die Experten, und die Menschen in NRW – das belegen derzeit alle Umfragen – unterstützen uns auch.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]: Warten Sie auf die kommenden Umfragen!)

Der Haushalt 2006 ist auch ein transparenter Haushalt. Schattenhaushalte gibt es nicht mehr;

es sind keine Schulden mehr vergraben. Alle wissen, wie die finanzielle Situation des Landes ist. Wir haben Ihnen von der Opposition mit diesem seriösen Vorgehen jede Angriffsmöglichkeit genommen, und in dieser Hilflosigkeit verlieren Sie sich dann in Nebenkriegsschauplätzen.

Es gibt zum Beispiel Herrn Börschel, der leider auch nicht anwesend ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Schauen Sie einmal in Ihre Reihen!)

– Ich spreche über Herrn Börschel, der zum Beispiel im Unterausschuss „Personal“ die – ich zitiere – „Einstellung von 22 Vertrauten“ diskutieren lässt. Ergebnis dieser Beratung ist: Es sind weder 22 noch sind sie eingestellt, und vertraut sind sie schon gar nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Och!)

Dieses Stochern im Nebel, meine Damen und Herren, ersetzt keine politischen Konzepte.

(Beifall von der CDU)

Wir haben in diesem Land 112 Milliarden € Schulden, die in Ihrer Regierungszeit angehäuft wurden.

(Sören Link [SPD]: Mal sehen, wie viel es in Ihrer Regierungszeit sind!)

Frau Walsken, da ist es schon peinlich, wenn Sie und der schuldenpolitische Sprecher der SPD, Herr Eiskirch, in jeder Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fragen: Wie hoch sind unsere Landesschulden wirklich, und wie berechnen sie sich? – In jeder Sitzung lautet die Antwort: Die Schulden des Landes erhält man als Summe aller Schulden. Oder, wie es der Finanzminister ausdrückt – Frau Walsken, wenn ich Sie noch einmal einen Augenblick unterbrechen darf –:

(Sören Link [SPD]: Bei so einer Rede kann man besser nur abschalten!)

Die NRW-Schulden sind die allgemeinen Kreditmarktschulden – ich zitiere –, „zu denen man die Schulden bei den öffentlichen Haushalten hinzurechnen muss.“

Frau Walsken, wissen Sie, wer das gesagt hat? – Es war Finanzminister Dieckmann am 21. April 2005 in diesem Hause. Wenn Sie es nicht glauben, fragen Sie ihn oder klären Sie Ihre innerparteilichen Konflikte mit ihm!

Dieser Haushalt ist auch ein Haushalt, der auf nachvollziehbaren realistischen Annahmen zu Einnahmen und Ausgaben basiert. Vorbei ist damit die Zeit, als jeder hier im Hause schon bei

Einbringung des Haushalts wusste, dass völlig unrealistische Prämissen angewendet wurden.

(Sören Link [SPD]: Warten wir erst einmal ab!)

Dieser rot-grüne Selbstbetrug ist damit beendet worden. Sie haben zum Beispiel – ich will dieses Thema noch mal aufgreifen – im Jahr 2004 Einnahmen aus Studiengebühren von 90 Millionen € angesetzt. Die Ist-Einnahmen waren 45 Millionen €. Dennoch haben Sie – trotz unserer Warnungen – für das Jahr 2005 erneut 90 Millionen € angesetzt. Sie haben also die Ist-Einnahmen der Einfachheit halber in der Planung verdoppelt.

Warum haben Sie das gemacht? Sie haben nur den Zweck verfolgt, die Verfassungsgrenze gerade wegen dieser Einnahmen einzuhalten. Ohne diese Manipulationen hätten Sie die Verfassungsgrenze nämlich gerade nicht einhalten können. Genau deswegen haben Sie die Einnahmen bewusst zu hoch angesetzt. Natürlich sind die Ist-Einnahmen im Jahr 2005 wieder deutlich unter den Planwerten geblieben, und zwar ziemlich genau bei den Ist-Werten aus dem Jahr 2004.

Noch ein Satz zu dem Realismus dieser Planung: Frau Walsken hat vor einem Jahr – ich zitiere – gesagt:

„Wir nehmen keine zusätzlichen Schulden für zusätzliche Ausgaben auf, sondern decken sie seriös in den entsprechenden Einzelplänen in den einzelnen Fachbereichen.“

Frau Walsken, auch das war unrealistisch und hat sich natürlich als falsch herausgestellt.

Ein letztes Beispiel. Ich darf an die völlig unrealistischen Verkaufserlöse bei den Beteiligungen erinnern. Auch da hat jeder gewusst, dass diese Position nur dazu angesetzt wurde, um die Verfassungsgrenzen einhalten zu können. Insofern: Alles Luftblasen, die inzwischen geplatzt sind, nur weil Sie sich nicht zur Wahrheit bekennen wollten.

Unser Etatentwurf hingegen ist realistisch, seriös und kaufmännisch vorsichtig. Wir planen keine unrealistischen Steuereinnahmen und keine unrealistischen Verkaufserlöse an der Stelle. Bei allen von Ihnen heute debattierten Haushaltspositionen gelingt es Ihnen bei nicht einer, sie in ihrem Wahrheitsgehalt in Zweifel zu ziehen.

Herr Sagel, in Ihrer Leib- und Magenpostille, der „taz“, hat es vor wenigen Wochen das von Herrn Klein schon zitierte Interview gegeben. Das Ergebnis war eine 1+ mit Sternchen: Realistisch, vorsichtig, seriös, das war die Beurteilung in der „taz“. Dieser Artikel hängt selbstverständlich gerahmt in meinem Büro. Denn für eine solche Elo-

ge brauchen wir keine Imagekampagne. Gute Politik reicht völlig aus.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, vielleicht noch ein Satz dazu, wie sich die Grünen derzeit aufgestellt haben: Wir dürfen der Presse der letzten Tage – ich darf auszugsweise zitieren – entnehmen, dass Herr Sagel auf dem Landesparteitag immerhin davon spricht, dass das Erscheinungsbild der Grünen in der Opposition zu wünschen übrig lasse. Er sagt auch, man habe Schwierigkeiten, sich politisch zu profilieren. Dann wird es interessant. Zitat aus der „taz“:

„Um nicht in den Verdacht der übermäßigen Nestbeschmutzung zu kommen, beschränkte sich Sagel dann jedoch in der Fehlersuche auf die Bundespolitik.“

Das ist genau das grundsätzliche Problem, Herr Sagel: Eine teilweise zutreffende Analyse, dann aber in der Konsequenz nicht der Mumm, deutlich zu sagen, wo die Probleme wirklich liegen. Wir brauchen für diesen Haushalt Abgeordnete, die Mumm haben und schlicht und einfach auch in einer schwierigen Situation standhaft sind. Davon sind in Ihren Reihen derzeit leider zu wenige zu finden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, unser Etat zeichnet sich dadurch aus, dass er Schwerpunkte in wichtigen Zukunftsfragen setzt. Der Subventionsabbau, Herr Sagel, bei der Steinkohle wird endlich aktiv angegangen, damit frei werdende Mittel zukunftsorientiert eingesetzt werden können. Herr Sagel, Sie haben – Zitat – vor diesem Hause erklärt: „Wir müssen auch über Subventionsabbau reden.“ – Herr Sagel, wir müssen darüber nicht nur reden, sondern wir müssen es auch tun.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann tun Sie es doch! Sie machen doch nichts!)

Sie haben es in Ihrer Zeit nicht gemacht. Wir werden es jetzt tun.

Insofern zeigt der Haushalt 2006 auch eine zukunftsorientierte Handschrift von CDU und FDP:

Es gibt mehr Geld für den vorschulischen Sprachunterricht. Es werden zusätzlich Lehrer zur Reduzierung von Unterrichtsausfall und zur Qualitätsverbesserung eingestellt. Es gibt mehr Geld für die Ganztags Hauptschulen. Es gibt mehr Geld für die Meistergründungsprämie. Es gibt zusätzliche Schulplätze für die Altenpflegeausbildung. Es gibt mehr Finanzmittel für die Kultur, und es gibt damit

auch den ersten Schritt hin zu einem ausgeglichenen Landeshaushalt.

Wir investieren damit in die Zukunft von NRW, in Kinder und Köpfe.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, „Nachhaltigkeit“ ist für uns keine grüne Worthülse, sondern praktische Politik. Mit dem vom Finanzminister vorgelegten Sanierungskonzept wird die Handlungsfähigkeit der Landespolitik wieder gewonnen. Wir geben allen Beteiligten – das sind unter anderem Kommunen, Hochschulen und Empfänger öffentlicher Leistungen – eine Planungssicherheit.

(Sören Link [SPD]: Denen nehmen Sie doch Geld weg!)

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung hat mit dem Haushalt 2006 den Weg für die Zukunft NRWs vorgezeichnet: Realistisch, zukunftsorientiert, maßvoll, konsequent und immer nah bei den Menschen. Die Jahre rot-grüner Stagnation und finanzpolitischem Chaos sind vorbei. Wir beweisen auch in der Finanzpolitik: NRW kommt wieder! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, mir liegt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Lindner von der Fraktion der FDP vor. Er ist aber nicht im Raum. Weitere Meldungen sehe ich nicht. Deswegen schließe ich jetzt die Debatte zur ersten Lesung des Haushaltsgesetzentwurfes und eröffne zugleich die **Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2006**. Herr Innenminister Dr. Wolf hat den Gesetzentwurf zu Beginn der Debatte eingebracht.

Als erster Redner hat jetzt der Abgeordnete Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns knapp fünfeinhalb Stunden lang mit dem von der neuen Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 auseinander gesetzt und darüber diskutiert.

Für mich persönlich kann ich schon nach diesen fünfeinhalb Stunden ein Fazit ziehen: Dass dieser Haushaltsentwurf nicht sonderlich mutig ist, kann man daran erkennen, dass Sie knapp 6 Milliarden € neue Schulden machen.

Und anders als der Spruch des Ministerpräsidenten, Kürzungen würden alle spüren, dem Wortlaut nach vermuten lässt, bezieht sich das „alle“ wohl

beschlossenen GFG Leistungen zugeflossen sind, die ihnen hinterher wieder abgezogen werden mussten. Das heißt, sie hatten ständig das Problem, dass sie mit einem großen Nachlauf erst wussten, was ihnen am Ende eines Jahres zu steht.

Wir kommen jetzt durch den sehr viel zeitnäheren Referenzzeitpunkt in ein höheres Maß an Vorausehbarkeit, wobei völlig klar ist, dass am Ende natürlich das zählt, was in dem jeweiligen Jahr tatsächlich anfällt. Wir haben nun einmal die Situation, dass wir mit Haushaltsplänen arbeiten. Sowohl im Landeshaushalt als auch beim GFG sind das Planzahlen. Da wird jedenfalls keine Ungerechtigkeit vorgenommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über das **Haushaltsstrukturgesetz 2006 Drucksache 14/1000** und die **mittelfristige Finanzplanung**, die Sie in der **Vorlage 14/190** finden. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Haushaltstrukturgesetzes 2006 und der mittelfristigen Finanzplanung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Denn sonst hätten wir diesen Unterausschuss nicht. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006 Drucksache 14/1102**, also über das eben schon einmal apostrophierte GFG. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturenreform**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit Tagesordnungspunkt 2 – etwas zügiger als in der Tagesordnung vermerkt – erledigt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Für heute!)

Ich rufe auf:

3 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Zuwanderern (Landesaufnahmegesetz – LAufG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/964

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/1199

zweite Lesung

Eine Beratung ist hierzu heute nicht vorgesehen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das scheint einstimmig zu sein. Ich mache die Gegenprobe. – Niemand meldet sich. Enthaltungen? – Die gibt es auch nicht. Also, in der Tat ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1199** damit einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

4 **Gesetz zur Neuordnung der Finanzierungsbeteiligung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Neufin SchKG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1149

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe

